



P. Pampuch

150 Jahre preußischer Knechtschaft

oder

Die Leiden der oberschlesischen Polen
• unter der preußischen Herrschaft •



Preis 3 Mk.



EX*LIBRIS

WOJEWÓDZKIEJ

I MIEJSKIEJ

BIBLIOTEKI

PUBLICZNEJ

IM. EMANUELA SMOŁKI

W OPOLU

P. Pampuch

150 Jahre
preußischer
Knechtschaft

oder

Die Leiden der oberschlesischen Polen
• unter der preußischen Herrschaft •



Druck und Verlag: K. Miarka, G. m. b. H., Nikolai D.-S.

943.8



~~44513~~
431 5

ZBIORY ŚLĄSKIE S

400
Akcy V 18/67/C

Teil I.

Die Leiden der oberschlesischen Polen unter der preussischen Herrschaft.

Oberschlesien.

Land und Leute.

„Sieh hin auf Oberschlesien!“

Auf das Land zu beiden Seiten des oberen Laufes der Oder bis zur Mündung ihrer Nebenflüsse: der linksseitigen Neiße und des rechtsseitigen Stober!

Schon beim flüchtigen Anblick hebt es sich als ein Land mit scharf-umrissener Eigenart vom übrigen Schlessen oberhalb der vorgenannten Obernebenflüsse ab: weite Diluviallandsflächen, wenig fruchtbar, zu einem großen Teil von ausgedehnten Wäldern verhüllt; seltener lehmige Striche, welche wegen Masse und langer Durchfaltung des Bodens auch größtenteils für den Landbau unvorteilhaft sind. Auf dieser Landoberfläche erblickt das Auge charakteristische Dorfsiedelungen: bescheidene, niedrige Bauern- und Häuslergehöfte, teils noch mit Stroh gedeckt, herrschen vor. Im merkwürdigen Abstände davon tauchen hin und wieder prunkende Herrenschlösser auf, deren wenige Besitzer die Hälfte des oberschlesischen Grund und Bodens sich angeeignet haben. Und im Südosten bietet sich ein anderer Landschaftsanblick dar: Neben wenig erfreulichen Arbeiterhäusern ragen Schachtanlagen und lohende Hütten empor, äußere sichtbare Zeichen, daß hier das Erdinnere Erze und Kohle birgt, welche letztere hier — gleichsam als Ersatz für den fargen Boden — in der größten Mächtigkeit von ganz Central-europa lagert:

„Sieh hin auf Oberschlesien!“

Das bodenständige, landeingeseffene Land- und Arbeitervolk in seiner beinahe dreifachen Zahlüberlegenheit spricht polnisch, während die Städter und die Magnaten mit ihrem Gros von Beamten, die sich alle als „Herren“ des Landes aufspielen, sich von der Ueberzahl der polnischen Landbevöl-

ferung nicht nur wirtschaftlich und sozial, nicht nur durch Sprache und Kultur, sondern meistens auch konfessionell unterscheiden.

Diese Reihe von Eigentümlichkeiten: die Natur des Bodens, der Landschaftsanblick und vor Allem die polnische Sprache und die Kultur des dreifach an Zahl überlegenen polnischen Volkes rücken Oberschlesien von der übrigen Provinz Schlesien scharf ab und schließen das Land mit festen Bügen zu einem natürlichen und kulturgeographischen Einzelwesen. Die polnische Sprache und die innige, wenn auch bescheidene Kultur der überwiegenden Mehrheit der bodenständigen Landesinsassen fällt so hervorstechend in die Augen, daß selbst die deutsche Wissenschaft dieses Land als „Polnisch-Schlesien“ oder „Polnisch-Oberschlesien“ bezeichnet. (Partsch, Biekrusch.)

Dieses Land trägt heute den Namen Oberschlesien. Der Begriff Oberschlesien, (Polnisch-Schlesien) deckt sich aber nicht mit dem Begriff des Regierungsbezirkes Oppeln. Denn der letztere umfaßt auch rein deutsche Gebiete, welche erst die preußische Regierung dem polnischen Kern des ober-schlesischen Landes aus verwaltungstechnischen Gründen kaum vor hundert Jahren (1816) nachträglich hinzugefügt hat oder welche in geschlossener Masse eine rein deutsche Bevölkerung haben. Es sind dies die Kreise: Neisse, Grottkau, Leobschütz, die Hälfte des Kreises Neustadt, sowie $\frac{3}{4}$ des Kreises Falkenberg. Ferner wäre noch vom eigentlichen Oberschlesien (Polnisch-Schlesien) der mährische Teil des Kreises Ratibor mit ungefähr 50 000 Mähren abzusondern, dafür aber Teile von den mittelschlesischen Kreisen Namslau und Wartenberg, soweit sie noch polnisch sind, hinzuzufügen. Nach Abtrennung bezw. Angliederung dieser Gebiete bieten die anderen Kreise des früheren Regierungsbezirkes Oppeln mit dem genannten Landstriche von Namslau und Wartenberg das Charakterbild, welches hier kurzhin Oberschlesien genannt wird.

Zum näheren Verständnis dieses Landes und Volkes tun wir einen kurzen Blick in die Vergangenheit dieses Landes zurück.

Kurzer Überblick über Oberschlesiens Geschichte.

Oberschlesien als integrierender Bestandteil von Polen.

Das Land, welches man heute Oberschlesien nennt, tritt in die Geschichte als „Opole“ (Flurfeld, Oppelner Land) in der zweiten Hälfte des X. Jahrhunderts als rein polnisches Land ein und bildet mit dem übrigen, heutzutage beinahe schon rein deutschen Schlesien einen integrierenden Be-

standteil des früheren polnischen Reiches. Als Grenzland hatte es schon im zehnten und elften Jahrhundert die Eroberungsversuche der Böhmen, Mähren und der Deutschen vom Westen her auszuhalten, bleibt aber schließlich bei Polen.

Als im Jahre 1138 der polnische König sein Reich nach damaliger Sitte unter seine 4 Söhne geteilt hat, erhält Wladislaw II. das Herzogtum Schlesien, welches jedoch unter polnischer Oberhoheit im polnischen Reichsverbande verbleiben sollte. Im Jahre 1163 wird das Herzogtum Schlesien in zwei weitere Herzogtümer: Breslau und Ratibor geteilt, woraus später ein besonderes Herzogtum „Opole“ abgezweigt wird. Im XIII. Jahrhundert werden vom Krafauer Land durch Schenkung dem Fürstentume Ratibor die Landstriche um Beuthen und Pleß zugeteilt. (Und diese Gebiete des Ratiborer und Oppelner Landes, die damals zusammenfassend auch als „Silesia poloniae“ (Polnisch-Schlesien) genannt werden, bilden den Kern des heutigen Oberschlesiens, welcher Name erst in der zweiten Hälfte des XV. Jahrhunderts aufkommt.) Infolge von Teilungen zerfiel „Oberschlesien“ in weitere kleinere Fürstentümer, deren politischer Zusammenhang mit dem Mutterlande Polen, welches ebenfalls in mehrere Herzogtümer geteilt wurde, immer loser wurde. Kurz vor 1335 hat der Böhmenkönig Johann über die meisten ober-schlesischen Herzöge durch List und Gewalt die Oberhoheit an sich gerissen. Kasimir, der damalige König von Polen, der „Sammeler der polnischen Erde“ hat das in Teile zerrissene Polen zu einer Staatseinheit vereinigt — mit Ausnahme Pommerns und der ältesten polnischen „Erde“, des Schlesienslandes, welches übrigens auf der linken Oberseite infolge von Kolonisation seit dem XII. Jahrhundert bereits stark germanisiert war. Durch äußere und innere Schwierigkeiten bedroht und gezwungen, mußte er auf die Oberhoheit über Schlesien und somit auch über Oberschlesien im Jahre 1335 zugunsten des Böhmenkönigs verzichten. Dies geschah jedoch ohne Zustimmung der polnischen Stände. König Kasimir versuchte später mehrmals Schlesien wiederzugewinnen; auch spätere polnische Könige (so z. B. im Jahre 1404, 1440) haben politische Schritte zur Wiedergewinnung dieses Landes unternommen, jedoch immer vergebens, da Polen im Norden und Osten durch anderweitige Ereignisse zu sehr in Anspruch genommen wurde. In den Jahren 1479—1490 gehörte ganz Schlesien zu Ungarn. Nachher kam es aber wieder unter die Oberhoheit Böhmens, wo in den Jahren 1490—1526 polnische Fürsten aus dem Hause der Jagellonen als Könige regierten. Im Jahre 1526 kam Böhmen und somit auch Schlesien mit dem Oppelner Lande unter die Herrschaft der Habsburger, bis der Preußenkönig Friedrich II. ohne jeden Rechtstitel, („nicht aufgrund verschimmelter Pergamente, sondern aus realpolitischen

Gründen, nicht um einen veralteten höchst zweifelhaften Rechtsstreit auszutragen, sondern um seinen Mittelstaat in einen Großstaat zu verwandeln“.) im Jahre 1740 Schlessien mit seinem Heere überfiel, es den Habsburgern im Jahre 1763 endgültig entriß und seinem Preußenstaate einverleibte. Eins verdient hier noch erwähnt zu werden: Friedrich II. wollte anfänglich Oberschlessien garnicht haben. Er schrieb noch am 8. Juni 1742 an seinen Minister Bodewitz, welcher auf preussischer Seite die Friedensverhandlungen leitete, nach Breslau, er wolle nichts von Oberschlessien haben: es sei dies ein ruiniertes Land und von Leuten bewohnt, von denen er nie eine rechte Anhänglichkeit werde erwarten können. Und die Geschichte hat ihm Recht gegeben.

Der Grund für die weise Befürchtung des Eroberers war die Stammesart der Bevölkerung Oberschlesiens. Der Grundstock der „Oberschlesier“ ist und war auch damals polnisch. Die deutsche Kolonisation, welche Niederschlessien im Laufe der Jahrhunderte ganz ergriffen hat, schlug bloß einige deutsche Sturzwellen nach Polnisch-Schlessien, die in den Städten und Herrnsitzen sich festsetzten. Infolge unfreundlichen Klimas, vor allem infolge der ungünstigen Bodenverhältnisse hat hier der deutsche Kolonist nicht einwurzeln können. Aber auch geschichtliche Umstände waren maßgebend. Aus dem Zerfall des Herzogtums Schlessien schieden sich die Herrschaftsgebiete, wie bereits erwähnt, in zwei Gruppen: Die Herzöge von Schlessien und die Herzöge von Oppeln, welch' letztere in enger Fühlung mit dem Polenreich blieben. Die polnische Nachbarschaft behielt auf das polnische Oberschlessien eine starke Einwirkung. Die Landesherren der kleinen Teilfürstentümer Oberschlesiens pflegten immer lebhaft Beziehungen zum polnischen Hofe. Ganze Landesteile vollzogen im XV. Jahrhundert ihren Anschluß an das polnische Reich. Das XVII. Jahrhundert brachte den Herzogtümern Oppeln und Ratibor sogar 22 Jahre polnischer Pfandschaft (1645—1666) und die Dekanate Beuthen und Pleß (die jetzigen Kreise Beuthen, Königshütte, Rattowitz, Zabrze, Pleß und Teile von Rybnik) waren bei der Eroberung Schlesiens durch Friedrich II. Teile des Arafauer Bistums. So führte in Vergangenheit das obereschlesische Land, von der deutschen Kultur kaum berührt, „ein Zusammenhang mit dem polnischen Kulturgebiet währendes Stilleben“, wie sich der deutsche Professor Partsch treffend ausdrückt.

So war es im XVIII. Jahrhundert und blieb auch weiterhin so. Das Landvolk war und blieb polnisch; die unter der Preußenherrschaft einsetzende Germanisationspolitik hat an dem polnischen Charakterbild Oberschlesiens nicht viel ändern können.

Die Preußenherrschaft in Oberschlesien.

Verschlechterung der Lage in den ersten hundert Jahren.

Die Geschichte des oberschlesischen Landvolkes bildet eine nicht geschlossene Kette von unfählichem Leid auf allen Lebensgebieten. In dieser Hinsicht behält seine volle Wahrheit ein Ausspruch eines deutschen Juristen, der besagt: „Das oberschlesische Volk hat keine Geschichte, es sei denn die Geschichte seiner Leiden.“ Und all diese Leiden kamen von dem fremdsprachigen, reichen, nach Oberschlesien zugewanderten, und hier herrschenden deutschen „Kulturvolk“, sei es von seiten der Regierung, sei es von seiten der deutschen Großgrundbesitzer, der „Fremdlinge“, wie sie der Volksmund nannte. Das Landvolk litt mehr als das andere Landvolk in Deutschland, und es mußte in schrecklicher Weise vor allen Dingen nur deshalb leiden, weil es polnisch war. Der nationale Gegensatz zwischen den „Herren Fremdlingen“ und dem arbeitenden polnischen Landvolk, die nichts gemeinsames miteinander hatten, brachte das polnische Volk in sozialer, wirtschaftlicher und nationaler Hinsicht in die traurigste Knechtschaft, gerade in den ersten hundert Jahren preußischer Herrschaft.

Sozial befand sich der polnische Bauer in Oberschlesien auch vor der preußischen Herrschaft in der niedrigsten Lage. In dieser Hinsicht dürfte ein Dokument aus der Oppelner Landesordnung von 1562 uns ein Bild der sozialen Gliederung der Bewohner Oberschlesiens bieten: Bei Grenzstreitigkeiten schworen die Herren oder Ritterstandespersonen mit aufgehobenen Fingern, ohne Wehre und mit bloßem Haupte. Die Bürgerstandespersonen aber knieend mit bloßem Haupte, aufgehobenen Fingern und ohne alle Gewehr. „Die Bauersleute,“ heißt es weiter wörtlich „sollen sich bis aufs Hemde ausziehen und in ein Grab, welches einer Ellen tief ausgegraben sein soll, niederknien, auf dem Haupte einen Rasen haben, kein Gewehr oder Messer bei sich tragen und also im Grabe knieend einen Eid tun.“ Und wirtschaftlich scheint es dem Volke Oberschlesiens auch unter der österreichischen Herrschaft schlecht gegangen zu sein; denn die sonst kümmerlichen Nachrichten über Oberschlesien berichten auf einmal, daß zu Anfang des XVIII. Jahrhunderts „wiederholte Klagen und Schmerzensschreie“ über unerträgliche Lasten und Steuerdruck in diesem polnischen Landesteile laut geworden sind. Diese hatte aber die österreichische Regierung durch eine totale Steuerreform zum Schweigen gebracht.

War nun die Lage des Landvolkes unter der österreichischen Herrschaft schlecht, so hat sie sich mit dem Augenblick, wo Oberschlesien an Preußen kam (1742), noch weiter verschlechtert. Friedrich II. hat Polnisch-Schlesien mit dem Bewußtsein übernommen, daß er von der polnischen Bevölkerung „eine rechte Anhänglichkeit nie werde erwarten können“.

Germanisationsversuche.

Wie sollte er sie auch erwarten können! Seine inbezug auf Oberschlesien getroffenen Maßnahmen waren nichts weniger als Köder zur Preußensympathie. Solange Oberschlesien zu Oesterreich gehörte, gab es hier keinen Sprachenkampf. Sobald aber Schlesien an Preußen kam, setzten die Germanisationsbestrebungen mit aller Macht ein. Trotz der schönen preußischen Devise „Euum cuique“ (Jedem das Seine) sollten die polnischen Oberschlesier unter der neuen Preußenherrschaft wenig nationale Gerechtigkeit finden. Es hieß vielmehr: Kampf der polnischen Sprache! Die deutsche Sprache müsse in Oberschlesien allgemein werden. Friedrich II. wollte nicht nur in der Volksschule den deutschen Sprachunterricht eingeführt wissen, sondern machte es auch den Geistlichen unter Androhung von empfindlichen Geldstrafen zur Pflicht, deutsch zu lernen. Den deutschen Großgrundbesitzern verbot er auch, Dienstboten anzunehmen, die nicht deutsch können. Eine weitere preußische Verordnung lautet: „Keine Weibsperson soll eher heiraten, kein Kerl eher Wirt oder Bauer werden dürfen, bevor sie nicht deutsch können.“

Diese Verordnungen hatten jedoch wenig Erfolg. Zweck schnellerer Germanisierung des Landvolkes wird amtlich die deutsche Sprache eingeführt und für die Schulen werden Lehrer gesucht, welche die vollkommene Kenntnis der deutschen Sprache besitzen, um der Jugend das Lesen, Schreiben und Reden vollkommen beizubringen. Der preußische Minister, welcher sich immer auf den Willen des Königs berief, ließ auch dem bischöflichen Vikariatsamt bekannt machen, daß niemand fortan als Pfarrer angestellt werden sollte, der nicht deutsch verstehe. Diese Verfügung wurde in Polnisch-Schlesien bekannt gemacht, wo es überall Geistliche gab, die nur polnisch konnten.

Das fürstbischöfliche Generalvikariat war der preußischen Regierung in jeder Beziehung nachgiebig, es ließ sich zum Werkzeug der germanisierenden Regierung herab und leistete so der Germanisation der polnischen Landesteile einen wesentlichen Vorschub. Es ging sogar soweit, daß 1787 die Pfarrer zur Pflege des Deutschen in den Schulen ermahnt wurden. Diese Mahnung hat die bischöfliche Kurie bereits aus eigenen Stücken getan. Oberschlesien sollte eben möglichst schnell germanisiert werden. Nach solcher Dienstfertigkeit des Generalvikariats stellte im Juli 1789 der Staatsminister Hohn an den Bischof in Breslau das Ansinnen, die polnischen Pfarrgehilfen nach dem deutschen Niederschlesien zu versetzen und dafür die deutschen Kaplanen nothdürftig mit polnischen Sprachkenntnissen auszustatten und nach Oberschlesien zu jenden. Die Maßregel wurde damit begründet,

daß die Oberschlesier dann gezwungen sind, „die Anhänglichkeit an die polnische Sprache, Sitten und Gewohnheiten aufzugeben und von der unverantwortlich vernachlässigten Gelegenheit, deutsch zu lernen, Gebrauch machen“, und „die Niederschlesier, die eine bessere Kultur mitbringen, den obereschlesischen Landmann gewöhnen, auf das Deutsche zu merken und selbst im Gespräch einen deutschen Ausdruck zu suchen“. Es verdient noch bemerkt zu werden, daß diesen Germanisationsplan durch die Kirche der Jesuit Gottfried Steiner im Interesse eines schnellen Fortschrittes der Germanisation in Oberschlesien ausgeheckt hat. Das polnische Volk, das in seiner gedrückten Lebenslage die erhebende Lehre des Christentums in der Kirche wohl die einzige edlere Freude geboten hat, sollte im Interesse der Germanisation seiner polnischen Geistlichen verlustig werden. Zum Glück der armseligen polnischen Bevölkerung wies diesmal das Breslauer Generalvikariat dieses Ansinnen aus seelsorgerischen Gründen zurück. Der Gedanke des dienstfertigen Jesuiten wurde vorläufig nicht durchgeführt, erst später hat sich ein Bischof gefunden, der den Vorschlag Wirklichkeit werden ließ.

Gerade in dieser Zeit hat man in der öffentlichen Meinung die polnische Sprache der Oberschlesier der Verachtung preisgeben wollen, indem man dieselbe aus Unkenntnis der Sprache „wasserpolnisch“ nannte, obwohl die Sprache der polnischen Oberschlesier von dem bekannten Berliner Slavisten Professor Brückner als „Kern der polnischen Sprache“ bezeichnet wird. Es wurde eine derartige Voreingenommenheit gegen den obereschlesischen polnischen Dialekt gepredigt, daß man schlechtthin annahm, der kulturelle Tiefstand Oberschlesiens sei eine Folge dieser Sprache. Man wollte es nicht sehen, daß dieser Tiefstand lediglich die Folge der besonders in Oberschlesien drückenden Leibeigenschaft war. Während katholische Jesuiten, wie Pater Beplichal und Steiner Anschläge gegen die Sprache der Oberschlesier schmiedeten, erhoben evangelische Pastoren ihre Verteidigungsstimme für die Sprache der unterdrückten Oberschlesier. Der Pastor Pohle aus Tarnowitz wendet sich gegen die Vorurteile, unter denen Oberschlesien, namentlich seine Sprache zu leiden hatte. Auch der evangelische Konsistorialrat Samuel Richter mußte als Anwalt des arg verleumdeten polnischen Volkes in Oberschlesien auftreten. An erster Stelle verlangt er eine bessere Erziehung des polnischen Volkes vermittlest seiner Muttersprache und als Vorbedingung dazu eine gründliche Ausbildung der Geistlichen und Lehrer im Polnischen. Er ist überzeugt, daß nur „fertige Polen“ als Lehrer und Geistliche die Jugend und das Volk veredeln können. Gleichzeitig nahm der Breslauer Professor Schummel in seiner „Reise durch Schlesien“ das obereschlesische Volk gegen seine Verleumder energisch in Schutz und warnte mit erhobener Stimme: „Laßt uns ja gegen die polnischen Schlesier keinen Prozeß

anfangen. Vor dem Richterstuhle der Geschichte verfleren wir in allen Zuständen!"

Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des polnischen Landvolkes.

Die Anklage gegen die Preußen erstreckt sich nicht nur auf die Unterdrückung der polnischen Sprache. Sie erhebt sich vor allen Dingen aus der wirtschaftlichen und sozialen Verelendung, in welche das arme oberschlesische Volk im ersten Jahrhundert des preussischen Regimes infolge der Hartherzigkeit, der „Barbarei“, der kalten Gewinnsucht der deutschen Junker einerseits und der „jämmerlichen, schrecklichen Unterlassungssünden“ der Staatsregierung andererseits geraten ist.

Oberschlesien als Bauernland nach dem siebenjährigen Kriege. Die Klassen der Landbewohner und ihre Lasten.

Polnisch-Schlesien war nach Beendigung des siebenjährigen Krieges (1763) das Land der Bauerngüter und ziemlich ausgedehnter Robotgärtnerstellen, ein Land mit dünner Bevölkerung und verhältnismäßig wenigen Häuslern und Einsiegern. Die Häusler hatten ein Häuschen, zu dem häufig ein Gemüsegarten und bisweilen auch etwas Vieh und Acker gehörte, welcher in Oberschlesien infolge der Unfruchtbarkeit des Bodens mehrere Morgen groß war. — Die polnischen Robotgärtner besaßen häufig bis 30 Morgen Acker, freilich häufig „die schlechtesten, entfernt am Walde gelegenen Acker“. Der Bauer hatte soviel Ackerland, daß er sich zu dessen Bestellung mehrere Pferde oder Ochsespanne hielt. Alle diese drei letzteren Besitzgruppen besaßen aber ihr Land nicht als volles Eigentum im heutigen Sinne, sondern dem Gutsherrn oder Grundherrschaft stand das Oberigentumsrecht zu. Jedes Dorf hatte nämlich seinen „Herrn“, ganz gleich, ob er als Gutsherr im Dorfe selbst im „Herrenhofe“ wohnte und auf einer bescheidenen Feldflur Landwirtschaft betrieb oder als abwesender „Grundherr“ nur Ansprüche auf mannigfache Zinsen und Abgaben hatte, welche das herrenhoflose Dorf zu leisten hatte. Diesen Herren als „Obergigntümer“ mußten die Bauern Spanndienste, die Gärtner Handdienste ohne Entgelt leisten. Beide Besitzklassen mußten sich von dem Ertrage des innegehabten Ackers ernähren, von welchem noch allerhand hohe Abgaben in Geld und Naturalien zu entrichten waren. Diese letzteren Lasten hatte auch der Häusler zu tragen, der jedoch auf dem Herrngute gegen Unterhalt und geringe Bezahlung arbeiten mußte. Nur die Freibauern, Gärtner und

Häusler hatten erblichen Besitz und durften ihren Stellenbesitz einem Kinde ungeteilt übertragen. In Oberschlesien gehörte aber kaum der zehnte Teil dieses Landvolkes zu diesen erblichen Besitzern. Alle übrigen hatten unerblichen Besitz, d. h. der Gutsherr konnte den Besitzer zu jeder Zeit von der Stelle entsetzen und einen anderen einsetzen. Andererseits konnten aber diese, sowohl die erblichen als auch die unerblichen Besitzer ohne Einwilligung des Herrn die Stelle nicht verlassen.

Die Erbuntertänigkeit.

Zu den mannigfachen Lasten, die auf dem ländlichen Grundbesitz ruhten und als Ausfluß des Obereigentumsrechts des Gutsherrn galten, traten noch die Pflichten der Hörigkeit: Bauern, Gärtner und Häusler bildeten zusammen mit den anderen Dorfbewohnern die Erbuntertanen des jeweiligen Besitzers des Dorfes: sie waren an die Scholle gebunden. In Oberschlesien war die Landbevölkerung direkt leibeigen. Denn die Herren trieben sogar Menschenhandel.

„Harte Herren waren die obereschlesischen Junker.“

Bei solcher Landverteilung und Arbeitsverfassung, bei solchem Abhängigkeitsverhältnis des Landvolkes von den „Herren“ konnte das Loß des obereschlesischen Volkes nur dann einigermaßen erträglich sein, falls die Herren sich von etwas Wohlwollen gegenüber der Bevölkerung leiten ließen und der Staat das Volk bei etwaigen Uebelständen in Schutz nahm. Die deutschen Junker in Oberschlesien, die „Halbgötter“, wie sie ein deutscher Zeitgenosse nennt, waren von nichts weniger beseelt als von Wohlwollen. Das Volk nannte sie „Fremdlinge“ und bat Gott, er möge sie vor dem Buzug solcher Herren bewahren, weil sonst „vollkommene Barbarei“ (soll wohl heißen „Tyrannei“) sich in Oberschlesien breit machen würde. Andererseits nannten die „Fremdlinge“ die vielgeplagten polnischen Landleute „Halbmenschen“, denen gegenüber man jede Schraube anziehen kann, um sich auf ihre Kosten zu bereichern. Und gerade deshalb, weil die Landbevölkerung polnisch war, weil sie ein schlechteres Besitzrecht als die deutsche Bevölkerung im übrigen Schlesien hatte, durften sich die deutschen „Herren“ alles erlauben, um das polnische Landvolk mit der Zeit in größte Not und Elend zu stürzen. Hier war es die Aufgabe des Staates, der kalten Gewinnsucht der deutschen „Herren“ Schranken zu setzen, aber gerade weil das obereschlesische Landvolk polnisch war, stellte sich die Regierung auf die Seite der Großgrundbesitzer.

Von deutscher Seite wird gerade Friedrich II. nachgerufen, daß er sich als erster um das Wohl des Volkes gekümmert hat. Von all' diesen

Wohltatsmärchen ist nur das eine wahr, daß er eine Verordnung erließ, wonach die „Herren“ Großgrundbesitzer es unterlassen sollten, die in Kriegsnot verödeten und verlassenen Bauerngüter einzuziehen. Sie sollten neu besetzt werden. Auch sollte der unerbliche Besitz des Landvolkes in den erblichen verwandelt werden. Zu solchen Maßnahmen drängten den preussischen Militärstaat militärische und finanzielle Rücksichten, denn die Bauern stellten die Rekruten, stellten die Bespannung für Artillerie und Bagage und zahlten die Hälfte der Grundsteuern. Das waren die Beweggründe zum Erlaß der Verordnungen. Die Verordnungen blieben aber auf dem Papier.

Der Landhunger der oberschlesischen Herren. Bauernlegen.

In der friedrizianischen Zeit ergriff nämlich die „Herren“ ein mächtiger Landhunger. Sie zogen die Bauerngüter ein, um ihre bescheiden ausgemessenen Landgüter auf Kosten der politischen Landbevölkerung auszu dehnen. Man nannte dies „Bauernlegen“. „Und in Polnisch-Schlesien,“ sagt ein deutscher Historiker, „wurden die Bauern eifrig gelegt.“ Ein einfacher Machtspruch des Grundherrn genügte, um den polnischen Stellenbesitzer von seinem Gütlein zu entfernen und dasselbe zur „Abrundung“ des Rittergutes einzuziehen. Trotz aller Anordnung der Regierung blieben die eingegangenen Bauernhöfe nicht wieder neu besetzt und blieben „Herrenland“. Außer diesen wurden aber auch zahlreiche Bauerngüter, die sich bis 1764 als Bauerngüter behauptet hatten, in den nächsten Jahrzehnten von den Gutsherren eingezogen. „Der Gutsherr,“ sagt Professor Ziekursch, „hat immer nachträglich in der Regel die Genehmigung zum Einziehen“ von der Regierung erhalten.

Das war der vielgerühmte Bauernschutz Friedrichs II. und seiner Nachfolger in Oberschlesien.

Rücknahme von Landstücken.

Eine einzige Verordnung Preußens zeitigte in Preußen guten Erfolg: sie erteilte den Rittergutsbesitzern die Erlaubnis, gegen Rückgabe des Kaufpreises die von den Rittergütern an das Landvolk verkauften Landstücke zurückzunehmen. Gewöhnlich griffen die Herren auf die ältesten derartigen Kaufgeschäfte, die sie feststellen konnten, zurück, um die polnische Bevölkerung landlos zu machen.

Die Aderfluren der Herren dehnten sich auf Kosten der polnischen Bevölkerung aus. (Im Kreise Lublinitz gab es im Jahre 1767 885 Bauern-

güter, im Jahre 1817 nur noch 461.) Dieses Anwachsen des Großgrundbesitzes hatte noch eine andere traurige Folge: In dem Maße, wie das Herrngut wuchs, und die Zahl des Landvolkes sich verminderte, stiegen die Ansprüche der Herren auf die Arbeitskraft des übrig gebliebenen Landvolkes. Die geringere Zahl der Bauern mußte das größere Gut des Herrn bearbeiten. Und so kam es unter der preussischen Herrschaft, daß die Bauern wöchentlich 5—6 Tage auf dem Gute arbeiten mußten, während der deutsche Bauer in Deutsch-Schlesien nur 1—2 Tage in der Woche Frondienste verrichtete. Wann sollten sie da ihren Acker bestellen? Dasselbe galt von den polnischen Gärtnern, die ebenfalls 6 Tage in der Woche auf dem Herrenhofe arbeiten mußten. Kurz und gut: das polnische Volk sank in die traurigste Knechtschaft unter dem Auge der preussischen Regierung und wirtschaftlich ging es dem Ruin entgegen.

Verlust und Schmälerung von mannigfachen Rechten.

In der vorpreussischen Zeit hatte das polnische Landvolk Weiderechtigkeit in den Wäldern, Rechte auf Streu, Grasmahr, Leseholz. Diese Rechte wurden teils eingeschränkt, teils ganz aufgehoben. Denn die Herren verkleinerten durch Rodungen die Wälder, pflanzten anstelle des Laubholzes Nadelbäume, unter welchen kein Gras wächst, durften den zehnten Teil des Waldes umzäunen; man verbot sogar die Sichelgräserei im Walde. Alle diese Maßnahmen bedeuteten eine Schmälerung der uralten kümmerlichen Rechte der Bevölkerung, welches zur Erhaltung des Viehes die Weideplätze im Walde und die Gräsgerichte brauchte. Das polnische Landvolk konnte diese Verbote nicht verstehen: Es mußte doch seine Existenz fristen. Es mußte diese „Gesetze“ übertreten, denn nach seiner Meinung war dies keine „göttliche Sünde“. Und so kam es fortwährend in Konflikt mit diesen weltlichen Gesetzen. Es wurde mit Strafdiensten und Geldstrafen bedacht, die es „vollends ruinierten“.

Gesindeienstpflicht.

Infolge der Erbuntertänigkeit waren alle Untertanenkinder, auch die der Freileute, gesindeienstpflichtig und mußten bis zu 10 Jahren auf dem Herrenhof dienen. Das Dorf durfte kein Erbuntertäniger verlassen, es sei denn mit Erlaubnis des Herrn. Aber auch in diesem Falle mußte er Entlassungsgeld zahlen. Begab sich der Entlassene in ein anderes Dorf, so mußte er den Grundherrschaft dieses Dorfes „Schutzgeld“ zahlen. Auch Heiratsverbote für das Gesinde wurden erlassen.

Die versprochene Beseitigung des unerblichen Besitzrechts.

Beim Ausbruch des siebenjährigen Krieges hat die preussische Regierung dem Landvolk versprochen, das unerbliche Besitzrecht beseitigen zu wollen. Im Jahre 1775 meldeten auch die Landräthe, daß der letzte unerbliche Besitz in Oberschlesien verschwunden sei. Die Reform war aber nur auf dem Papier vollendet. In Wirklichkeit zeigte sich später, daß der unerbliche Besitz noch zugenommen hat. Die deutschen Herren in Oberschlesien haben es verstanden, diesen Befehl zu umgehen und die Regierung tat, als wenn sie nichts sähe. Die deutschen „Herren“ konnten eben in Oberschlesien nach Gutdünken schalten und walten; hat doch Friedrich II. dem schlesischen Ministerialdirektor eingeschärft, die oberschlesischen Grundherren „belit“ anzufassen!

Keine Erleichterungen.

Für die Milderung des unerhörten Druckes der ungemessenen Frondienste und der Erbuntertänigkeit geschah seitens Friedrich II. nichts. Gerade gegen Ende seiner Regierung erheben sich auch die ersten an die Deffentlichkeit sich wendenden Notrufe, die Schilderungen des Elends des oberschlesischen Volkes, das oft „vom Menschen nichts habe als die Gestalt“. Soweit hat es der „Sultanismus“ der deutschen Junker, der „Gallgötter“ gebracht.

Entweichen der Untertanen nach Polen.

Der Druck der Lasten, der Prügelstoß des Herrn ist manchem unerträglich geworden. Deshalb kam es nicht selten vor, daß viele geplagte polnische Oberschlesier bei Nacht und Nebel „mit Weib, Kind und Vieh“ nach Polen gezogen sind. Ein Oberschlesier im Jahre 1780 durchquerender Engländer schrieb auch in dieser Beziehung: „Man hat uns versichert, daß es nichts Ungewöhnliches ist, in den Dörfern an der Grenze des Morgens einen oder ein paar Höfe verlassen zu finden.“ Sie entweichen nach Polen, wo die Lebensverhältnisse in der damaligen Zeit besser gewesen sind. Dafür zeugt schon ein Fall aus dem Kreise Rosenbergl, wo aus einem Dorfe auf einmal 13 Bauern nach Polen in Folge der unerträglichen Lasten entkommen sind. Als nach einigen Jahren aus Anlaß der verbrecherischen Teilung Polens preussische Truppen an die schlesisch-polnische Grenze vorgeschoben wurden, erbat sich der Herr der entwichenen Bauern einen Trupp Soldaten und holte an ihrer Spitze seine flüchtigen 13 Bauern mit Kind und Kegel, Vieh, Ackergerät und Getreidevorräten aus ihren neuen polnischen Eitzen auf sein oberschlesisches Gut zurück. Diese in Polen „settgewordenen Zugvögel“, wie er sich selbst ausdrückt, kamen ihm zu Paß. Er sperrte sie solange

ein, bis ihre Verwandten und Freunde aus dem Dorfe die Bürgschaft für ihr Bleiben und ihre ständige Beaufsichtigung übernahmen. Bei einem erneuten Entweichen eines der 13 herbeigeholten Bauern sollten die Bürger für dessen Dienstleistungen und Abgaben eintreten. Dieses Bildchen mit dem Ausdruck „fettgewordene Zugvögel“ beleuchtet den Gegensatz der damaligen Verhältnisse in Oberschlesien und Polen genug. Auf dem linken Oberufer flüchteten wieder die Landbewohner auf die österreichische Seite.

Polnischer Aufstand zu Friedrichs Zeiten.

Infolge der unerträglichen Lasten und „Drangsale“ kam es in Polnisch-Schlesien im Frühjahr 1706 zum Bauernaufstand. Man bedenke: das sanftmüthige polnische Volk greift zur Selbsthilfe. Da muß es die Willkür der Herren schon an den Rand der Verzweiflung gebracht haben.

Zunächst revoltierte das polnische Landvolk in Rybnik. Vom Kreiße Kalikow greift der Aufruhr hinüber auf die Kreiße Pleß, Beuthen, Loß-Gleiwitz, in welsch' letzterem Kreiße nicht weniger als 40 Dörfer in Aufstand geraten. Die Landleute stellen die Arbeit ein, verweigern die Zahlung aller Abgaben und rotten sich, mit Alexen, Heugabeln und Sensen bewaffnet, in den Wäldern zusammen. Sie wollen nicht mehr Lasten tragen als zu Oesterreichs Zeiten. Gegenüber den Dienstforderungen der Gutsherren berufen sie sich sogar auf die Robotordnung aus österreichischer Zeit vom Jahre 1562 und auf die Katasteraufzeichnungen im Kreiße Rosenberg aus dem Jahre 1722/23. (Wieder ein Beweis, daß das oberschlesische Volk unter der preussischen Herrschaft in schlechtere Lage gekommen ist.) Gegen die aufständischen Dörfer wurde Kavallerie aufgeboten. Als der Aufstand blutig niedergeworfen wurde und die Angst von den „Herren“ gewichen war, übten letztere eine furchtbare Rache an dem polnischen Landvolke. Ein Steuereinnehmer aus Loß berichtet, daß in einem Dorfe seines Kreiße zwei polnische Untertanen „zur Erde geworfen, an Kopf und Füßen gehalten wurden (der Gutsherr selbst hat auf den Hals getreten und jedem 150 Prügel aufs bloße Hemde zugezählt); wenn so etwas, so schreibt der Steuereinnehmer beiläufig weiter, zu einer Zeit vorgeht, wo die Klugheit gebietet, nichts als Güte zu zeigen, was für Qual müssen die Leute eines solchen Herren zu anderen (d. h. ruhigen) Zeiten wohl ausstehen.“ Der Besitzer der Herrschaft Guttentag hat sogar ein besonderes Marterwerkzeug für seine Untertanen erfunden und es den „scharfen Ekel“ getauft. Er wüthete so grausam unter dem polnischen Landvolke, daß ein großer Theil seiner Untertanen nach Polen flüchtete.

Wiederholte Unruhen.

Die Unruhen wiederholten sich, weil man dem Landvolk keine Erleichterungen bewilligt hat. Im Jahre 1780 taten sich 12 Gemeinden im Plesser Kreise zum Widerstande gegen die übermäßigen Fronarbeiten zusammen und verweigerten die Erntearbeit. Kavallerie und Infanterie rückte mit einer Kanone gegen die Aufrührer aus. Haft und Prügelstrafe erdrückte auch diese Revolte. Im nächsten Jahre fanden Bauernunruhen im Kreise Kreuzburg statt. Jetzt verschärfte man die Strafe: den aufrührerischen Bauern wurden die Grundstücke entzogen. Aber den Druck der Lasten empfand das polnische Volk so schwer, daß nicht einmal diese Strafen es vor neuen Erhebungen zurückschrecken ließen. Im Jahre 1782 kam es zum Aufruhr im Neustädtischen, 1786 im Kreise Namslau und unter dem Nachfolger Friedrichs II. im Jahre 1793 in den Kreisen Oppeln, Kreuzburg und Ratibor.

Urbarien oder Ausmessung der Untertanendienste.

Nichts getan.

Ueberall hatte die preußische Regierung die Bauernunruhen durch Militär erstickt, das Los des Landvolkes aber nicht verbessert. Wenn auch manchmal die Regierung Reformversuche unternahm, so waren sie so schwächlich, daß sie an dem Widerstande der oberchlesischen Junker scheiterten. Insbesondere verdient hier erwähnt zu werden, daß die preußische Regierung eine Aufstellung von Urbarien anordnete, wonach die Lasten der Untertanen genau festgesetzt werden sollten. Das Landvolk hoffte auf Erleichterungen der ungemessenen, täglichen Frondienste. Meistens unterblieb in Oberschlesien die Anfertigung dieser Urbarien. Wo man sie aber anfertigte, wurde dem Bauern der „falsche Wahn“ genommen, daß diese Maßnahmen eine Verminderung der Frondienste herbeiführen sollten. Die Herren nützten diese Verordnung dahin aus, daß sie die Anzahl der Dienste noch vergrößerten. Die Bauern entrüsteten sich und sträubten sich, die Urbare zu unterschreiben. Es kam zu Mißhandlungen der Bauern: man wollte den Bauern die Ohnmacht fühlen lassen. Wenn ihr eure Dienste fixiert wissen wollt, so sollt ihr das Doppelte aufgebürdet bekommen. Ein Beispiel: Als auf den im Oppelner Kreise gelegenen Gütern des Klosters Czarnowanz bei der Aufstellung eines Urbars im Jahre 1788 die Dienste verdoppelt werden sollten und sich diese dagegen auflehnten, ohrfeigte der Urbarienkommissar Freiherr von Dürerloh die Wortführer oder packte sie an den Haaren und stieß sie solange mit dem Kopf an einen Schrank, bis sie den Widerspruch einstellten und das Urbar unterschrieben. Das polnische Landvolk wollte nichts weiter,

als Feststellung der unbegrenzten und unbestimmten Dienste, und „Unbotmäßigkeit“ mußten sie mit doppelten Diensten büßen. So ist die preußische Wohlthat, deren Anlegung der Urbare zur weiteren Bedrückung und Plage geworden. Die deutschen „Herren“ wollten mit solchen Exempels dem übrigen Landvolk die Lust vergehen lassen, ihr Recht zu verlangen und es von seiner Rechtlosigkeit überzeugen. Es wurde dann von einem redlichen Beamten berichtet: „Seit 1785 ist in Oberschlesien für die Errichtung der Urbaren nicht das Mindeste getan.“ „Es trat also der in Ew. Kgl. Majestät Staaten unerhörte Fall ein, daß eine so beträchtliche Klasse von Einwohnern durch eine so lange Reihe von Jahren nicht allein keine Hilfe, sondern nicht einmal rechtliches Gehör finden konnte, sondern ganz der Diskretion (Belieben, Willkür) des obereschlesischen Adels, dem dieser Stillstand obrigkeitlicher Hilfe wohlbekannt war, überlassen blieb. Trotz des 13jährigen Bestehens der eingerichteten Urbarenkommissionen geschah beinahe gar nichts, weil man die Rechtlosigkeit des Landvolkes in Oberschlesien hinsichtlich der Dienstfreitigkeiten mit den Gutsherren erhalten wollte.

In der klüglichsten Weise hat die preußische Regierung bei der Durchführung der eigenen Verordnungen zur Abhilfe mancher Uebelstände in Oberschlesien gegenüber der Willkür der deutschen „Herren“ versagt. „Das Tollste vom Tollen,“ sagt ein deutscher Historiker, „bildet jedoch die Tatsache, daß nicht einmal auf den staatlichen Domänen in Polnisch-Schlesien die Umwandlung des unerblichen Besitzes in erbliches Eigentum erfolgte.“ In Deutsch-Schlesien waren die unerblichen Stellen gegen Ende des XVII. Jahrhunderts in erbliches Eigentum verwandelt worden. Oberschlesien behielt aber weiter den unerblichen Besitz infolge der Gleichgültigkeit der Regierung; und diese Tatsache sollte später eine neue Quelle zur wirtschaftlichen Verelendung der polnischen Schlesier werden. Der Willkür und Härteherzigkeit der Großgrundbesitzer überlassen, kam das polnische Volk unter der preußischen Herrschaft immer mehr und mehr wirtschaftlich und kulturell herunter. Not, Elend und Verbitterung griff erschreckend in Oberschlesien um sich. Recht bezeichnend für die preußischen Verhältnisse war bei den wiederholten Aufständen des obereschlesischen Landvolkes die Forderung, daß die Aufständischen sich auf ihre Rechte aus dem Jahre 1526 beriefen! Sie wünschten sich diese Verhältnisse von diesen Jahren zurück.

Gärung in Oberschlesien.

Trotz Unterdrückung der periodischen Aufstände in Oberschlesien dauerte der Kampf der Untertanen gegen die harten Herren in der Form von jahrelangen Prozessen weiter. Mittlerweile kamen Soldaten vom unrühm-

ließen Feldzuge Preußens gegen die Republik Frankreich zurück und priesen das neue Ideal von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Auch von Polen sind Nachrichten vom Aufstande im Jahre 1794 nach Oberschlesien gedrungen, wo der Bauernfreund Kosciuszko dem Landvolk die Freiheit versprach. Infolgedessen gährte es im Frühjahr und Sommer 1796 heftig in Polnisch-Schlesien. „Wir sehen uns genötigt,“ berichtet die obereschlesische Oberamtsregierung, „Ew. Königlichen Majestät anzuzeigen, daß der Geist der Empörung und der Widersetzlichkeiten der obereschlesischen Dorfschaften gegen ihre Dominia und die Befehle der Oberamtsregierung auf eine außerordentliche Art sich zu verbreiten anfängt!“ Es häuften sich die Klagen des polnischen Landvolkes über den Druck der durch die Gutsherren dauernd gesteigerten Fronen und die Bitten um Milderung des Druckes durch genaue Festlegung der Schuldigkeiten in neuen Urbaren. Mehr als 50 Gemeinden im Tostener und Beuthener Kreise legten die Arbeit nieder und leisteten den Truppen anfangs bewaffneten Widerstand, bis ein größeres Truppenaufgebot sie zur Ruhe brachte. Ebenso brachen in den polnischen Kreisen Pleß, Mosenberg, Kreuzburg und Groß-Wartenberg Tumulte aus. Auch sie wurden entweder blutig oder durch Spießrutenlaufen erstickt. General Dallwig empfahl ganz besonders letztere Strafe, weil sie nach seiner Ansicht die geeignetste und für die polnische Bevölkerung die gesündeste sei. Und diese Strafe wurde in Oberschlesien allgemein eingeführt.

Spießrutenlaufen.

Im Zusammenhange damit möge noch ein Bild angeführt werden, daß geradezu ein Symbol der vielfachen Leiden des polnischen Volkes in Oberschlesien einerseits und die menschenunwürdige Behandlung des Volkes durch Preußen andererseits darstellt. Dem schlesischen Provinzialminister Hohn wird von verschiedenen Seiten gemeldet, daß er selbst in Polnisch-Schlesien (man dachte, durch die preussische Behandlung sei alles freiheitliche Streben im obereschlesischen Volke erstickt) das Landvolk bei allen Zusammenkünften die Ereignisse der französischen Revolution erörterte und billige. Schließlich griff man einen Bauer aus Gimmelwitz mit Namen Marek auf, welcher gedroht haben soll, „es müsse so wie in Frankreich gehen,“ weil man dem Volke nicht das zukommen ließ, was ihm gebühre. Und da man der Ansicht war, daß nur körperliche Züchtigung die Schlesier bei ihrer gutmütigen Denkart vor Freiheitsäußerungen sichere, ließ man den festgenommenen Bauern in Oppeln am 17. März 1794 sechsmal Spießrutenlaufen. Zwei Tage später, als er transportfähig war, hat man ihn „mit

„Blutigem Buckel“ durch ein Militärkommando als abschreckendes Beispiel in sein Heimatdorf zurückschicken lassen.

Ein scharfer Erlass der preussischen Regierung befahl, jeden Lobredner der französischen Revolution sofort auszugreifen.

Das Maß der Leiden des obererschlesischen Volkes war zum Ueberlaufen gefüllt. Die ausführlichen Schilderungen der dürrstigen und beengten Lage des obererschlesischen Volkes unter der Herrschaft Friedrichs II. und seiner Nachfolger im XVIII. Jahrhundert sind so erschütternd, daß der deutsche Professor Knapp, wenn er die äußerste Schärfe der Mißstände vor der Bauernbefreiung in Preußen kennzeichnen will, immer aus Oberschlesien seine Beispiele wählen muß. Schüchtern vor der eisernen Gewalt der deutschen Herren in Oberschlesien, mahnten manche Menschenfreunde die harten Großgrundbesitzer, daß es garnicht menschlich sei, wenn sie ihren Untergebenen nicht einmal die notwendige Kost oder Geld für Kleidung gönnen.

Das Bild von Oberschlesien zu Beginn des XIX. Jahrhunderts.

Landhunger der „Herren“.

Die Last der ungemessenen Frondienste.

Gegenüber den Zuständen nach den schlesischen Kriegen weist Oberschlesien zu Beginn des 19. Jahrhunderts starke, verschiederte Unterschiede auf. Infolge offenen und heimlichen Eingiehens der Bauerngüter ist der Großgrundbesitz in Oberschlesien unter der Preußenherrschaft stark fortgeschritten, die Fronden sind ins Unermeßliche gestiegen, das unerbliche Besitzrecht infolge Verjagens der Regierung wurde in Polnisch-Schlesien in erbliches nicht verwandelt; das polnische Landvolk lebte in wirklicher Leibeigenschaft, in wirtschaftlichem und kulturellem Elend verkommend, wohin es der entsetzliche Druck der Lasten gebracht hat. Ganz der Willkür der deutschen „Herren“ überlassen, ohne daß der preussische Staat derselben Schranken setzte, seufzte das arbeitende polnische Landvolk in seiner Gesamtheit unter der Last unklar begrenzter Frondienste. Selbst die Bauern waren durch Hofdienste so überlastet, daß ihm dieselben die Bestellung des eigenen Besitzes und das „Erkämpfen“ des Lebensunterhaltes erschwerten. Die Robotgärtner vermochten bei ihrer Verpflichtung zu täglichen Frondiensten, bei ihrem Mangel an leistungsfähigem Zugvieh und Gesinde ihre schlechten Acker nicht ordentlich zu bestellen. Was trotzdem wuchs, fraß nur zu oft das aus dem Walde heraustretende Wild, sodaß einem solchen Gärtner die Acker „auch in den fruchtbaren Jahren kaum die notwendigsten Naturalbedürfnisse zu befriedigen vermochten“. Die Gärtner hatten nicht nur die

Ernte und das Ausdreschen des Getreides der deutschen Großgrundbesitzer zu übernehmen, sondern sie mußten 4—6 Tage in der Woche mit zwei Personen dienstbereit bei der Herrschaft sich einstellen gegen winzigen Tageslohn oder Deputat. Außer diesen Handdiensten standen dem Gutsherrn noch die dienstpflichtigen Häusler und das Hofgesinde zu Gebote, welches am Herrenhof bis zu 10 Jahren dienen mußte. Außerdem schulteten die Bauern, Gärtner und Häusler ihrem Gutsherrn als Obereigentümer verschiedene Abgaben in Geld und Naturalien.

Unsicherheit des Besitzes. Die Allgewalt des Grundherrn.

Der Stellenbesitzer hatte kein erbliches Anrecht auf die Nutzung des Bodens, den er bebaute. Für jeden bestand außerdem noch die Gefahr, daß ihn der harte Herr durch einen einfachen Machtspruch von der Ackerstelle vertreiben konnte. Kein Stellenbesitzer war seines Stellenbesitzes sicher. Dagegen durfte der Bauer infolge der Gebundenheit an die Scholle, der sog. Erbhunterlänigkeit, die Stelle aus eigenen Stücken oder infolge von unbilliger Ueberspannung der Lasten nicht straflos verlassen. Der Grundherr bestimmte die Wahl des Wohnsitzes für seine Untertanen, er gewährte oder versagte ihnen die Genehmigung zu heiraten. Ja, er hatte das Recht, sein Hofgesinde durch sein unabänderliches Gebot aus seinen Untertanen selbst Freibauern auszuheben. Wenn jemandem ein Unrecht von Seiten des Grundherrn geschehen ist, konnte er sich dagegen nicht wehren, weil der Gutsherr zugleich Gerichtsherr war, dem noch dazu die Polizeigewalt über seine Untertanen zustand.

Bei solchen Rechtsverhältnissen, und bei den harten, deutschen Herren, die der preußische Staat noch bevorzugte und die als „Fremdlinge“ aus kalter Gewinnsucht jede Schraube anzogen, ist es noch ein Wunder, daß das polnische Volk körperlich, geistig und sittlich nicht ganz zu Grunde gerichtet wurde.

Andauernde Kampffpannung.

Das polnische Volk lebte seit Beginn der Preußenherrschaft in ewiger Kampffpannung gegenüber den harten deutschen Herren. Kein Wunder, wenn die bedrückte Bevölkerung, wie ein amtliches Memorial aus dem Jahre 1786 berichtet, ihren fremden Gutsherrn folgendermaßen zu antworten pflegte, falls ihr dieselben mit Buchthaus drohten:

„Sieher zehn Jahre schwerer Arbeit im Buchthaus als zwei Jahre Untertan bei Ew. Gnaden!“

Ein deutscher Schriftsteller schildert die Lage des oberschlesischen polnischen Landvolkes in Anlehnung an eine im Jahre 1786 erschienene Broschüre folgendermaßen:

Die Lage des Landvolkes.

Das Vieh mußte der Herr kaufen oder mit großem Kostenaufwande ziehen; die Kinder der Untertanen dagegen, welche die Eltern selbst erziehen müssen, kann man immer bekommen. Das Pferd kostete 10, 12 und mehr Dukaten, ein Dominialknecht oder eine Magd kostet nur ein paar Worte: „Du kommst aufs Gut!“ Ganz besonders muß die Tatsache entrüsten, daß solches Gefinde 6, 8 manchmal sogar 10 Jahre bleiben muß, wofür es aber einen so elenden Lohn erhält, daß dieser nicht einmal zur Anschaffung der Bekleidung ausreicht.

Elend.

Eine Kommission hat festgestellt, daß ein Bauerngut in Oberschlesien nach Bestreitung aller Lasten jährlich 5 Taler Einkommen brachte. „Die tägliche Erfahrung zeigt aber, daß ein solcher Landwirt bei der ersten Mißernte oder bei Verlust eines Zugtieres unfehlbar zu Grunde geht, weil der Bauer keinen Kredit hat. Ueberdies erhält ein solcher Untertan, welcher ohne sein Verschulden in Not gerät, obendrein noch Prügel seitens der erbarmungslosen Verwalter. Und weil er dann seine Frondienste nicht leisten kann, wird er mit Gewalt vertrieben und dann mag er zusehen, wie er sich und seine Familie ernährt. Dann wird ein anderer Untertan, z. B. ein Gärtner, welcher noch ein paar Kühe oder etwas Saatgetreide hat, gutwillig oder mit Gewalt auf solcher verödeten Gärtnerstelle angesiedelt. So kommt es oft vor, daß eine solche Gärtnerstelle binnen zwei bis drei Jahren drei bis viermal den Besitzer wechselt. Die Bauern gehen überwiegend barfuß und die Bekleidung besteht im Sommer aus einem wergenen Hemd und Hosen. Es kommt vor, daß junge und alte Frauen noch im Oktober ganz ohne Hemd umhergehen, nur im Unterrock und mit einer Suppe und auch diese nicht etwa zugemacht; folglich kann man die ganze bloße Brust und den Leib bis auf die Hüften sehen. Dem Bauern wird, wenn er stirbt, in der Regel ein Sarg aus Mistbrettern gezimmert und in diesem wird er begraben: „Sieh hin auf Oberschlesien!“ Soweit hat es die harte Herrschaft der deutschen Junker unter den ersten Königen Preußens im XVIII. Jahrhundert gebracht.

Ausschub der Reformen in Oberschlesien.

Auf dem Wege zu Reformen.

Solche Uebelstände hätte die preussische Regierung abschaffen sollen. Aber sie ließ die deutschen Großgrundbesitzer in der Unterdrückung des polnischen Volkes gewähren. Als jedoch das morische Preußen unter den wuchtigen Schlägen Napoleons im Jahre 1805 in Trümmer sank und aus den polnischen Gebieten, welche hauptsächlich Preußen abgenommen wurden, das Herzogtum Warschau gebildet wurde, wo gleich die Erbuntertänigkeit der Bauern aufgehoben wurde, wurde auch Preußen zur Beschleunigung einer Agrarreform gezwungen. Durch das Oktoberedikt im Jahre 1807 wurde auch in Preußen die persönliche Erbuntertänigkeit aufgehoben. Wer nur wollte, durfte fortan das Dorf verlassen, ferner eine Ehe ohne Erlaubnis des Gutsherrn eingehen. Die Kinder des Volkes bedurften nicht mehr der Zustimmung des Gutsherrn, wenn sie ein Handwerk oder einen anderen Beruf ergreifen wollten. Niemand konnte mehr gezwungen werden, eine Bauern-, Gärtner- oder Häuslerstelle zu übernehmen. Die Einlieger durften das Dorf verlassen und wanderten in das Industriegebiet von Beuthen. Die Kinder wurden vom Gesindezwang befreit. Nun stieg auch der Tagelohn der „freien“ Arbeiter. Es blieben aber weiter bestehen: die Zinsen, Abgaben, Fronen und sonstigen Verpflichtungen, wie Mühlen- und Getränkezwang, die auf den Ackerstellen lasteten; es blieben ferner auch das Obereigentumsrecht des Großgrundbesizers über die zu ihrem Gute gehörigen Rustikalstellen, die wechselseitigen Wald- und Weidgerechtigkeiten. Und in Oberschlesien blieb auch das überall vorherrschende unerbliche Besitzrecht. Die Stellenbesitzer wurden weiter hauptsächlich durch die vom Oktoberedikt nicht berührten Fronen, Grundzinsen und Abgaben gedrückt. Im Juni 1810 kam es wieder zum Streik, weil letztere Lasten zu schwer waren.

Erneuter Bauernaufstand.

Das Oktoberedikt hatte verkündet, daß es vom Martinitag 1810 ab in Preußen nur noch freie Leute geben sollte. Im Oktober 1810 schärfte man aber durch eine neue Verordnung den mit Fronen überlasteten polnischen Bauern ein, daß er nach wie vor seine ungemessenen Dienste leisten sollte. Das polnische Landvolk sah sich betrogen. Es brach ein gewaltiger Bauernaufstand aus, der sich vom Geobischützer Kreise über die Oder bis weit in den Plesser Kreis verbreitete. Dem preussischen Kommissar erklärten die polnischen Landleute, „sie wollen sich lieber in Stücke hauen lassen, als noch einmal zu Hofe gehen“. Sie wollten sich Freiheit erzwingen. Durch einen in polnischer Sprache verfaßten, von den Dorf-

schulzen unterschriebenen Vertrag schlossen sich 81 Gemeinden zusammen. Eine gegen sie entsandte Kavallerieabtheilung stieß auf hartnäckigen Widerstand und machte von der Waffe blutigen Gebrauch. Erst mit Hilfe größerer Truppenmassen konnte der Aufstand unterdrückt werden.

Regulierungsedikt.

Durch diese Ereignisse gemahnt, erließ die preussische Regierung im Jahre 1811 das Regulierungsedikt, welches den dienstpflichtigen Bauern und Gärtner die Anerkennung des freien Eigentums am Boden und Befreiung von den bisherigen Dienstleistungen bringen sollte. Dafür sollten die Bauern und Gärtner an die Grundherren ein Drittel des erblichen Besitzes und die Hälfte des Pachtlandes abtreten. Der Großgrundbesitz des ganzen preussischen Staates hatte sich dem Geleiz zu fügen. Aber in Oberschlesien kam es anders. Den Magnaten gelang es, für diesen polnischen Landesteil, der ganz besonders einer Reform bedürftig war, die Wirkung des Gesetzes im eigenen Interesse umzugestalten, und dann die Reform um ein Menschenalter zu verzögern. Die angekündigte Agrarreform, welche überall in Preußen den wirtschaftlichen Wohlstand der Bauern heben sollte, hatte im polnischen Oberschlesien die Wirkung, daß das Landvolk noch mehr verarmte und die deutschen Grundherren auf Kosten der sowieso schon armen polnischen Bevölkerung ihren Großgrundbesitz noch weiter zu vergrößern wußten. Auf Antrag des Grafen Hensel von Donnersturm wußten die obereschlesischen Großgrundbesitzer es durchzusetzen, daß schon im Regulierungsedikt von 1811 die Robotgärtner Oberschlesiens — zum Teil spannsfähige Landwirte — ihr Land bis auf 3—4 Morgen an die Grundherrschaft verlieren und nur den Rest als freies Eigentum behalten sollten. Und dies noch unter Verzicht auf das Anrecht auf Bauholz, Waldweide, Waldstreu und unter der Verpflichtung, noch 5 Jahre lang die vom Gutsherrn geforderten Dienste gegen den in der Gegend üblichen Tage'sohn zu leisten. Diese Bestimmung von 5 Jahren hatte jedoch keine praktische Bedeutung. Es war doch klar, daß der Gärtner von 3—4 Morgen keinen Lebensunterhalt gewinnen konnte, (zumal in Oberschlesien der Acker schlecht ist), sodaß er notwendigerweise beim früheren Grundherrn Arbeit suchen mußte.

Beschränkungen der Regulierungen in Oberschlesien.

Die obereschlesischen Großgrundbesitzer wußten alles zu ihrem Vorteil auszunützen. Sie konnten die rückständigsten Vorschläge machen, die preussische Regierung ging auf alle Vorschläge der Ausbeuter ein, denn es hatte dabei nur — die polnische Bevölkerung zu verlieren.

Als im Jahre 1816 eine königliche Verordnung die Regulierung im ganzen preussischen Staate auf spannsfähige Wirtschaften beschränkte, fanden auch jetzt die großen Grundherren Oberschlesiens einen Weg, die Wirklichkeit des Gesetzes für das polnische Oberschlesien lahm zu legen. Sie erreichten es wieder bei der schlaffen preussischen Regierung im Jahre 1827, daß für Oberschlesien — aber wieder nur für Oberschlesien — die Regulierungsfähigkeit nicht allen spannsfähigen Robotgärtnern, welche über 3 Morgen Acker hatten, zugestanden wurde. Vielmehr wurden in Oberschlesien nur die Landwirte einer Regulierung für würdig befunden, welche mehr als 25 Morgen, und auch diese nur dann, wenn sie — was selten zutraf — zu Spanndiensten verpflichtet waren. Es genügten die Worte des Fürsten von Pleß: „Die Aufhebung der Handdienste wäre ein Unglück (?) für Oberschlesien, denn der Gutsherr kann ohne sie nicht bestehen“ und die preussische Regierung erließ sofort dieses Ausnahmegesetz für das polnische Oberschlesien. So wurde dafür auf alle mögliche Weise gesorgt, daß von 1816—1827 nur sehr wenige und von 1827 ab sogar wie gar keine — bis 1846 nämlich zehn! — Robotgärtnerstellen in Polnisch-Schlesien aufgrund obengenannter Verordnungen reguliert wurden.

Der bereits erwähnte Professor Knapp verrät auch den Grund für die so müßig betriebenen Regulierungen, wenn er schreibt: „Viele Gutbesitzer benutzen die ihnen zur Vorbereitung der Regulierung gelassene Zeit zur Entsetzung der Bauern, welche reguliert werden müßten, von den Bauernstellen, um andere, vielfach auch dieselben mit Zeitpachtkontrakten wieder einzusetzen.“ Auf vielen Gütern hat man auf diese Weise alle Güter enteignet, ihre Stellen mit Pächtern besetzt; diese aber als „freie Kontrahenten“ unterstanden der Regulierung nicht. So kam es, daß bis zum Jahre 1848 in Oberschlesien nur 4300 Hufe in freies Eigentum übergegangen sind, was die Regulierten mit mehr als der Hälfte ihres Besitzes erkaufte. Diesen „freien“ Eigentümern standen 29 000 handdienstpflichtige Stellen gegenüber, deren Inhaber den deutschen Herren weiter frohnden mußten und sich in „einem inbezug auf ihre Besitzverhältnisse völlig ungesicherten Zustande befanden“.

Verarmung der Gärtner. — Landeinbuße.

Wäre die Agrarreform im polnischen Oberschlesien regelrecht durchgeführt worden, so wären hier viel selbständige Wirtschaftsbetriebe entstanden. Bei den „speziellen“ Gesetzen (Ausnahmegesetzen!) für das obereschlesische Landvolk mußten die Gärtner zum Range ärmlicher Häusler herabsinken. Ihre Aternahrung, manchmal bloß ein Häuschen mit etwas Garten, reichte

für Ernährung bei dem unergiebigem ober-schlesischen Acker nicht aus. Und das wollten ja gerade die deutschen Großgrundbesitzer erreichen, um billige und an ihr Heim gebundene Arbeitskräfte zur Hand zu haben, denn die landlosen Einlieger zogen nach dem aufstrebenden Industrieviertel von Beuthen aus.

Parzellierung der Bauerngüter.

Die Großgrundbesitzer schlugen das durch die Regulierung gewonnene Land zu ihren Feldern. Das „freiheitsdurstige“ Landvolk wollte aber selbstständige Wirtschaften haben. Die Großgrundbesitzer in ihrem unersättlichen Landhunger ließen es zu einer Parzellierung der Güter nicht kommen, „denn es wäre für die Zukunft bedenklich, dem gemeinen (polnischen) Landmann auf Kosten des ober-schlesischen Adels zu Grundstücken zu verhelfen.“ Dies sagte ein Regierungsvertreter und man kann schon daraus die Absicht der Regierung ersehen, daß sie das polnische Volk proletarisieren wollte. Nichtsdestoweniger wuchsen in Ober-schlesien Zwerkwirtschaften. Zur Be-streitung der Regulierungskosten brauchten die regulierten Bauern Geld. Sie griffen daher zur Parzellierung ihrer Stellen, obwohl der Sandboden Ober-schlesiens zur Parzellierung der Bauerngüter ganz ungeeignet war. Das Landvolk kaufte von den Bauern, die über ihren Grund und Boden infolge der Regulierung frei verfügen konnten, die kleinsten Parzellen, um einen wirtschaftlichen Unterschlupf zu finden. So konnte schon im Jahre 1826 der Oppelner Regierungsrat schreiben, daß es in Ober-schlesien mäßige Bauerngüter gebe, die bereits in 30 Teile vereinzelt worden sind, und ganze Dörfer, die keine Pferde und Ochsen halten, sondern mit dem Grabstein ihre geringe Ackerfläche bearbeiten.

Allgemeine Unzufriedenheit.

Infolge des Landhungers der deutschen Großgrundbesitzer, infolge der Begünstigung derselben durch die Regierung zu Ungunsten des polnischen Landvolkes, infolge der geringen Ackerstellen, mit denen das polnische Volk vorlieb nehmen mußte, infolge der Uebersahl der landlosen Einlieger kam es in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Ober-schlesien zu den ärgsten Mißständen. Die Lage beinahe aller Schichten des polnischen Landvolkes hat sich infolge der „Reformen“ verschlechtert. Selbst die mit etwas größerem Landbesitz ausgestatteten Schichten des polnischen Landvolkes waren mit ihrem Schicksal unzufrieden. Die regulierten Bauern litten schwer unter den Opfern, mit denen sie ihre Freiheit erkaufte hatten. Diese Leute, wie alle Unregulierten, trugen nach wie vor die erstickende Last übermäßiger Fronen,

die sie immer widerwilliger leisteten. Die Unregulierten quälte bei der Unsicherheit ihres Besitzes die Sorge um die Zukunft und „eine brennende Sehnsucht nach Freiheit“. Daß dem polnischen Landvolke von den deutschen Herren und von der preussischen Regierung ununterbrochen angetane Unrecht brachte über Polnisch-Schlesien soviel Not und Elend, rief soviel Verbitterung hervor, daß wieder — wie in den letzten Jahrzehnten des XVIII. und zu Beginn des XIX. Jahrhunderts — Unruhen und revolutionäre Zudungen zu drohen schienen. Schon zeigten sich „die gleichen Sturmbögel“ wie zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts: das rasche Anwachsen der Zahl der Prozesse zwischen den Gutsherren und dem Landvolk. Aber die jahrelang sich ansammelnde Verbitterung des oberschlesischen Landvolkes sollte nicht zur revolutionären Entladung kommen. Es kam vielmehr, was bei den erbärmlichen Verhältnissen in Oberschlesien bei einer Mißernte kommen mußte, über das gequälte polnische Volk ein Nothstand, wie er entsetzlicher nicht gedacht werden konnte.

Der Hungertypbus in Oberschlesien.

„Sieh hin auf Oberschlesien!“

Scharn von Bettlern, hungernde Greise, Frauen und Kinder ziehen im Lande in den letzten Monaten des Jahres 1847 umher und flehen mit jammervoller Stimme um ein Stück Brot, um die Abfälle der Küchen, selbst um rohe Kartoffelschalen, die sie gierig verschlingen. Hier und da am Wege, im Walde oder freiem Felde findet man die Leichen eines der Not erlegenen Unglücklichen.

Die Hungersnot geht im Lande um. Dort reißt ein Familienmitglied dem andern den letzten Bissen vom Munde weg. Die vom Hunger gequälten Mütter setzen in wilder Verzweiflung ihre Kinder aus oder bringen sie um. In den Kreisen Pleß, Rybnik, Rosenberg und Lublinitz bis auf das linke Oderufer hinauf traten infolge der schlechten unzureichenden Ernährung im Januar und Februar gastrische Fieber und Ruhrn auf, aus denen sich allmählich der Hungertypbus entwickelt. Einsichtsvolle Männer erkennen die Gefahr und verlangen rechtzeitig die Hilfe der preussischen Regierung. Die Mehrzahl der deutschen Großgrundbesitzer bleibt jedoch teilnahmslos gegenüber der täglich zunehmenden Not. Bei einer in Rybnik abgehaltenen Kreisversammlung erscheinen von 57 Rittergutbesitzern nur 12, um an so wichtigen Beratungen teilzunehmen. Der anwesende Regierungskommissarius erklärt kurz und unumwunden: der Staat könne nichts tun und lehnt alle dahingehenden Vorschläge ab, obgleich ihm nachgewiesen

wird, daß allein im Rhybniker Kreise zwanzigtausend Einwohner buchstäblich hungern, und im höchsten Grade der Unterstützung bedürfen.

Unter solchen Umständen sagt der Arzt Dr. Ring, war es erklärlich, daß die Noth immer mehr umschgriff und die mit ihr verbundenen Krankheiten sich schnell über den größten Theil Oberschlesiens verbreiteten. Von allen Seiten kamen die furchtbarsten Berichte, welche jedoch nicht veröffentlicht werden konnten, da die Zeitungen den strengsten Befehl erhielten, jede derartige Mitteilung zu verschweigen. Nur in den auswärtigen, besonders in süddeutschen freisinnigen Blättern las man zuweilen haarsträubende Schilderungen aus Oberschlesien. In kurzer Zeit erreichte die Zahl der Erkrankten die furchtbare Höhe von wenigstens 80 000. In einzelnen Dörfern lagen mehr als die Hälfte der Einwohner. Es mangelte an jeder Hilfe, an Nahrungsmitteln, Pflege, Kleidung und Medizin. Geistliche, Aerzte und Totengräber vermochten selbst beim besten Willen nicht mehr die an sie gestellten Forderungen zu erfüllen, trotz aller Menschenfreundlichkeit ihrer Pflicht zu genügen. Die Gesunden waren selbst zu schwach und ohnmächtig, den Kranken zu helfen oder scheuten die Ansteckung und hielten sich fern von den angesteckten Hütten, die Unglücklichen ihrem traurigen Schicksal überlassend. Dem Schrecken des Todes gesellte sich noch eine stumpfe Verzweiflung, eine aller Beschreibung spottende Gleichgültigkeit und Apathie durch ihr langjähriges Elend und ihre Unwissenheit demoralisirte Bevölkerung an.

Szenen aus der Zeit des oberschlesischen Hungertyphus.

So schreibt der deutsche Arzt Ring als Augenzeuge des Elends und bestätigt einige veröffentlichte Szenen aus jener entsetzlichen Zeit. „Selbst schon den Todeskeim im Herzen,“ heißt es in einem Bericht, „schiebt ein zerlumpter Mann, eine Pfeife Tabak rauchend, die Mutter seiner fünf Kinder auf einem Karren zum Friedhof; von einigen Stangen und Fichtenreisern hat er ihr eine Art Sarg zusammengeschlagen; nach einigen Tagen schleppen ihn seine nackten Kinder in einige Lumpen gehüllt denselben Weg zum Friedhof, indem sie dabei abwechseln und fast den ganzen Tag damit mühsam zubringen, die kurze Strecke von etwa einer Viertelmeile zurückzulegen.“ — Eine andere Szene: Ein katholischer Priester wird zu einem Sterbenden gerufen. Er tritt in die düstere Hütte, ein nacktes, krankes Kind aus einem Haufen von fünf zeigt auf zwei Menschen, die auf einem zerbrechlichen Bettgestelle daliegen; der Priester tritt hinzu und bemerkt, daß der eine bereits tot ist. Auf seine Frage erhält er von den kleinen Kindern die Antwort: der Vater ist schon mehrere Tage tot, sie könnten ihn

aber nicht allein fortbringen und so sei er neben der kranken Mutter geblieben, welche wohl auch bald sterben würde; dann wollten sie Hilfe suchen, um Beide zugleich fortzuschaffen. Der Priester, über solch grauenhaftes Elend entsetzt, erkrankt und stirbt einige Tage darauf. — Ein Vater von acht Kindern verliert sein Weib und fünf Kinder am Typhus, er steckt jedes, kaum daß es ausgeatmet, in einen Sack, schleppt sie auf dem Rücken nach dem fast eine halbe Stunde entfernten Kirchhof und wirft sie über die Umzäunung, ohne sich weiter um die Beerdigung zu kümmern.

Solche zum Himmel schreiende Tatsachen ereigneten sich in Oberschlesien im Jahre 1848. Also nach über hundert Jahren preußischer Herrschaft! Da die Regierung und die Großgrundbesitzer nichts dagegen thaten, obwohl sie alles verschuldeten, ging ein Entrüstungssturm durch das damals revolutionäre Deutschland. Aerzte eilten herbei. Der bereits erwähnte Arzt Dr. Ring berichtet über seinen ersten Krankenbesuch: „Die niedrigen Hütten schienen wie ausgestorben und von Menschen verlassen, nirgends stieg Rauch auf. Ringsumher herrschte das Schweigen des Todes, nur von dem Krächzen der aufgeschreckten Dohlen und Krähen unterbrochen . . . Wir fanden in der ersten Hütte die Thür verschlossen und mußten lange Zeit laut klopfen, bevor uns geöffnet wurde. Auf der Schwelle wankte uns ein Mann, oder richtiger ein Schatten mit abgekehrten, zitternden Gliedern und einem Leichengesicht entgegen, zu schwach, um sich aufrecht zu erhalten, sodaß er sich an die Wand stützen mußte. Als er uns erblickte, rief er mit heiserer Stimme: „Was wollt ihr bei mir? Geht! Hier ist die große Krankheit.“ Da wir ihm begreiflich machten, daß wir Aerzte wären und ihm und den Seinigen helfen wollten, zeigte er eine große Freude und rührende Dankbarkeit; nur mit Mühe hinderten wir ihn, uns Hände und Füße zu küssen. Unter Tränen erzählte er, daß er mit seiner Familie seit Wochen keinen Menschen gesehen und nur von etwas Kleie und Mehl gelebt habe. Das niedrige, dumpfe Zimmer bot einen entsetzlichen Anblick. Auf dem ungedielten Lehm Boden lagen auf verfaultem Stroh sechs Kranke, darunter zwei bereits in Verwesung befindliche Kinderleichen, da der Vater erst seit wenigen Tagen genesen, noch zu schwach war, die Toten fortzuschaffen. Ich werde nie, schreibt der Arzt, das furchtbare Schauspiel vergessen: die starren, gebröchenen Augen der Toten, die fieberhaften Blicke der Lebenden, die abgemagerten Gestalten, die mit stumpfer Ergebung ihr Ende erwarteten oder mit nervöser Angst an der schmutzigen Decke zupften und unverständliche Worte melbeten. Ähnliche Szenen wiederholten sich in den anderen Hütten; überall fanden wir dieselben grauenvollen Bilder des größten Elends, der höchsten Not.“

Obgleich ich den Anblick der Kranken gewohnt und mein Begleiter nichts weniger als sentimental war, fühlten wir uns beide tief erschüttert.

Als wir die letzte Hütte verließen, setzten wir uns erschöpft auf einen Stein an der Landstraße nieder und weinten still, zerrissen von dem unaussprechlichen Jammer und Schmerz.

16000 gestorben.

Von 800 000 polnischen Oberschlesiern waren nach maßvoller amtlicher Schätzung mindestens 80 000 erkrankt, 16 000 waren gestorben. Der Kreis Pleß verlor 10 % seiner Bevölkerung durch Hunger und Seuchen. Auch der Kreis Rybnik war besonders heimgesucht. Die erschütternten Berichte der Aerzte geben nicht nur Einblick in die Größe des Elends, sondern auch in seine Ursachen und die Schuld. Hauptsächlich waren die wirtschaftlichen Uebelstände schuld an dem ganzen Hungerelend. Nicht etwa höhere Naturgewalten! Wo die Schuldigen zu suchen waren, schrieb die Neue Rheinische Zeitung:

„Der Hunger, der in Oberschlesien um sich greift, und die Epidemie als Folge des Hungers sind durchaus nicht durch das Klima, durch Mißernte oder Ueberschwemmung hervorgerufen worden. Das Klima ist dort gesund, eine Mißernte gab es dort nicht: der Hunger und der Hungertyphus sind die unausbleiblichen Folgen der niederträchtigen Wirtschaft der Ausbeuter, der Raubritter, der Dominialwirtschaft, jener Indolenz (Gleichgültigkeit) der Regierung, welche allem gleichgültig zusah, was dem heiligen preußischen Landrecht nicht zuwiderlief, was den Frieden und die Bequemlichkeit der christlich germanischen Beamtenkaste nicht trübte. Nur zwei Fünstel alles Grund und Bodens sind in der Hand der Bauern, und auf diesen Theilen lasten schreckliche Grunddienste und Abgaben, die den Herren zufallen, und außerdem die Staats-, Kirchen-, Schul-, Kreis- und Gemeindesteuern, während die gnädigen Herren im Vergleich zu den Bauern nur einen winzigen Teil der Staatssteuer zahlten. Der Lohn des Landarbeiters beträgt 5—6 Silbergroschen, der Tagelohn einer Arbeiterin $2\frac{1}{2}$ oder 3 und gilt schon als hoch. Die Menschen leben ausschließlich von Kartoffeln und Branntwein. Wenn der Arbeiter noch diese beiden Wittualien hätte, würde es keine Hungerepidemie und keinen Typhus geben. Als jedoch der Kartoffelsaaten eine Krankheit besiel, und dieses einzige Nahrungsmittel übermäßig teuer wurde, der Lohn dagegen nicht nur nicht gestiegen, sondern noch gesunken ist, versuchten die Unglückseligen sich mit Suppen zu nähren, die aus Kräutern, Wurzeln und gestohlenem Heu gebraut waren und begannen Kassefleisch zu verschlingen . . . Wenn man weiter noch die schlechte Kleidung, die schmutzigen, nassen Wohnstuben, den Frost, den Mangel an Arbeitslohn und Kraft zur Arbeit be-

trachtet, dann kann man es leicht verstehen, wie unter solchen Hunger-
verhältnissen der Typhus sich entwickeln mußte.

Nicht viel besser als diesen Landarbeitern ergeht es den Bauern. Der hatte selbst nicht zu essen, und dabei mußte er Frondienste auf dem Gute verrichten und Prügelstrafen von seiten der Herren oder deren Verwalter erdulden. Arbeitend, hungernd und geprügelt, mußte er dem Luxus und dem Hochmut der Raubritter und der Niedertracht der Beamtenkaste ruhig zusehen. So war und ist das Los bis auf den heutigen Tag der großen Masse der polnischen Bevölkerung in Schlessen.“

Die traurige Lage der mittellosen, verwahrlosten und entkräfteten Bevölkerung Oberschlesiens wurde noch verschlimmert durch die Stocung des Verkehrs nach der nun seit 1846 von Oesterreich verschlungenen Republik Kratau.

Die preussische Regierung sah ohne Teilnahme dem Hungereleud der polnischen Bevölkerung zu, alle nachdrücklichen Vorstellungen zur Nothinderung blieben von ihr unbeachtet. In der Hauptsache wurde der Nothstand privater Wohltätigkeit überlassen. Dem obereschlesischen „Elend gegenüber versagte die (preussische) Regierung in der jämmerlichsten Weise.“ (Ziefursch.) Preußens Unbesümmertheit um das Los des polnischen Landvolkes im Laufe des ganzen Jahrhunderts seiner Regierung in Oberschlessen, das Aufsaugen des Bauernlandes durch die deutschen Grundherren, ihre Hartherzigkeit, zeitigten dann die Umstände, welche zu den graufigen Folgen des Hungereleuds geführt haben.

Oberschlessen war eben polnisch! Und deswegen — oder wußte jemand einen anderen Grund? — hat man das Landvolk des Bodens beraubt: zum Theil ist es ganz landlos geworden, zum Theil hat man ihm so knapp bemessene unfruchtbare Ackerstellen belassen, daß es sich nicht ernähren konnte, so als Mizernte eintrat.

In der Zeit, wo im übrigen Schlessen das Revolutionsjahr 1848 Revollen unter der deutschen Bevölkerung hervorrief, wo das besser gestellte deutsche Landvolk den Herren mit Gewalt Erleichterungen abrang, starb in Oberschlessen die polnische Bevölkerung zu Tausenden den Hungertod stumm — als Opfer der Landgier und Habsucht der fremden deutschen Großgrundbesitzer und als Opfer der Gleichgültigkeit der preussischen Regierung, welche sogar die Großgrundbesitzer begünstigte, als sie dem polnischen Landvolke die Lebensgrundlagen entzogen oder so schmälerten, daß Letzteres das Leben in größter Dürftigkeit, hart an der Grenze der bittersten Noth jahrzehntelang fristen mußte, bis zu der entseßlichen Hungerkatastrophe im Jahre 1848. Das war ein schrecklicher Abschluß der hundertjährigen Herrschaft Preußens

in Oberschlesien, welcher das volle Maß der Leiden so erschütternd offenbaren mußte, um den Schuldigen das dem polnischen Volke im Laufe der letzten hundert Jahre zugefügte bittere Unrecht vor die Augen zu führen. Das war eine stumme, aber schreckliche Sammelklage des bis zum Tode ausgehungerten polnischen Volkes in Oberschlesien.

Der Ausgang der 'Reformen' in Oberschlesien.

Daß die erbärmlichen wirtschaftlichen Verhältnisse in Oberschlesien zu so grausigen Folgen führten, wie sie der schreckliche Hungertyphus offenbarte, verschuldete der deutsche Großgrundbesitz und die Nachlässigkeit des preußischen Staates.

„In Oberschlesien herrschte entsetzliches Elend“ und im Dezember 1848 kam es in den vom Hungertyphus verschonten Gebieten, wie im Kreis Ratibor und Kreuzburg, wieder zu Agrarrevolten, welche durch Militär niedergeschlagen wurden. Das Landvolk forderie Aufhebung aller Dienste und Abgaben.

Durch diese Unruhen, die auch im übrigen Schlesien stattfanden, durch den Hungertod so vieler Tausende polnischer Oberschlesier gemahnt, aufgerüttelt durch das Revolutionsjahr, ging nun die lässige Regierung widerwillig daran, daß in Oberschlesien durch einseitige Berücksichtigung der Interessen der Großgrundbesitzer gehemmte Wert der Agrarreform wieder aufzunehmen. Jetzt erst — nach einem absichtlichen Verzug von 40 Jahren, sollten die unerbliehen Stellen in Oberschlesien die Regulierungsfähigkeit erlangen, während solche in anderen preußischen Gebieten schon längst eingetreten war. Aber auch dieses Mal — aufgrund der neuen Reformen von 1850 — wurde Oberschlesien schlechter behandelt und abgetan als alle anderen preußischen Gebiete. In Posen z. B. hat man Wirtschaften gegründet, welche im Durchschnitt 55 Morgen groß waren. Dort wollte man den polnischen Großgrundbesitz treffen und das polnische Landvolk mit diesem entzweien. In Oberschlesien war aber der Großgrundbesitz deutsch und dieser mußte weiterhin geschont, ja gefördert werden. So kam es, daß in Oberschlesien Ackerstellen geschaffen wurden, die trotz der ungünstigen Bodenbeschaffenheit durchschnittlich kaum 23 Morgen betrugen. Warum?

Das Volk war eben polnisch; der Großgrundbesitz deutsch. Dieser Gegensatz erklärt alles in Oberschlesien.

Trotz der neuen Reform verstanden hier die Großgrundbesitzer noch weiter ihren Landbesitz auszu dehnen durch weitere Einverleibung von Bauerngütern. War mancher kleine Landwirt ist in der Uebergangszeit an den

Laſten der Regulierung zugrunde gegangen, ein weiterer Beweis, daß die preußiſche Regierung das polniſche Landvolk noch weiterhin nicht genug geſchützt und geſichert hat. Im Regierungsbezirk Oppeln verſchwanden vom Jahre 1850 bis 1880 noch 1806 Bauerngüter im Umfang von 198 092 Morgen!

Das polniſche Landvolk hat die Regulierungen teuer erkaufen müſſen. Es mußte bis zur Hälfte ſeinen Acker an die deutſchen „Grundherren“ hergeben, welche dazu noch weiter den Landbeſitz der kleinen Leute durch Ablöſungen, durch Einziehen und Aufkauf verringerten und ihre Güter auf Koſten des polniſchen Landvolkes erweiteren. Und ſo kam es, daß in Oberſchleſien die Landeinbuße des polniſchen Landvolkes viel größer geweſen iſt, als die des deutſchen Landvolkes in Deutſch-Schleſien. Warum?

Indeſſen wuchs die Bevölkerung Oberſchleſiens in demſelben Maße, wie ſich ihr Boden verringerte. Dem polniſchen Volke fehlte es an Exiſtenzgrundlagen: man zerſchlug deſhalb die ſowieſo ſchon kleinen Beſitzungen in Zwerzwirtſchaften, die einer Familie keine Ernährung bieten konnten. Andererſeits vermehrte ſich die Zahl des landloſen Arbeiters.

Oberſchleſien, das Land der Bauern vor hundert Jahren, verwandelte ſich inſolge Vernachläſſigung der preußiſchen Regierung und der Landgier der deutſchen Großgrundbeſitzer nach hunderijähriger preußiſcher Herrſchaft zu einem Lande des Großgrundbeſitzes auf der einen und der Häuſler und Arbeiter auf der anderen Seite. (Der Großgrundbeſitz nennt 58% vom oberſchleſiſchen Boden ſein eigen. 125 576 Wirtſchaftsbetriebe der kleinen Leute haben eine Geſamtfläche von 198 806 Hektar, 54 oberſchleſiſche Großgrundbeſitzer beſitzen inſgeſamt 470 5000 Hektar!) Die letzteren Klaſſen mußten ums liebe Brot hart kämpfen. Als „Sachſengänger“ gingen ſie nach anderen preußiſchen Provinzen für die billigſten Tagelöhne. Ihr Ueberſchuß ermöglichte auch erſt das Entſtehen der Großinduſtrie in Oberſchleſien. „Das Elend der Einlieger und Häuſler, die Not in Polniſch-Schleſien ſchufen den Kulturdünger für den wirtſchaftlichen Aufſchwung der ſchleſiſchen Induſtrie in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts.“



Teil II.

Der Ausgang der Reformen in Oberschlesien.

Der Kampf um die Sprache.

Kultureller Rückschritt.

Der Oberschlesier ist einer höheren Kultur nicht fähig.

Die ersten hundert Jahre preussischer Herrschaft haben die wirtschaftliche Lage des polnischen Landvolkes in Oberschlesien verschlechtert. Weil die preussische Regierung überall den deutschen Großgrundbesitz systematisch und planvoll unterstützte, weil man eine Parzellierung der Güter verhinderbe, mußte das geplagte polnische Volk den Kürzeren ziehen, wirtschaftlich verarmen und schließlich zum Proletariervolke werden. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß unter dem Druck der erbarmungslosen Gewalt der deutschen Großgrundbesitzer, wo das Volk nur um den notwendigsten Lebensunterhalt hoffnungslos ringen mußte, wo es vom frühen Morgen bis zum „Sternenaufgang“ fronen mußte (die „Großkinder“ vom 10. Jahre an!), vom kulturellen Fortschritt derselben nicht die Rede sein konnte. Im Gegenteil. Die Geschichte berichtet vielmehr von einem kulturellen Rückschritt des ober-schlesischen Volkes in diesem Zeitraume preussischer Herrschaft. Zu seiner nicht verschuldeten Not gesellte sich noch der böse deutsche Leumund. Wie hat man das polnische Landvolk Oberschlesiens deutscherseits verhöhnt und geschmäht! Die Deutschen fühlten sich erhaben über das Volk in Oberschlesien und sagten, daß der Oberschlesier zu einer höheren Kultur überhaupt nicht fähig, daß er „dumm und stumpfsinnig“ sei.

Verteidigung der Oberschlesier.

Ohne Muttersprache keine wahre Bildung des Volkes.

Auf zur Vernichtung des polnischen Elements.

Schöne Theorie über die Bedeutung der Muttersprache für die Bildung.

Diesen deutschen Schmähungen trat um die Wende des XVIII. Jahrhunderts der Konsistorialrat Richter verteidigend entgegen. „Er ist nicht nur dazu (einer höheren Kultur) fähig, sondern ich behaupte es in allem Ernst, daß auf hundert Personen dieses Volkes man immer noch zwanzig

Leute mehr findet, die sich hervorheben durch angeborene Gaben des Geistes, und des Körpers, und insolgedessen fähig sind zum schnelleren Begreifen und Ausnutzen des geistigen Unterrichts, als unter anderen Bauern. Um dies jedoch erreichen zu können, mußte die preussische Regierung den Unterricht in der Muttersprache erteilen lassen. Man müsse den oberschlesischen Bauern Lehrer geben, die vollkommen die polnische Sprache beherrschten. Solange dies nicht geschehe, könne keine Rede von einer wahren Veredelung des oberschlesischen Bauern sein. Freilich in dieser Weise hätte man Oberschlesien, soweit dies in der bedrückten Lage des Volkes möglich war, in der Bildung heben können. Aber die preussische Regierung hatte vor allem die Germanisierung des Landes im Sinn, eh' es zu seines Werts Gefühl erwachte. Der Regierungsrat Weuda triumphtierte schon im Voraus über die zukünftige Germanisierung Oberschlesiens: „Wahrlich, es wird dazu nicht einmal ein halbes Jahrhundert nötig sein, damit in einer deutschen (!) Provinz das polnische Element bis auf den Grund vernichtet werde.“ Das war auch die wahre Absicht der Regierung: Vernichtung des polnischen Elements. — Vorübergehend vertrat das preussische Kultusministerium unter dem Minister Allenstein den Standpunkt Richters, wenigstens theoretisch; Allenstein sprach die Absicht aus, daß derjenige gewaltig irre, welcher der Meinung sei, daß die Bildung der polnischen Nation gehoben werde, wenn man sie, wenigstens in sprachlicher Hinsicht, germanisiere! Die Bildung des Einzelnen, äußert Allenstein weiter, wie der Nation kann sich nur stützen auf der Muttersprache: „Wer also mit Erfolg die Bildung der polnischen Nation fördern wolle, der muß darauf achten, daß man dieses Ziel am sichersten mit Hilfe der polnischen Sprache immer erreichen wird . . .“ Nach Oppeln kamen auch Anweisungen an die Regierung, daß nur Lehrer, welche die Muttersprache der ihnen unterstellten Kinder nicht können, nicht in Stande sind, ihnen klare Begriffe, verständliche Sätze zu vermitteln . . .“ Trotz solcher Grundsätze des Ministers hat die Oppelner Regierung es verstanden, in Oberschlesien die Zahl der polnischen noch bestehenden Schulen sogar herabzumindern. Im Jahre 1824 gab es in Oberschlesien 282 Schulen mit deutsch-polnischem, 199 mit rein deutschem, 131 mit rein polnischem Unterricht.

Theorie und Praxis.

Drei Jahre später (1827) waren in Oberschlesien schon 230 rein deutsche Schulen und nur 70 polnische. Die polnischen Schulen gingen zurück. Wie erklärt sich der Widerspruch der Wirklichkeit mit dem der polnischen Sprache genehmigten Standpunkt des noch amtierenden Ministers? Die Oppelner Regierung scherte sich nicht um die Verordnung ihres Ministers.

ster sollte nach früheren Beschlüssen das polnische Element binnen 50 Jahren vernichtet sein. Die Geister, die man in Preußen erzogen, arbeiteten hier auf eigene Faust in germanisierendem Sinne weiter.

Aufforderung zur Einführung der deutschen Sprache.

Als Ausdruck dieses germanisierenden Geistes in Schlessien kann der Superintendent Holenz angesehen werden, welcher in einer Schrift 1835 völlige Ignorierung der polnischen Muttersprache im polnischen Schlessien empfiehlt und selbst bei den kleinsten Kindern rein deutschen Unterricht verlangt. Zum Glück drang dieser Vorschlag nicht durch und die obereschlesische Schule blieb noch wenigstens zweisprachig.

Die deutsche Amtssprache.

Die Behörden walteten ihres Amtes nur noch in deutscher Sprache. Selbst die Rundschreiben der Oppelner Regierung, welche bis zum Rücktritt (1838) des Konsistorialrates Richter auch in polnischer Sprache verfaßt waren, ergingen von nun ab nur in deutscher Sprache. Doch still! Eine Ausnahme wurde gemacht: der preussische Militärstaat wollte in einer Hinsicht verstanden werden: er brauchte jährlich Soldaten und so veröffentlichte er einmal im Jahre eine polnische Bekanntmachung, daß alle weisensfähigen, auch wenn sie heiraten, dienstpflichtig seien.

Verfechter der polnischen Sprache.

Für die Gleichberechtigung der polnischen Sprache erhoben der Lehrer Bampa und der Rittergutsbesitzer Kosicki ihre Stimmen. Letzterer erwirkte auch, daß vorübergehend dem Oppelner Amtsblatt eine Beilage in polnischer Sprache beigegeben wurde. Selbst die damaligen deutschen Zeitungen in Schlessien traten eifrig für die polnische Sprache in Oberschlessien ein, weil sie selbst den Druck der preussischen Regierung in anderen Beziehungen fühlten. „Unsere Sache ist gerecht,“ schreibt ein Oberschlesier in einer deutschen Zeitschrift, „und im Kampfe müssen wir den Sieg davontragen. Wir Oberschlesier werden Polen bleiben mit Herz und mit Seele, in Wort und Tat, wenn auch einige deutsche Uebereiferer mit noch größerer Tollheit auf unsere Nationalität losgingen.“

Pfarrer Szaszanek.

Das Freiheitsjahr 1848 erfüllte auch die Oberschlesier mit großen Hoffnungen. Durch die Entsendung von zwei polnischen Abgeordneten nach

Berlin, die in die Polenfraktion eintraten, eröffnete sich dem polnischen Volke die Möglichkeit, für die Berücksichtigung der polnischen Sprache in Schule, Rechtsprechung und Verwaltung aufzutreten. Der Pfarrer Szafraniek vor allem verfocht energisch die sprachlichen Rechte der Oberschlesier. Er berief sich dabei auf die feierliche Erklärung der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main vom 31. 5. 1848, wonach alle nichtdeutschen Stämme innerhalb der deutschen Grenzen völlige Gleichberechtigung der Sprache in Schule, Kirche, Gericht und Verwaltung haben sollten und worin versichert wird, daß niemals, weder der Slave, noch der Däne in Nordschleswig zu Klagen haben, daß ihm seine Stammesart verkümmert werde oder die deutsche Brüderhand sich ihm entziehe, wo es gilt."

Die preußische Regierung willigt ein.

Am 24. August 1848 überreichte Szafraniek der Nationalversammlung in Berlin eine Petition der polnischen Oberschlesier um gesetzlichen Schutz der Pflege ihrer Muttersprache: sie war von mehr als 200 Gemeindevorständen, also namens 500 000 polnischsprechender Oberschlesier unterschrieben. Der Erfolg war der, daß die Regierung unter dem Hauch der allgemeinen Freiheitsbegeisterung in Deutschland nach Oppeln den Schulrat Bogedain berief, welcher das hier sehr im Argen liegende Volksschulwesen revidierte und auf der natürlichen Basis der polnischen Muttersprache neu organisierte.

Die Muttersprache in der oberschlesischen Schule.

Bogedains Grundsatz war: „Die Schule ist eine religiös-sittliche Menschenbildungs- und keine bloße Dressieranstalt. Die Muttersprache ist in ihr Lebensatmosphäre.“ Weil er die Unterdrückung der Muttersprache der Polen in Preußen dauernd vor Augen gehabt hat, hat er sich als aufrechter Pädagoge zur Aufgabe seines Lebens und Wirkens gemacht, gerade die sprachlichen Rechte des oberschlesischen Volkes zu vertreten. „Oberschlesien hat gerade von mir zu fordern und zu erwarten, daß ich seine Rechte in dieser Beziehung zur Geltung bringe und die sprachlichen Elemente, die dort im Volksleben keimen, pflegen werde. Ich betrachte dies als die größte und schönste Aufgabe eines amtlichen Wirkens.“ Dementsprechend führte er in Oberschlesien für die polnischen Kinder die polnische Volksschule ein.

Ein Tag der Ehre.

Mit der Amtstätigkeit Bogedains begann für Oberschlesien eine kurze Zeit wirklicher nationaler Gleichberechtigung. Die polnische Sprache ist auch auf den Lehrerseminaren in Oberschlesien eingeführt worden. Man könnte

diese Zeit als eine Zeit der Sühne bezeichnen für die bisherige stiefmütterliche Behandlung der polnischen Muttersprache. Es ging überhaupt damals ein idealer Zug durch Deutschland. Bei der Eröffnung des evangelischen Seminars zu Kreuzburg am 30. April 1858 erklärte der evangelische Konsistorialrat Wachner, daß dieser Tag ein Tag der Sühne sei, denn „es sollen hier Lehrer gebildet werden, die nicht bloß im Deutschen unterrichten können, sondern auch in der Muttersprache.“

Preußen führt wieder die deutsche Schule ein.

Am 14. Februar 1863 ordnete jedoch die Regierung wieder an, daß der deutsche Schulunterricht schon in dem zweiten Schuljahr zu beginnen habe. Nur der Religionsunterricht und das Kirchenlied sollten durchweg polnisch bleiben. Denn „nur die Muttersprache kann das geeignete Mittel sein, das tiefinnerste Leben zu erbauen.“

Durch diese Verfügung wurde nun der polnische Charakter der ober-schlesischen Volksschule teilweise zerstört. Aber bald sollte die Muttersprache gänzlich aus der Volksschule verbannt sein und eine Germanisierung von allen Seiten einsetzen.



III. Teil.

Systematische Unterdrückung des polnischen Volkes nach dem französischen Kriege bis zum Ausgang des Weltkrieges.

Germanisation von allen Seiten.

Die preußische Geistesverfassung.

Das polnische Volk in Oberschlesien muß eingedeutscht werden.

Als nach dem Jahre 1871 der Siegesrausch mit dem Milliardensegne aus dem unterlegenen Frankreich über Preußen gekommen war, kam auch der rücksichtslose, selbststüchtige Preußengeist zur vollen Entfaltung. Auch die bürgerlichen Schichten, welche bisher den Preußengeist nicht voll und ganz aufgenommen hatten, wurden von der preußischen Mentalität (Geistesverfassung) vollends ergriffen. Diese Geistesverfassung besteht bekanntlich darin, daß jede Berücksichtigung fremder Lebensrechte innerhalb und außerhalb des preußischen Staates als Verrat am preußischen Staate anzusehen ist. Diese Gesinnung wurde in ganz Preußen bei den maßgebenden oberen Schichten allgemein. Eine solche Gesinnung konnte es nicht vertragen, daß im Osten Preußens ein polnisches Volk innerhalb der preußischen Grenzen existierte, welches gar vorübergehend eine zum Teile noch polnische Schule besaß. Das polnische Volk müsse im Osten verschwinden, es müsse eingedeutscht werden! Das war eine echt preußische Parole. Gesagt, getan. Und weil man das wirtschaftlich, sozial und kulturell schwächste polnische Landvolk in Oberschlesien wußte, ging Preußen zuerst in Oberschlesien an die Ausführung seiner Germanisationsbestrebungen vor. In seiner Gründlichkeit erkannte Preußen ganz richtig, wenn auch barbarisch, daß man zunächst die polnischen Kinderseelen verwüsten und dann für den Preußengeist beschlagnehmen müsse.

Austräumen mit der polnischen Muttersprache in den Schulen.

Durch eine Verordnung der Oppelner Regierung vom 20. September 1872 wurde mit einem Schlage in Oberschlesien die deutsche Volksschule aus sogenannten „höheren Staatsrücksichten“ eingeführt. Alle pädagogischen Gründe, welche im vorigen Abschnitt von deutschen Pädagogen selbst für die Muttersprache als Unterrichtssprache erhoben wurden, wurden zum Schweigen gebracht.

Nur die katholische Geistlichkeit, welcher der Preußenstaat allen Einfluß auf die Volksschulen entzogen hatte, stellte sich anfangs aus religiösen Gründen auf die Seite des polnischen Landvolkes in Oberschlesien und verteidigte geschlossen dies kulturelle Recht des polnischen Volkes auf eine polnische Schule.

Proteste und Petitionen.

Schmerzlich empfand das polnische Landvolk Oberschlesiens die brutale Unterdrückung der polnischen Muttersprache in der Schule, die nichts anderes bezweckte, als eine Entfremdung vom polnischen Leben und eine Verwüstung der Kinderseelen. Aber gegen die Allgewalt des preussischen Staates ließ sich nichts machen. Freilich wurden Proteste gegen die Ignorierung der polnischen Sprache in der Volksschule erhoben. Auch Petitionen um Wiedereinsetzung der polnischen Muttersprache in ihre natürlichen Rechte wurden eingereicht. Alles blieb aber erfolglos.

Die Germanisierungsarbeit in den Volksschulen.

Unterdessen arbeiteten die preussischen Lehrer eifrig und strenge am Germanisierungswerke in der obereschlesischen Volksschule. Sie machten aus der Schule ganz im Widerspruch zu den allgemein anerkannten pädagogischen Grundsätzen eine reine Zwangs- und Dressuranstalt, in welchen man den polnischen Kindern recht preussische Köpfe aufsetzen wollte. Das Kind sollte alles das, was es zu Hause sah und hörte, als etwas verabscheuungswürdiges empfinden lernen. Selbst in den Pausen sollte es deutsch sprechen. Dies hatte zur Folge, daß die Kinder, anstatt den kameradschaftlichen Geist zu pflegen, zu reinen Denunzianten erzogen wurden. Manche Lehrer gingen in ihrer Germanisierungswut soweit, daß sie all' die Kinder bestraften, welche ihr Brot in einer polnischen Zeitung in die Schule brachten. (Solche Kleinigkeiten charakterisieren am Besten den Haß gegen das Polnische.) Unter solchen Verhältnissen mußten gerade die besseren Elemente moralisch unfähig leiden. Neben der deutschen Sprache sollte ihnen ja auch die deutsche, vielmehr preussische Denkweise anschaulich beigebracht werden, welche

in einer Verherrlichung der eisernen rücksichtslosen Gewalt Preußens und des preußischen Byzantinismus gipfelte. Jede Möglichkeit, polnisch lesen zu lernen, sollte ihnen genommen werden. So kam es, daß in den preußischen Volksschulen in Oberschlesien den polnischen Kindern sogar die Erlernung der lateinischen Druckschrift vorenthalten wurde, damit die polnischen Kinder ja keinen Anhalt zur Erlernung des polnischen Alphabets erhielten. Wenn man bedenkt, daß die polnischen Eltern infolge des Aufgehens in der täglichen Sorge um den Lebensunterhalt keine Zeit hatten, um ihre Kinder polnisch lesen und schreiben zu lehren, so muß man das Verfahren der preußischen Schule als echt barbarisch bezeichnen. Wie verträgt sich das mit der Aufgabe der Volksschule, die Muttersprache des Kindes zu pflegen, welche gleichermäßen als geistiges Blut dem Kinde alle geistigen und sittlichen Werte zutragen soll?

Die Tragweite dieses preußischen Schulsystems in seiner Zerstörungssucht wird nur dem klar, der die Zerstörungswut der Preußen im jetzigen Weltkriege vor Augen hat. Der Preuße ist darin sehr gründlich. Man vernichtete Kulturwerte, edle Obstbäume. Um die Schächte z. B. in Nordfrankreich gründlich zu zerstören, hat der Preuße nicht nur seine vielfachert ihm zu Gebote stehenden Vernichtungswerkzeuge angewandt, sondern er benutzte auch die französischen Flüsse, um die Schächte des französischen Bergbaues gänzlich zu vernichten. Dieses Beispiel der Vernichtung drängt sich unwiderstehlich auf, wenn man an die Entnationalisierung, an die Vernichtung alles polnischen Lebens in Oberschlesien denkt. Reichthum, Schulen, alle Staats- und Privatbehörden sollten in Oberschlesien das polnische Leben vernichten. Das genügte nicht: Man wollte noch den einflußreichen Bach der katholischen Kirche, mit der sich das polnische Volk eins wußte, in die Seelenschächte des polnischen Volkes mit vernichtendem germanisierendem Strom hineinfluten lassen. Die katholische Kirche sollte erst das preußische Vernichtungswerk vollenden. Solange die katholische Geistlichkeit mit der preußischen Regierung im Kulturkampf stand, bestand für sie überall, so auch in Oberschlesien der Grundsatz: „Die Kirche ist niemals Feindin, sondern Schützerin des Nationalwesens. Ihre Mission ist es nicht, Nationalität zu zerstören, sondern zu erhalten.“

Die katholische Kirche als Bundesgenosse Preußens.

Nach Beendigung des Kulturkampfes hat es aber die preußische Regierung verstanden, auch die katholische Kirche für sein Germanisationswerk in Oberschlesien zu gewinnen. Und dies Unmögliche geschah, als der Fürstbischof Kopp im Jahre 1887 nach Schlesien kam. Um die Bundesgenossen-

schaft der Kirche beim Germanisierungsfeldzug gegen das polnische Volk in Oberschlesien hatte sich die preußische Regierung schon lange bemüht gehabt.

Schon im Jahre 1871 sagte der Regierungsrat Baron in Oppeln: „Solange letztere (d. h. die katholische Kirche) nicht in und für das Germanisierungswerk eintritt . . . kann die Schule aus ihrer Ohnmacht nicht herauskommen.“ Seit Kopp begann also auch die katholische Geistlichkeit für Preußen im germanisatorischen Sinne zu arbeiten, teils „aus Mangel an Einsicht oder aus Egoismus oder aus Vorliebe für Höhenluft, wie selbst die deutsche Zeitung „Oberschlesische Volkszeitung“ im Jahre 1902 berichten mußte. Diese Bundesgenossenschaft der Kirche, an welche der polnische Oberschlesier mit allen Fasern des Herzens und der Seele hing, brachte dem polnischen Volk das größte Seelenleid: es sah sich geradezu von den Seelsorgern in einer guten Sache verlassen.

Die Kirche germanisiert.

Wie leistete nun die katholische Geistlichkeit der germanisierenden preußischen Regierung Hilfe? Der deutsche Kardinal Kopp ordnete zunächst durch ein Zirkular vom 6. August 1890 an, daß Beicht- und Kommunionunterricht überall in zwei Abteilungen, in einer deutschen und einer polnischen zu erteilen seien und daß alle polnischen Kinder in Oberschlesien, welche dem Deutschen Unterricht mit Nutzen folgen können, wie Kinder deutscher Eltern zu behandeln sind und endlich die Kinder, welche weder deutsch noch polnisch recht verstehen, besser der deutschen Abteilung zuzuweisen seien. Das hieß mit anderen Worten: Der Beichtunterricht ist deutsch zu erteilen. Außerdem wurde von der Kirche zwecks Germanisation in Oberschlesien neu eingeführt: Nur deutscher Kinderergottesdienst, Schulfest mit nur deutschem Gesang, Verdrängung polnischer Melodien durch deutsche im Kirchengesang und eine solche Bevorzugung dieser Lieder, daß die alten polnischen Lieder immer mehr und mehr in Vergessenheit gerieten. Die Geistlichen gründeten weiter deutsche Vereine, deutsche Pfarrbibliotheken. Sie verbreiteten fast nur deutsche Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, wobei sie ausdrücklich die polnischen bekämpften. Die katholischen Ordensschwestern errichteten nur deutsche Spielschulen; die Geistlichkeit sprach mit den Schulkindern und der Jugend nur deutsch und im schriftlichen Verkehr mit den Parochianen bedienten sie sich nur der deutschen Sprache. Bei den polnischen Predigten vernahmten sie die polnische Sprache in unerquicklicher Weise. Alles Dinge, die das polnische Volk verletzten oder gar verbittern mußten.

Das polnische Volk mußte durch diese Germanisationsbestrebungen umsomehr verbittert werden, weil sie von einer Seite kamen, von der sie dieselben nicht erwartet hätten.

Ein antipolnischer Hirtenbrief und seine Folgen.

Von allen Seiten Seelenpein, nur Seelenpein.

Alle maßgebenden herrschenden Mächte in Oberschlesien, die preußische Staatsmaschinerie, der katholische Klerus, schworen dem polnischen Leben den Untergang. Die oberschlesische polnische Presse, vor allen Dingen der von einheimischen polnischen Oberschlesiern im Jahre 1901 gegründete „Górnoślazak“ mußte beinahe alle seine Seiten zur Bekämpfung der preußischen Germanisierungspolitik verwenden mit besonderer Einstellung gegen die Germanisation durch die Kirche. Dieser letzteren Zeitung und anderen wollte der Fürstbischof ans Leben gehen. Das polnische Volk sollte eben kein Blatt lesen, worin es seine berechtigten Klagen gegen den germanisierenden Klerus in Oberschlesien ausgedrückt fand, worin seine Entnationalisierung bekämpft wurde. Am 3. Juni 1903, kurz vor den Reichstagswahlen, hat der Fürstbischof einen Hirtenbrief in den polnischen Pfarochien verlesen lassen, worin es stand, daß zwar Sprache und Nationalität hohe Güter seien, aber sie seien nicht die höchsten Menschengüter. Der Hirtenbrief war so abgefaßt, daß er den Eindruck erwecken mußte, die polnische Sprache und Nationalität solle für die Oberschlesier ganz gleichgültig sein, es sei garnicht wert, sich gegen die Entnationalisierung zu wehren. Am Schluß des Hirtenbriefes forderte der Fürstbischof das polnische Volk Oberschlesiens auf, alle im polnischen Geiste geschriebenen Zeitungen aus seinem Hause zu entfernen. Wer das nicht tue, dem würden die Gnaden der katholischen Kirche vorenthalten werden. Und in der Tat: vielen polnischen Gläubigen wurde in der Folge die Losprechung versagt, weil sie den „Górnoślazak“, der ihnen ja aus der bedrückten Seele sprach, nicht aufgeben wollten. Viele Polen aus Oberschlesien mußten jenseits der Grenze zur Beichte gehen, weil sie hier keine Absolution bekommen hätten. Nicht genug an dem. Das polnische Volk mußte ohne Widerspruch in der Kirche zuhören, wie vor den Wahlen die Geistlichen die polnischen Kandidaten und Redakteure in der gehässigsten Weise herabsetzten. Der „Górnoślazak“ setzte wacker seinen Kampf gegen die germanisatorischen Geistlichen fort. Zur Strafe für diesen gerechten Kampf wurde sogar vom Fürstbischof dem Redakteur Korsanth in der Diözese Breslau eine feierliche Trauung versagt. Dies alles sollte im Grunde genommen nur das polnische Volk treffen und von nationalen Bestrebungen abschrecken. Wie mußte dieses Volk darunter leiden!

Diese germanisierende Bundesgenossenschaft der Kirche raubte dem polnischen Volke in Oberschlesien beinahe alles Vertrauen zur Geistlichkeit, die sich zu diesem entwürdigenden Germanisationswerke hergab.

Germanisation außerhalb der Schule.

Durch das Einspannen der Kirche in das preußische Germanisationswerk wollte die preußische Regierung ihren entnationalisierenden Einfluß nicht nur auf die polnische Kinderwelt, sondern auch auf die Erwachsenen ausdehnen. Die Regierung ihrerseits tat alles Mögliche, um den oberschlesischen Polen von der Wiege bis zum Grabe unter germanisierender Beeinflussung zu behalten. Beim Militärdienst, wo der Oberschlesier als Zielscheibe des Spottes für Unteroffiziere und deutsche Mannschaften herhalten mußte, wurde den polnischen Soldaten wieder systematisch die deutsche Sprache und die deutsche Denkart in der empfindlichsten Weise eingepflanzt. Für die schulentlassene Jugend und für die Erwachsenen wurden deutsche Jugend- und Volksspiele, Eltern- und Volkunterhaltungsabende, Turn- und Kriegervereine, ja deutsche Volkstheater veranstaltet. Alle diese Veranstaltungen hatten nur den einen Zweck: das polnische Volk Oberschlesiens zu germanisieren. Deutsche Volksbibliotheken (Stand- und Kreiswanderbüchereien) mit beinahe 1200 Ausgabestellen und über 315 000 Büchern sollten preußische Denkart dem polnischen Volk zutragen. Infolge der sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeit des Volkes sahen sich die polnischen Bevölkerungsschichten gezwungen, sich diesen germanisierenden Einflüssen auszuliefern, weil sie Schikanen aller Art befürchten mußten.

Germanisatoren von Amtswegen.

Es erübrigt sich, von der germanisierenden Herrschaft der staatlichen Behörden, der Eisenbahn-, Post- und Justizbehörden, der Kommunalverwaltungen zu sprechen. Was sollte man auch von dieser preußischen Kategorie erwarten, als äußerste Rücksichtslosigkeit in der Bekämpfung des polnischen Volkes, wenn sich sogar die Kirche, von der man ein Halten zum bodenständigen polnischen Volke erwartet hätte, zum germanisatorischen Werkzeug hergegeben hat! Von diesen preußischen Beamten, von ihrem Wirken in Oberschlesien gilt in besonderem Maße der Ausspruch des deutschen Universitätsprofessors Wilhelm Förster: „Nirgendes in der Welt gab es so viele Menschen, die im Staatsinteresse zu jeder denkbaren Gemeinheit, ja Rücksichtslosigkeit, unbedingt und ohne inneren Kampf bereit waren.“ Natürlich bezieht sich das nur auf die Art der Bekämpfung des polnischen Lebens in Oberschlesien.

Die „ehrenvolle Aufgabe“ der Industrie.

Das stärkste Bollwerk des Deutschtums.

Wie die staatliche Beamtenmaschinerie, bekämpfte auch die Privatbeamtenkategorie das polnische Wesen in Oberschlesien. Der deutsche Groß-

grundbesitz und die Industriemagnaten haben es immer für ihre „ehrenvolle Aufgabe“ gehalten, als „vorgehobenste Posten gegen das Slaventum deutsche Macht zu halten“. In dieser Beziehung konnte sich die oberschlesische Industrie im „Handbuch des Oberschlesischen Industriebezirks (1913)“ zynisch-preußisch rühmen:

„Oberschlesien muß zur Zeit und bis auf Weiteres als eines der wichtigsten Kampfgebiete des Deutschtums gegen das Großpolentum gelten. In diesem Kampfe bildet die oberschlesische Montanindustrie, die vom Kopf bis zu den Gliedern eine rein deutsche (?) Industrie ist, an sich schon und unmittelbar das stärkste Bollwerk, die wirksamste Unterstützung des Deutschtums. Eine nicht minder wirksame Förderung finden die deutsch-nationalen Interessen durch sie, außerdem aber auch indirekt: indem die oberschlesische Montanindustrie Tausende von deutschen Ingenieuren, Technikern und Beamten teils selbst beschäftigt, teils als Vertreter von Lieferanten aus Mittel- und Westdeutschland nach Oberschlesien zieht, welche die polnische Bevölkerung mit deutschen Elementen durchsetzen, indem sie den oberschlesischen Kommunen die finanzielle Möglichkeit verschafft, mustergültige Volksschulen und sonstige Bildungsstätten herzurichten, in denen durch Pflege deutscher Sprache, deutschen Geistes und deutscher Geschichte die werdenden Generationen für das Deutschtum erzogen werden.“

Man sieht daraus, daß alle Institutionen, die in einem anderen Lande dem Wohle des Volkes dienen, in Oberschlesien zu Machtfaktoren ausgewachsen sind, die sich die Bekämpfung des polnischen Volkes zur Lebensaufgabe gemacht haben. Und diese Bekämpfung sollte das oberschlesische Volk nicht nur in nationaler, sondern auch in politischer, sozialer und auch wirtschaftlicher Hinsicht drückend empfinden.

Unterdrückung auf allen Lebensgebieten.

Oberschlesien als „preußische Kolonie“.

Es lag in der planvollen Absicht Preußens, das polnische Wesen Oberschlesiens ganz auszurotten. Dieser Ausrottungsplan führte notwendigerweise zur Bedrückung des polnischen Volkes in Oberschlesien auf allen Lebensgebieten. Und so ist es nur allzu richtig, wenn der deutsche Schriftsteller Dr. Fischer über das Verhältnis Preußens zu Oberschlesien sagt, daß Oberschlesien ein Kolonialland Preußens sei. In der Tat: das polnische Oberschlesien wurde von Preußen als eine Kolonie, die oberschlesische Bevölkerung als ein Kolonialvolk behandelt, das zum Untergange bestimmt

war. Es ist schon dargelegt worden, wie das polnische obererschlesische Volk im Laufe der ersten hundert Jahre preussischer Herrschaft zum Proletariervolk herabgedrückt worden ist, wie ihm die wirtschaftlichen Grundlagen teils geschmälert, teils ganz entzogen worden sind. Aus dieser gedrückten Lage konnte es nicht mehr heraus, denn die preussische auf Oberschlesien speziell zugeschnittene Kolonialpolitik ließ es nicht zu.

Nur von Fremden beherrscht.

Die preussische Regierung ließ das überwiegend polnische Volk Oberschlesiens fast nur durch landfremde Beamte beherrschen, welche mit dem polnischen Volke nichts Gemeinsames hatten. Ein Oberschlesier wurde zu einem irgendwie einflußreichen Posten nicht zugelassen, auch wenn er sich als Deutscher bekannte. Der Oberschlesier, der sich als Pole fühlte oder auch nur der polnischen Sprache mächtig war, kam niemals zu einer höheren Beamtenstellung. Selbst die untersten Beamtenkategorien wurden in der Regel mit Fremden besetzt. Stammte einer aus Oberschlesien von polnischen Eltern, dann mußte er seine Nationalität verleugnen. Die obererschlesische Großindustrie machte sich mit bewusster Absicht dasselbe System der Fremdherrschaft zu eigen. Auch sie ließ über die 200 000 köpfige, fast ganz polnische Arbeiterschaft nur fremde Beamte schalten und walten, die aus dem Westen herangezogen wurden. Damit begnügten sich die Regierungs-, Stadt- und Privatbehörden nicht, sondern sie boten all' ihren Einfluß auf, um auch in die freien Berufe, wie der Ärzte, Rechtsanwälte, Redakteure möglichst viel Fremde zu bringen. Die preussischen Behörden übten sogar auf die kirchlichen Behörden einen starken Druck aus, um die Besetzung der Pfarreien durch Geistliche, die mit dem polnischen Volke fühlten, zu verhindern. Und so kam es, daß die meisten polnisch fühlenden Geistlichen in deutschen Gegenden angestellt wurden. Dieses System, dem obererschlesischen Volke Fremde aufzuzwingen, ist so zur Regel geworden, daß selbst die Arbeitergewerkschaften, so freien wie die christlichen, ihre Sekretariate in Oberschlesien durch landesfremde Beamte leiten ließen.

Alle diese Fremden hatten an Oberschlesien kein Interesse. Sie kamen in der Regel nur her, um hier Karriere zu machen oder sich ein Vermögen zu erwerben. Sobald es nur ging, verließen sie das „Kolonialland“, welches sie als Verbannungsort betrachteten und kehrten nach Preußen zurück. Im Bewußtsein ihrer preussischen antipolnischen Mission, ihres Standpunktes als Kolonialherren, verspürten diese fremden, herrschenden Elemente nicht die geringste menschliche Neigung mit dem eingeborenen polnischen Volke Oberschlesiens irgendwie in interesselose Fühlung zu treten, es verstehen und

lieben zu lernen. Im Gegenteil, sobald einer solche Neigung zeigte, konnte er sicher sein, seinen Posten zu verlieren. Und so bemühten sich die Beamten niemals, die Sprache des Volkes zu erlernen, seine Sitten und Gebräuche zu studieren. Vielmehr traten sie mit vollem Bewußtsein und mit aller Rücksichtslosigkeit als Fremde und Herren auf und unterdrückten konsequent jedes Eigenleben des Volkes. Ja, sie zeigten dem armen geplagten polnischen Volke offen ihre Verachtung. Und dieses Tun und Lassen in seiner Gesamtheit ging als Gesinnung auch auf die deutsche Minderheit des deutschen Bewohners in Oberschlesien über.

**„Herren“ und „Knechte“.
Züchtung von Volksverrätern.
Nur Bauern und Arbeiter.**

Es haften sich so zwei Volksmassen zusammen, die nebeneinanderlagen, aber miteinander nichts Gemeinsames hatten. Sie das polnische Volk in Masse als Knechte, sie die deutsche dünne Oberschicht als Herren, in welche nur der polnische Oberschlesier einschlüpfen konnte, welcher einen Verrat an seinem polnischen Volke beging. Denn nur ein nationaler Verräter war würdig, in etwas gehobene soziale Stellung des Herrschervolkes aufzusteigen. Dieses fluchwürdige System zeitigte dann auch solche Folgen, daß polnische Söhne, die von abgelaugten Familienersparrnissen eine höhere Schule besucht haben, die vor allen Dingen Lehrer geworden sind, als Widersacher ihres Volkstums auftreten mußten, um Stellung und Brot nicht zu verlieren. Unter solchen Umständen konnte eine zahlreiche polnische Intelligenz nicht entstehen, zumal das polnische Volk in seiner wirtschaftlichen Not nur in den seltensten Fällen ihre Kinder hat studieren lassen können, die dann noch meistens für die polnische Familie und für die polnische Kultur verloren gingen. Daher kommt es, daß das polnische Volk fast in seiner Gesamtheit nur ein Volk von Zwergbauern und Arbeitern geblieben ist. Ein solches Volk, welches sozial unterdrückt wird, dem ein Aufstieg in höhere Klassen der Gesellschaft so gut wie verschlossen wird, das lediglich von Fremden von oben verwaltet wird, ohne ihm selbst Anteil an der Verwaltung zu gewähren, mußte auch weiterhin in wirtschaftlicher Hinsicht sich als Ausbeutungssubjekt für die Fremden hergeben.

Für wen hebt das polnische Volk die Schätze in Oberschlesien.

Oberschlesien ist reich an Bodenschätzen. Wer hat aber den Vorteil von den ober-schlesischen Reichtümern? Die Fremden! Der ganze Großgrundbesitz, die Gruben, Hütten und Fabriken befinden sich in den Händen

der Fremden. Alle besser bezahlten Stellen ebenfalls. Der polnische Oberschlesier ist nur kleiner Bauer, kleiner Beamter und zum größten Teile Arbeiter. Zu einem anderen Anteil an den Reichtlümern seines Landes wurde er nicht zugelassen. Ganz wie in einem Kolonialland.

Schlechteste Entlohnung der polnischen Arbeiter.

Schlechteste Behandlung.

Behinderung der polnischen Arbeiterorganisationen.

Maßregelung. — Schwarze Listen.

Ohne Polizei keine polnische Arbeiterversammlung.

Wenn er nur als Arbeiter wenigstens gut gestellt wäre! Auch das ist nicht der Fall. Es ist bekannt, daß in Oberschlesien die niedrigsten Löhne dem Arbeiter gezahlt werden. Ein Beispiel. Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst eines Arbeiters betrug im Jahre 1910 in Rheinland-Westfalen 1382 Mark, in Oberschlesien dagegen nur 966 Mark! Also um ein Drittel höher als in Oberschlesien! Im Jahre 1916 betrug das Jahreseinkommen des Bergarbeiters im Westen 2207 Mark gegen 1453 Mark in Oberschlesien. Bekannt ist auch ferner, daß der Arbeiter in Oberschlesien, welcher als fleißig, geduldig und anständig in der ganzen Welt gerühmt wird, in den schlechtesten Wohnungen wohnen muß und jahrzehntelang die schlechteste Behandlung in ganz Deutschland von seiten der Beamten, die von auswärts kamen, hat über sich ergehen lassen müssen. Beschimpfungen, ja sogar tätliche Beleidigungen waren hier an der Tagesordnung. Die polnischen Arbeiter, welche über $\frac{2}{3}$ der gesamten oberschlesischen Arbeiterschaft bilden, hatten die größten Schwierigkeiten zu überwinden, um sich organisieren zu können. Wohl konnte die Minderheit der deutschen Arbeiter in Oberschlesien das Koalitionsrecht in Anspruch nehmen, aber den polnischen Arbeitern bereiteten die staatlichen Ausführungsorgane wie auch die Arbeitgeber alle nur erdenklichen Hindernisse. Unzählige Prozesse und Strafverfügungen wurden gegen die polnischen Organisationsführer und Vertrauensleute verfügt, jahrzehntelang wurde durch Saalabtreibung von seiten der Polizei und ihren Helfershelfern jede praktische Ausklärungsarbeit vollständig unterbunden. Die Arbeiter- und Vereinsversammlungen mußten in ungeeigneten Keller- oder Bodenräumen abgehalten werden. Viele Vertrauensvertrauensmänner sowie Arbeiter, welche in der Polnischen Vereinigung organisiert waren, wurden in vielen Fällen aus der Arbeit entlassen. Und da die organisierten Arbeitgeber über die gemäßigten, entlassenen Arbeiter schwarze Listen führten, war es letzteren polnischen Arbeitern wochen-, ja monatelang nicht möglich, eine Beschäftigung in anderen

Betrieben zu finden. Auf diese Weise wollte man die polnischen Arbeiter aus ihren Organisationen herausdrängen. Erbitternd wirkte auf die polnischen Arbeiter auch der Sprachenparagraph, der den Gebrauch der polnischen Sprache beschränkte, ja in manchen Bezirken, wo es angeblich weniger als 60 % polnische Bevölkerung gab, überhaupt verbot. Die Polizei sah auch alle polnischen Verbandsversammlungen, in denen doch nur wirtschaftliche Fragen erörtert wurden, als politische Versammlungen an und unterwarf sie in der Regel einer Anmeldepflicht und einer polizeilichen Aufsicht, was zur Folge hatte, daß die Verbandsversammlungen sehr oft aufgelöst und die Einberußer gerichtlich verfolgt wurden.

Warum diese Unterdrückung und Verfolgung?

Die Arbeiterorganisationen waren eben polnisch.

Hat Preußen Kultur den Oberschlesiern gegeben?

Was ist Kultur?

Preußen hat die Kulturentwicklung in Oberschlesien niedergedrückt.

Was wollte Preußen vernichten?

Und noch eins. Die Unterdrücker rühmen sich, daß sie nach Oberschlesien Kultur gebracht hätten. Ist das richtig? Haben die Preußen bei der Eroberung Schlesiens in Oberschlesien ein rohes, ungebildetes Naturvolk vorgefunden, dem sie erst Kultur bringen mußten? Nein, sie haben bereits ein Kulturvolk vorgefunden, das eine alte, eigene Kultur hatte. Selbst deutsche Schriftsteller (Weber) mußte aber die Tatsache feststellen, daß in den ersten hundert Jahren die Kultur in Oberschlesien unter dem Druck der deutschen Herren zurückgegangen ist. In diesem Zeitraume hatten also die Preußen die Kultur in Oberschlesien herabgedrückt. Was ist überhaupt Kultur, wahre Kultur? „Die Entwicklung und Veredelung des inneren Menschen.“ Und zur Entwicklung des inneren Menschen gehören Freiheit, Sprache, Nationalität, Bildung, Sittlichkeit, Religion. Hatte Preußen diese Eigenschaften des polnischen Volkes gepflegt? Nein! Im Gegenteil. Preußen hatte die Kulturentfaltung in jeder Weise zu vernichten gestrebt. Durch die Germanisierung der Schulen wurden dem polnischen Volke viele wertvolle geistige Kulturgüter vorenthalten oder zerstört. Man hat ihm die polnische Schule genommen. Man hat ihm das Sprachgefühl verdorben. Man hat ihm die Freiheit auf allen Gebieten genommen. Man wollte es zum Verrat am eigenen Volkstum zwingen. Man wollte ihm den Glauben an Gerechtigkeit und Sittlichkeit rauben, indem man ihm die Verehrung der Macht und nicht der sittlichen Kraft predigte. Man hat ihm die in dem

polnischen Wortschatz aufgespeicherten Kulturgüter vorenthalten, die einzig und allein der polnischen Volksseele entsprechen.

Schlechter behandelt als eine Kolonie.

Fakt man das Alles zusammen, so muß man sagen, daß das polnische Volk in Oberschlesien noch schlechter behandelt wurde wie eine Kolonie. Denn in den Kolonien wird mehr Rücksicht selbst auf rohe Sitten und Gebräuche der Naturvölker genommen wie in Oberschlesien auf die hochstehenden geistigen Güter eines Kulturvolkes. Hier, in Oberschlesien, versuchte man diese mit brutaler Rücksichtslosigkeit vollständig zu vernichten, um dafür dem polnischen Volke die preussische, in der ganzen Welt gehasste Kultur mit Gewalt aufzuzwingen. Und nichts ist kulturwidriger als Gewalt.

Der Schaden, den das preussische System dem polnischen, oberschlesischen Volke zugefügt hat, ist, von der echten Kulturwarte betrachtet, unermesslich. Es hat seine naturgemäße Kulturentwicklung aufgehalten, niedergedrückt, es hat das Volk in Armut und Not niedergehalten, trotzdem der Boden, auf dem es seit Jahrhunderten lebt, unerschöpfliche Reichtümer hervorbringt.

Trotz alledem ist es den Preußen nicht gelungen, das polnische Volk in Oberschlesien auszuwurzeln oder wenigstens zu degenerieren, was das preussische System wollte und auch bei einem weniger widerstandsfähigen Volke erreicht hätte.

Die Kraft der Selbstbehauptung.

Weg von Preußen.

In dem Maße, wie die Bedrückung des Volkes durch Preußen wuchs, erwachte auch im Bewußtsein des oberschlesischen Volkes die Urmacht der sittlichsten Kraft: Die Kraft der Selbstbehauptung. Es sah ein, daß es sich im Rahmen eines fremden Staates weder politisch noch wirtschaftlich; weder national noch kulturell entwickeln kann. Das hat es am eigenen Leibe bitter erfahren müssen. Deshalb ergriff das Volk naturnotwendig das Streben: Weg von Preußen! Freiheit, nationale Kultur kann bloß ein nationaler Staat garantieren. Das Streben nach Unabhängigkeit war da. In diesem Gedanken fand sich das polnische Volk Oberschlesiens mit den anderen unterjochten polnischen Gebietsteilen einig: Ein Polenstaat muß in Selbstständigkeit erstehen, und wir Oberschlesier wollen volle, polnische Staatsbürger sein.

Ausnahmegesetze und Kriegerzeit.

Der national-politische Gedanke in Oberschlesien. Oberschlesien gibt national-polnische Stimmen ab.

Diese politische Erlösungsidee, welche den einzigen Weg aus der unerträglichen Bedrückung durch die preussische Macht wies, ergriff das ober-schlesische Volk mit Notwendigkeit und unerschütterlicher Macht um die Wende des XIX. Jahrhunderts. Sie mußte auch zum Durchbruch kommen. Wäre das nicht geschehen, hätte das ober-schlesische Volk diesen politischen Gedanken nicht aus sich selbst geboren, dieses heilige Recht auf Vereinigung mit den anderen polnischen Stammesbrüdern zwecks kultureller und staatlicher Gemeinschaft nicht als Forderung sich selbst gestellt, dann, fürwahr, stände es heute mit dem Makel des niedrigen Anechsinnes da. Sein sittliches Glück, daß es national des Schlummers Bande brach. Den Ausdruck seines nationalen Denkens fand das Volk in seinen polnischen Zeitungen, vor allem im „Górnolazak“ und in der polnisch-sozialistischen „Gazeta Robotnicza“. Selbst konnte das Volk diese Gesinnung bei den Reichstagswahlen offenbaren, wo es im Jahre 1907 bereits 115 000 polnische Stimmen abgegeben hat.

Verfolgung der Polenföhreer und polnischer Agitatoren.

Die Preußen verschärften jetzt noch weiter ihre Unterdrückungsmaßnahmen gegen das ober-schlesische Volk. Verfolgung und Einkerkung von Redakteuren, polnischen Föhreern durch die preussischen Organe war geradezu eine Selbstverständlichkeit. Sämtliche polnischen Organisationen, mochten sie politischer, beruflicher, geselliger oder kultureller Natur sein, wurden durch die Polizei grundsätzlich verfolgt. Was sonst bei jedem anderen Volke in Ehren stünde, das wurde beim ober-schlesischen Volk zur Sünde. Das ober-schlesische polnische Volk durfte sich nicht in Vereinen bilden.

Ostmarkenverein und seine Tätigkeit.

Der im Jahre 1894 gebildete deutsche Ostmarkenverein entwickelte in Oberschlesien eine rege, polenfeindliche Tätigkeit, und da er bekanntermaßen in Preußen eine Nebenregierung bildete, fand er in Oberschlesien reichliche Mitglieder, die auf das polnische Volk heften und das schon sowieso große Denunziantentum gegen die polnische Bevölkerung förderten. Unter den wichtigsten Vorwänden wurden nun den Polen und den polnischen Vereinen Prozesse gemacht. Episkelium, Provokateure trieben ihr Unwesen. Unter falschem Namen schlichen sie sich in die polnischen Vereine ein und wollten

die Mitglieder zu Ungehehllichkeiten verleiten, um sie der Polizei und den Gerichten auszuliefern. Das war der preussischen Regierung noch nicht genug. Sie griff zu speziellen, gegen die Polen gerichteten Ausnahmegesetzen.

Ausnahmegesetze in Oberschlesien. — Ostmarkenzulage.

Im Jahre 1903 erging das Ostmarkenzulagengesetz, laut dessen die Beamten, insbesondere die Lehrer für ihre germanisatorische Tätigkeit auf polnischen Gebieten besondere Prämien bekamen. Man wollte die Beamten noch zu schärferer Bekämpfung und Germanisation des ober-schlesischen Volkes anreizen. Als wenn sie schon sowieso nicht genug der polnischen Bevölkerung zugekehrt hätten! Aber es sollte noch schärfer, noch „schneidiger“ gegen das rechtlose Volk hergehen. Es begann ein Wettlauf unter den niederen Beamten, sich in der Chikanierung und Denunziation zu überbieten, um ja dieser Ostmarkenzulage nicht verlustig zu gehen. Das war eine nichtswürdige Korruption, wie sie auch als solche selbst von der deutschen Sozialdemokratie genannt wurde.

Was die Ostmarkenzulage Gutes brachte.

Neben vielem Bösen hat aber die Ostmarkenzulage auch — o Ironie des Schicksals! — ein Gutes gezeitigt. Es hat ja die amtliche Statistik der Nationalitäten in Oberschlesien Lügen gestraft. Nach amtlicher Statistik, die ja unter den obwaltenden Umständen der Germanisierung ein Wachstum des Deutschen und ein relatives Sinken der Polen ziffernmäßig ergeben sollte, war das Verhältnis der Polen zu den Deutschen wie 176 : 100 (1 121 000 Polen und 638 000 Deutsche) angegeben. Da nun denjenigen Lehrern die Ostmarkenzulage in den Gegenden gezahlt wurde, welche durch die polnische Ueberzahl als für das Deutschtum gefährdet galten, wurde eine Volkszählung hinsichtlich der Nationalität der Schulkinder veranlaßt. Das Resultat ergab einen Prozentsatz von 84 %. Und diese Statistik dürfte auch die richtige sein.

Ansiedlungsnovelle.

Die Tragödie des Invaliden Chruszcz.

Nicht genug dem. Es erging ein neues Ausnahmegesetz gegen die polnische Bevölkerung: die Ansiedlungsnovelle von 1904 über den Bau von Häusern und Wohnstätten auf Grundbesitz, welches den Polen das Bauen einer Wohnstätte auf eigenem Grund und Boden verbot. Auf Grund dieses Gesetzes ereignete sich in Oberschlesien eine erschütternde Tragödie. Ein polnischer Berginvalid, namens Chruszcz, in Pszow bei Bytom, erwarb

eine Parzelle, wo er sich ein Häuschen bauen wollte, um dort den Rest seiner alten Tage zu verbringen. Eine Erlaubnis bekommt er nicht hierzu. Was tut nun der arme Mann? Er baut sich eine Höhlenwohnung, er muß doch irgendwo wohnen, und lebt dort als Troglodyte (Höhlenbewohner) in dem kulturellen Preußen. Es kommt ein Gendarm, um ihm auch dies zu verbieten. Der Mann ist an sich und an der Welt irre geworden. Er holt eine Blüchse hervor, schießt den preußischen Gendarm nieder, geht in den Wald und macht auch seinem Leben ein Ende.

Der unselige Sprachenparagraph.

1908 kommt das berüchtete Vereinsgesetz, von dem schon vorher die Rede war und welches durch den sogenannten Sprachenparagraph den größten Teil der Polen die Abhaltung von Versammlungen in ihrer Muttersprache unmöglich machte.

Neues Ausnahmegesetz im Anzuge.

Als die preußische Regierung sah, daß ihre Ausnahmegesetze gegen die polnische, also auch die oberschlesische Bevölkerung, wohl diesem Volke tiefstes Unrecht tat, aber im Germanisierungswerke versagte, arbeitete sie bereits wieder an einem neuen Ausnahmegesetz gegen das polnische Volk, welches den Polen den Ankauf von Grund und Boden unmöglich machen sollte. Dieser Gesetzentwurf gelangte aber nicht zur Verabschiedung, denn es brach der Weltkrieg aus.

Oberschlesien während des Krieges.

Die Oberschlesier wurden in einem stärkeren Maße zum Heeresdienst eingezogen als anderswo in Deutschland. In die blutigsten Schlachten wurden die oberschlesischen Soldaten geworfen. Und dies alles noch für eine fremde, ungerechte Sache, für die Sache der Bedrückten, zum Teil gegen die Freunde des polnischen Volkes. Auf der einen Seite war es für die polnischen Oberschlesier sogar ein Bruderkrieg. Sie mußten auf Soldaten schießen, die dieselbe Sprache hatten, gegen den polnischen Bruder, welcher auf russischer Seite gezwungen kämpfen mußte. Aber sehen wir nicht hin auf den aufgezwungenen Bruderkrieg und Freundesmord! Sehen wir hin auf Oberschlesien während des Krieges!

Verhaftungen.

Die polnische Presse und ihre Not.

Hier sind alle Zeichen des polnischen Lebens wie verschwunden. Polnische Redakteure, Führer, gewerkschaftliche wie politische werden in Haft genommen, als „Espione“ ausgerufen. Die polnischen Zeitungen werden eingestellt, später der Zensur unterworfen. Die polnisch-sozialistische „Gazeta Robotnicza“ wird für die ganze Kriegsdauer mundtot gemacht. Wie ein schwerer Alp lastet der preußische militärische Chauvinismus, bereit zu jeder erdenklichen Ruchlosigkeit, über dem polnischen Leben in Oberschlesien. Gnadenvoll erlaubt man den polnischen Zeitungen zu erscheinen, um die Siege der Preußen zu verherrlichen und noch mehr zu verschweigen und die Lügenpropaganda der militärischen Pressestellen zu kolportieren. Schreibt der eingeschüchterte Redakteur aus Versehen oder aufrichtig: „das deutsche Heer“ . . . dann sieht er den strafenden Blick des allgewaltigen Militärs, er versteht ihn, korrigiert und in der polnischen Zeitung liest der noch zu Hause gebliebene polnische Leser: „Unser siegreiches Heer“ . . . schreibt er das nicht, dann wird die Zeitung überhaupt nicht gedruckt . . . und der Leser liest das polnische Blatt und muß sich sagen: Es steht kein einziges polnisches Wort darin . . . All' polnisches Leben muß sich ducken.

Die Not der polnischen Arbeiter.

Und nun hinab in die Bergschächte, in die Hütten hinein! Die Arbeiter arbeiten jeden Tag eine Viertelschicht länger, ja sogar 11 Stunden. Überarbeit für „unser Heer“ sagt der unterernährte polnische Berg- und Hüttenmann. Er muß . . . Der reklamierte fremde Gruben- oder Hüttenbeamte schreckt ja vor dem Schützengraben . . . er treibt und treibt . . . Die Arbeitsleistung steigert sich von Tag zu Tag . . . für „unser“ Heer und unseren Herrn, der 30 % Dividende einstreicht und darüber mehr. Jedem Arbeiter liegt ewig im Ohr: „Los, los . . . schafft, schafft! . . . mehr arbeiten in der Schützengraben!“ Dazu kommen die wütesten Beschimpfungen, schwere Körperverletzungen der sich abrackern den Arbeiter seitens der Beamten. Zu Hause Not, die Lebensmittel knapp und teuer. Jede polnische Vereins- und Verbandstätigkeit aufgehoben oder beschränkt. Fürwahr ein schwerer Alp lastet auf Oberschlesien.

Es dünkt, daß über die eiserne preußische Atmosphäre sich ein Schrei erheben müßte:

„Gerechtigkeit des Himmels, wann kommt ein Retter diesem Lande!“

IV. Teil.

Oberschlesien unter der preußisch-sozialistischen Revolutionsherrschaft.

Weitere Unterbrückung.

Die Botschaft der Erlösung.

Den Retter aus dem preußischen Joch sahen bald die Weltgerechtigkeit ankündigen. Die Niederlage Deutschlands im Westen sollte ihn bringen. Unter den wuchtigen Schlägen der Ententeheere bricht das deutsche Heer zusammen, am 9. November 1918 kommt in Deutschland die Revolution zum Ausbruch und die 14 Punkte des Wilson'schen Friedensprogramms wurden am 10. November als Grundlage für die Friedensverhandlungen vom besiegten Deutschland angenommen. Der Punkt 13 dieses Programms aber lautet:

„Ein unabhängiger polnischer Staat wird errichtet, der alles Land einbegreift, welches von überwiegend polnischer Bevölkerung bewohnt ist.“

Oberschlesien soll an Polen kommen.

Nun war kein Zweifel, daß Oberschlesien als ein Land mit überwiegend polnischer Bevölkerung gemäß des 13. Punktes des Friedensprogramms an das neue Polenreich angeschlossen wird. Die „Oberschlesische Zeitung“ schrieb auch gleich aufdringlich, daß man in Deutschland mit dieser Tatsache rechnen müsse, weil die Ansprüche Polens auf Oberschlesien durch die Wilson'schen Punkte unzweifelhaft anerkannt seien. Schon am 5. Oktober 1918 hat auch der Führer der polnischen Abgeordneten im Reichstage ohne Widerspruch von irgendetwer Seite erklärt:

„Da die deutsche Regierung das Wilson'sche Programm angenommen hat, hat sie anerkannt, daß die Bestrebungen der Polen zur Errichtung eines unabhängigen Staates in diesem Ausmaß berechtigt sind.“ Und die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verkündete von Amtswegen, daß das Volk jetzt seine Wünsche und Klagen vorbringen könne — namentlich sei es erlaubt, die polnische Frage zu erörtern.

**Beglückwünschung des deutschen Volkes.
Forderung einer zwischenzeitlichen Gleichberechtigung.
Bekennnis zur politischen Vereinigung mit Polen.**

Nun brach äußerlich das lange gerade durch die preußische Gewalt in die innersten Herzen der Bevölkerung ungewollt getriebene und im Innern aufgestaute geistige polnische Leben hervor. In ganz Oberschlesien veranstaltet die polnische Bevölkerung nun Volksversammlungen, wo sie freudig bekennen, zu Polen gehören zu wollen. Das Gefühl: „Seid umschlungen Millionen“ belebt das polnische Volk, und im Ueberflusse der Freude beglückwünscht es auch das deutsche Volk, daß es endlich die preussisch-militaristischen Fesseln abgestreift habe und sich als freies Volk fühlen könne. Zugleich gab aber auch das polnische Volk der Hoffnung Ausdruck, daß die neue deutsche Volksrepublik für die Zeit bis zum endgültigen Frieden ihm volle Gleichberechtigung gewähren wird. Hier sei die typische Entschliessung bekannt gegeben, welche das polnische Volk in den Volksversammlungen laut werden ließ:

„Wir polnischen Bürger Oberschlesiens übersenden dem deutschen Volke die herzlichsten Glückwünsche zu seiner Befreiung vom autokratischen und militärischen Regime. Als Polen jedoch sind wir der festen Ueberzeugung, daß die wahre Freiheit einzig und allein aus der nationalen Vereinigung hervorgehen kann. Wir geben hiermit dem heißen Gesühle Ausdruck, daß wir zur polnischen Nation gehören und bekunden hiermit unseren heißesten Wunsch, daß wir mit den anderen polnischen Volksteilen zu einer Einheit vereinigt werden sollen. Bis zur Entscheidung der endgültigen politischen Zugehörigkeit Oberschlesiens fordern wir von der Regierung der deutschen Volksrepublik:

1. Volle Gleichberechtigung der polnischen Sprache im öffentlichen Leben und zwar: in der Schule, vor Gericht, bei der Arbeit und in allen Amtszweigen.
2. Gleichberechtigung der polnischen Bürger bei der Besetzung aller Ämter.
3. Sofortige Aufhebung aller noch vorhandenen antipolnischen Gesetze.“

In allen Volksversammlungen richtet das polnische Volk Oberschlesiens noch einen warmen Appell an das deutsche Volk, die Polen nicht unnütz zu reizen.

Die Deutschen zeigen kein Verständnis für Freiheit und Gleichberechtigung.

Das polnische Volk Oberschlesiens findet aber mit diesen freiheitlichen und gerechten Resolutionen bei den Deutschen keinen Anklang. In der Freiheit Morgenstunde erfährt die preußische Geistesverfassung keine Wandlung, keine Erneuerung: sie bleibt die alte, welche der deutsche Pädagoge dahin charakterisiert hat: Die preußische Mentalität hält schon das für ein Unrecht, wenn ein anderer sein Recht beansprucht. Das ganze deutsche Volk ist in den letzten 50 Jahren von diesem preußischen Geist beseelt worden. Wie könnte ein Volk mit solcher Geistesverfassung Forderungen des polnischen Volkes auf Gleichberechtigung anerkennen, zumal in der preußischen Kolonie Oberschlesien, wo die Auslese des Preußengeistes herrscht und wo es nun galt, die privilegierte Stellung des Herrschervolkes aufzugeben und die polnischen Heloten als gleichberechtigt anzuerkennen! Das hieße doch die preußische Seele mit den Wurzeln herausreißen. Und das konnte keine sittliche Macht auf Erden, nicht einmal die totale Niederlage im Westen.

An diese Tatsache dachte das polnische obereschlesische Volk in seinem neu erwachten Glauben an Gerechtigkeit in den ersten Tagen der Revolutionstage nicht. Bald sollte die nackte Wirklichkeit es eines Besseren belehren. Anstatt der erhofften und versprochenen Freiheiten sollte bald nach ein paar vermeintlichen Freiheitstagen das alt-preußische Unterdrückungssystem wieder mit Gewaltmaßnahmen gegen das polnische Volk Oberschlesiens in steigendem Maße wieder einsetzen.

Warum?

Das obereschlesische Volk fühlte sich eben polnisch.

Oberschlesien in der ersten Zeit der deutschen 'Revolution'.

Die neuen Herrscher in Preußen und die Soldaten- und Arbeiter-Räte.

Die neue deutsche Revolutionsregierung wich in nichts von der alten ab, was Oberschlesien anbetraf. Das alte, auf Oberschlesien angewandte System, wurde beibehalten. Es trat bloß ein Firmenwechsel auf. Wohl hatte die erste Regierung in ihrer Mitte zwei ehrenwerte Männer neuen demokratischen Geistes (v. Gerlach, Haase), aber ihr Einfluß war nicht durchgreifend. Die Soldaten- und Arbeiter-Räte, welche nach Ausbruch der Revolution gegründet wurden, und welche die höchste Gewalt an Ort und Stelle auszuüben hatten, waren im polnischen Oberschlesien meistens aus Deutschen zusammengesetzt. Die Polen vermochten nur hier und dort einen

Vertreter im Arbeiter- und Soldatenrat unterzubringen. Auch die Arbeiter- und Soldatenräte waren vom alldeutschen Geiste erfüllt. Weder diese noch das deutsche Volk Oberschlesiens zeigten Verständnis für die Forderungen und Rechte der polnischen Bevölkerung.

Der erste Gewaltakt.

**Entlassung von Arbeitern aus politischen Gründen.
„Polengefahr“.**

Was Minister Haase feststellen muß.

Belehrung für den obereschlesischen Regierungspräsidenten.

Mahnung an die deutschen Machthaber.

Dem polnischen Volke Gleichberechtigung, nicht Gnade.

Schon am 12. November 1918, also 3 volle Tage nach dem Sturz der alten Regierung sollte sich der polenfeindliche Geist der Soldatenräte offenbaren: in Gleiwitz überfiel das Militär die polnische Volksbank und ordnete die Schließung der polnischen Volksschule an. Gewalt! Das war der charakterisierende Akkord für das neue Walten der revolutionären deutschen Vollzugsgewalten gegenüber der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens. Der Geist der Gewalt fand in den privilegierten deutschen Schichten kräftigen Resonanzboden und begann überall zu tönen, vorerst in der deutsch-obereschlesischen Presse und bei den industriellen Machthabern, die sich bald von dem unnötigen ersten Schreck der Pseudorevolution erholt hatten und sich wieder herrisch aufzuführen begannen. Sie fanden es unerhört, daß sich die obereschlesische Bevölkerung für den Anschluß an Polen erklärte. In blinder Wut gegen die polnischen Bestrebungen, beschließen die obereschlesischen Industrieverwaltungen, alle außerobereschlesischen polnischen Arbeiter und Beamten aus der Arbeit zu entlassen und aus Oberschlesien zu entfernen mit der Begründung, daß sie eine große Gefahr für Oberschlesien bilden, weil sie offen für den Anschluß Oberschlesiens an Polen eintreten. Während die obereschlesischen Polen in hunderten von Versammlungen in größter Ordnung sich für Polen erklären, während die Arbeiter in den Großbetrieben ihre alten Rechnungen mit den Beamten, welche sie während des Krieges drangsalierten, beschimpften, körperlich mißhandelten, durch Abzügen dieser Beamten erledigten, schlagen die Großindustriellen, die frischgebackenen Gewalthaber in der deutschen Presse Alarm von einer Polengefahr. Dies veranlaßt den preußischen Minister Haase Ende November nach Oberschlesien zu kommen. „Die polnische Gefahr hat man mir in den größten Gefahren gemalt. Ich habe aber mit Genugtuung feststellen können, daß kein Mensch an eine Störung des innern Friedens denkt . . .“ „Es sollte

aber nicht vorkommen, daß die Menschenwürde des Arbeiters durch die Beamten verletzt wird. Es ist mir peinlich zu sehen, daß gegen die streikenden Arbeiter Maschinengewehre aufgestellt werden.“ — Dieser gerechte Minister fühlt sich auch veranlaßt, dem Oppolner Regierungspräsidenten eine politische Belehrung geben zu müssen: „Der Herr Regierungspräsident von Oppeln hat die Stellung der Regierung (Gaase's) den Polen gegenüber noch immer nicht verstanden. Wenn es ihm scheint, daß die Ertheilung des Religionsunterrichtes in polnischer Sprache bereits ein ernstes Nachgeben darstellt, so ist das eine Ansicht aus alten Zeiten, mit welcher gründlich ausgeräumt werden muß, denn es handelt sich heute nicht um ein Nachgeben, sondern um die Erfüllung berechtigter Forderungen. Alle Beschwerdequellen müssen verstopft werden, und es wäre schlimm, wenn wir uns mit der polnischen Bevölkerung nicht zu verständigen vermöchten. Und der aufrechte Minister, welcher seine polenfeindlichen Pappenheimer kannte und welche ihm mit Enttäuschung zuhören mußten, muß sich mit deutlichen Mahnungen an die Ankläger der Polen, die neuen Machthaber in Oberschlesien wenden. Als Ankläger der Polen sind diese politischen Pharisäer vor dem Minister erschienen, als Angeklagte mußten sie aber nach Hause gehen: denn der Minister schärfte ihnen unpersönlich, aber eindringlich ein: „Wir legen den größten Wert darauf, die Polen nicht vor den Kopf zu stoßen. Man darf sie nicht gnädig hier und dort zulassen, sondern man soll sie als gleichberechtigte betrachten. Wir müssen auf jeden Fall mit den Polen in Frieden und Freundschaft leben . . . Es ist notwendig, daß in Zukunft ein gegenseitiges Vertrauen zwischen den Deutschen und den Polen hergestellt wird . . .“ Solch' edle Worte mußten an den Ohren der deutschen ober-schlesischen Machthaber spurlos verhallen. Sie zeigten aber auch, daß das polnische Volk nichts als sein Recht mit seinen Forderungen beansprucht.

Bedingung für friedliches Nebeneinanderleben.

Das polnische Volk wollte mit den Deutschen in Frieden und Freundschaft leben, aber unter der Bedingung, daß das deutsche Volk alle diejenigen in Oberschlesien von den leitenden Stellen entfernt, welche immer nationalen Haß gepredigt haben. Dem freien deutschen Volke, welches nicht nur für sich allein Freiheitsrechte beansprucht, sondern auch das Recht des polnischen Volkes auf Freiheit anerkennt, wollte das polnische Volk die Hand zum Frieden bieten; es möchte aber bei dem deutschen Volke neben seinen anerkannten Tugenden in Wirklichkeit auch demokratisch-freiheitliche Eigenschaften schäßen lernen. So konnte man es in vielen polnischen Versammlungen hören, und in den polnischen Zeitungen lesen. Aber nichts davon geschah.

**Die Deutschen wollen die oberschlesische Frage nicht auskommen lassen,
Um welchen Preis die Arbeitgeber
in eine 8-stündige Arbeitszeit einwilligen wollen.**

Die deutschen Behörden und das deutsche Volk indessen mit seiner Presse begannen alle Mittel anzuwenden, um die polnische Frage in Oberschlesien trotz Anerkennung des Wilson'schen Programms nicht auskommen zu lassen. Das polnische Volk mußte nun darauf bedacht sein, seine Interessen und seine unveräußerlichen nationalen Rechte zu wahren. Als die Deutschen sahen, daß das polnische Volk seinen Willen, zu Polen zu gehören, überall klar und deutlich zum Ausdruck brachte, als gar das oberschlesische Volk Delegierte zur Bildung des Obersten Volksrates in Polen entsandte, welcher die polnischen Interessen innerhalb der Grenzen der preußischen Herrschaft wahrnehmen sollte, reichten sich in Oberschlesien die alldeutschen, kapitalistischen Gruben- und Gütenherren und die deutsch-sozialistischen „Freiheitskämpfer“ die Hand zum antipolnischen Bunde. Die deutsche Schwerindustrie zeigte sich sogar bereit, in eine 8-stündige Arbeitszeit einzuwilligen, falls die Arbeitergewerkschaften sich gegen den Anschluß an Polen erklären. Der Plan mißlang. Er zerbrach sich an der Standhaftigkeit der polnischen Gewerkschaften, welche zusammen gegen 155 000 Mitglieder zählen und etwa $\frac{1}{4}$ der oberschlesischen Industriearbeiter vereinen. Die polnischen Gewerkschaften wiesen dieses unmoralische Ansuchen entschieden zurück, weil sie um das Einsengericht einer kürzeren Arbeitszeit ihr unveräußerliches, ethisch-politisches Recht auf eigenes polnisches Vaterland nicht verzichten wollten. Die polnischen Arbeiter ließen sich nicht korrumpieren, trotzdem sie durch den Raubbau ihrer Kräfte während des Krieges physisch stark entkräftet waren.

Das hohe nationale Ethos der polnischen Arbeiter verdient hier ganz besonders illustriert zu werden, weil an ihm alle deutschen Vordungen für das Verbleiben bei Deutschland wie an einem Felsen zerbrechen mußte.

Das nationale Ethos der polnischen Arbeiter.

Zu Kattowitz fand im Dezember eine Versammlung der Arbeiter und Arbeitgeber statt. Als beim Schluß der Sitzung der Vorsitzende vorschlug, daß auch ein polnischer Arbeiter das Wort ergreifen möchte, meldete sich auch ein alter polnischer Bergmann zum Worte, welcher bereits 30 Jahre in der Grube arbeitet und mit seiner Familie 1 200 Mark monatlich verdient: Er spricht: „Brüder! Was der Vorredner gesagt hat kann alles schön und nett sein. Aber jetzt ist die Zeit da, wo der Traum von 600 Jahren in Erfüllung gehen soll, wo die Vereinigung aller Polen erfolgen soll.“

„Brüder! Wollt Ihr unter der deutschen Regierung Speck — oder unter der polnischen Kartoffeln essen?“ Sofort rief die Volksmenge, welche zumeist aus Polen bestand: „Es lebe Polen!“. Das hohe nationale Ethos des alten Bergmanns als auch der begeisterte Zuruf: „Es lebe Polen!“ ließen die Herren Arbeitgeber überzeugend wissen, daß das arbeitende polnische Volk ohne Rücksicht auf etwaige materielle Vorteile sich rückhaltlos zu Polen bekennt.

Verleumdungsfeldzug gegen die polnischen Arbeiter.

Mit einem solchen Arbeitervolke ließ sich kein politischer Kuhhandel machen. Da griff man zu einem Verleumdungsfeldzug gegen die polnischen Arbeiter, um gegen sie die öffentliche Meinung und die Regierung aufzubringen. Infolge der menschenunwürdigen Behandlung, der unzureichenden Ernährung und Entlohnung stellten die hungrigen und unzufriedenen Arbeiter durch ihre Organisationen ihre berechtigten Forderungen, wie Zulage von Lebensmitteln, Gewährung von Urlaub und freiem Bezüge, und mit Rücksicht auf die Unterernährung und allgemeine Entfräntung eine Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden. Diesen wohlberechtigten Forderungen brachten die deutschen Arbeitgeber wenig Verständnis entgegen. Dazu kam noch der Umstand, daß die Belegschaften verschiedener Gruben es ablehnten, mit den Beamten zusammen zu arbeiten, welche die Arbeiter vor und während des Krieges arg mißhandelt oder verlegend behandelt hatten. Die Arbeiter gingen dazu über, diese besonders verhassten Beamten abzusetzen. Die Arbeitgeber schritten ihrerseits zur Entlassung von Arbeitern oder es traten die Beamten in den Ausstand. Diese Zustände führten zu andauernden Lokal- oder auch Bezirks-Streiks. Es gab Fälle, wo wegen eines einzigen abgesetzten höheren Beamten allen Arbeitern des Betriebes die Arbeit gekündigt wurde. Diese Ausstände — am 30. 11. 1918 streikten von 65 Gruben 17, ungefähr 11 000 Mann — welche mit Politik nichts zu tun hatten, wurden von der deutschen Presse in ihrem antipolnischen Eifer als polnisch-politische Streiks gestempelt, welche von groß-polnischen Agitatoren inszeniert worden wären. In Wirklichkeit waren die Streiks rein wirtschaftlich-sozialer Natur, hin und wieder mag es vorgekommen sein, daß die fremden deutschen Soldatenräte ausländische Agitatoren aus Litauen unter die unzufriedenen Arbeiter schickten, um kommunistisch-politische Streiks hervorzurufen.

Vorwand zu „Maßnahmen“ gegen die Polen.

Alles dies wurde der polnisch-nationalen Bewegung in Oberschlesien aufgebürdet zu dem wohlberechneten Zweck, die öffentliche Meinung in

Deutschland gegen die oberschlesischen Arbeiter und gegen das polnische Volk aufzuheben. Dies war umso leichter hervorzurufen, als sich überall Kohlenmangel bemerkbar machte. „Sieh, deutsches Volk, der Kohlenmangel bedroht Dich. Das hast Du den bösen Polen zu verdanken, die aus politischen Gründen nicht arbeiten wollen.“ Das waren wahrheitswidrige, zielbewusste Verleumdungen, welche auch bei der ländlichen polnischen Bevölkerung die nationale polnische Bewegung diskretieren und vor allem der deutschen Regierung den erwünschten äußeren Vorwand geben sollten, gegen das polnische Volk, welches sich überall für Polen erklärte, entsprechende „Maßnahmen“ zu ergreifen, die in Wirklichkeit nichts anderes sein sollten, als Maßnahmen gegen die polnische Gesinnung des oberschlesischen Volkes.

Die preußischen „Maßnahmen“ gegen das polnische Volk in Oberschlesien.

Der 13. Punkt des Wilson'schen Programms und das polnische Volk Oberschlesiens.

Ehe von diesen „Maßnahmen“ der Preußen gegen die polnische Bevölkerung Oberschlesiens gesprochen wird, muß noch eins scharf in den Vordergrund gerückt werden: Deutschland hat durch die vorbehaltlose Annahme des Wilson'schen Friedensprogramms mit seinem 13. Punkte feierlichst anerkannt, daß alle Gebiete mit einer überwiegend polnischen Bevölkerung zu einer unabhängigen polnischen Staatseinheit vereinigt werden sollten. Kraft dieses 13. Punktes war die überwiegend polnische Bevölkerung Oberschlesiens nicht nur rechtlich befugt, sondern sogar sittlich verpflichtet, in gesetzlich zulässiger Weise seine polnische Nationalität, seine Zahlüberlegenheit kundzutun. Andererseits erwuchs auch für die deutsche Regierung aus der Annahme des Friedensprogramms die Verpflichtung, das polnische Volk hierin gewähren zu lassen.

Preußen will die polnische Gesinnung in Oberschlesien sabotieren.

Aber weit davon entfernt! Preußen sann auf Mittel, um dies zu verhindern um den Willen der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens, das sich elementar für den Anschluß an Polen erklärte, zu sabotieren und die Voraussetzung, daß Oberschlesien überwiegend polnisch ist, aus der Welt zu schaffen. Und für dieses Beginnen waren den Preußen alle Mittel gut genug.

Die preußische Soldateska in Oberschlesien.

Unter dem Vorwande, die Kohlenproduktion zu schützen, schickte nun die preußische Regierung nach Oberschlesien den sogenannten Heimatschutz ferner den Grenzschutz, der angeblich die Ostgrenze Preußens vor „lichtscheuen Elementen und polnischen Banden“ schützen sollte. So lauteten die amtlichen Laufscheine dieser nach Oberschlesien entsandten Soldateska, welche zur wahren Plage des Landes geworden ist. Diese Truppen, welche meist aus „unlauteren Elementen“ zusammengesetzt waren, sollten in Wirklichkeit der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens das Rückgrat der rohen Gewalt geben und vor allem das polnische Volk knechten: einschüchtern, Terror ausüben, mit Einquartierungen, Requisitionen plagen, und alles polnische Leben ersticken. Das Gebahren dieser Landsknechte sollte zeigen, daß sie sich der ihnen zugedachten Aufgabe mehr als würdig erwiesen.

**Die „freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“ will das
oberschlesische Volk demoralisieren.**

Die „Seele“ der „freien Vereinigung“.

Gleichzeitig wurde seit Anfang November in Oppeln deutscherseits eine monatlich über 5 Millionen Mark verschlingende Giftgaszentrale errichtet, welche die polnische Bevölkerung Oberschlesiens moralisch vergiften oder wenigstens zerlegen sollte. Hand in Hand mit dieser obereschlesischen deutschen Ueberland-Zentrale, die Korruption und Verwirrung unter das polnische Volk tragen sollte, ging die deutsche Presse, welche von ihr gespeist wurde. Die Nebe ist von der „Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“. Die obereschlesische Schwerindustrie im Einvernehmen mit der Handelskammer in Oppeln übernahm die Leitung dieser demoralisierenden Institution. Als Vorsitzenden dieser „Vereinigung“ hat man aber den Geburtshelfer Dr. Scheffzek und als Geschäftsführer den Assessor Strzoda hervortreten lassen. Die polnischen Namen dieser Renegaten sollten bei der polnischen Bevölkerung Vertrauen erwecken. Daß die preußische Regierung hinter dieser „Vereinigung“ steckte, beweist schon der Umstand, daß sie besonders polenfeindliche Beamte, wie z. B. den Landrichter Ernst aus Oppeln mit vollem Gehalt für die Zeit seiner Tätigkeit bei der „Freien Vereinigung“ beurlaubte. Dieser Mann, ein Sachse, war die Seele der „Vereinigung“ und wie seine Seele aussah, beweist sein unverantwortlicher unflätiger Ausdruck, den er in einer Oppelner Versammlung getan hat: „Polen ist ein bis an den Himmel stinkender Kadaver“. Welch tautblindes Urteil dieses „Völkerrichters“, der ohne Kenntnis des Tatbestandes richtet. Der echte deutsche Professor mußte ihm hier zurufen: „Es gibt in der arischen Rasse

ein einziges Volk, daß an die polnische Realität der höheren sittlichen Ideen geglaubt hat und noch glaubt. Das ist das polnische Volk." In diesem wahrheitswidrigen unflätigen Ernst'schen Geiste sollten auch die Tausende von bezahlten und unbezahlten Agenten unter dem polnischen Volke Oberschlesiens verherrend arbeiten, um dieses in seinem sittlichen Streben nach einem eigenen polnischen Staate zu erschüttern. Eine verabscheuungswürdige Arbeit, welche aber den nicht Wunder nimmt, welcher den preußischen Geist kennt.

Die Arbeit der Deutschen.

Indessen erklärt sich die polnische Bevölkerung weiter in Versammlungen für den Anschluß an Polen. Natürlicherweise fehlt schon ihren Resolutionen die Sympathieumgebung für das deutsche Volk. Sah es doch, was es sah: den Aufmarsch der preußischen Machttechnik gegen die polnischen Bestrebungen. Die Magistrate, die aufgrund des undemokratischen Dreiklassenwahlsystems in den ober-schlesischen Städten schalten und walten, beschließen „einstimmig": „Wir Oberschlesier wollen bei Deutschland bleiben". Diese Annahme der wenigen deutschen Herren, die doch nur eine kleine Minderheit des ober-schlesischen Volkes vertraten, mußte die polnische Bevölkerung im höchsten Grade kränken. Es hätte nichts dagegen gehabt, für sich als deutsche Oberschlesier entsprechende Resolutionen gefaßt und in die Welt geschickt hätte. Sie maßten sich aber das Recht an, für alle Oberschlesier Entschlüsse zu fassen. Die deutsche Presse greift das Potentum in der gemeinsten Weise an. Die „Freie Vereinigung" nimmt ihre entsetzliche Propaganda Anfang Dezember auf. Sie „verbreitet" in den polnischen Dörfern „die Kenntnis gewisser Tatsachen, die das Volk zum Nachdenken über die Vorteile, die ein Verbleiben bei Deutschland und die Nachteile die eine Verbindung mit Polen bieten". Was diese zurückhaltenden Worte sagen sollen, erklärt der vorhin erwähnte Ausspruch des Richters Ernst über Polen. Die Oppolner Leitung dieser „Vereinigung" fordert von ihren in ganz Oberschlesien geworbenen Obmännern, Ob- und Untervertrauensmännern, die aus Behörden, Lehrern, Förstern bestehen, Listen ein, in welchen die Einwohner als zweifellos deutsch oder als zweifellos polnisch benannt wären. Außerdem verlangt sie eine ganz besondere Bezeichnung der polnischen Führer — sowohl der männlichen als auch der weiblichen —. Auch über die „finanzielle" Lage der Letzteren soll berichtet werden um Westungsversuche unternehmen zu können. Die ortsfremde preußische Soldateska überflutet immer mehr und mehr das ober-schlesische Land, und beginnt sich bemerkbar zu machen; Sie verhaftet den

Pfarrer Robota aus Wallendorf, stört polnische Versammlungen und mißhandelt den polnischen Pfarrer Kuczka in Rosenberg. Das kommt anfänglich jedoch nur sporadisch vor, soll aber bald zum System werden.

Die gesetzwidrige Kundgebung des Oppelner Regierungspräsidenten über sogenannten „Hochverrat“.

Als die antipolnische Maschinerie: die preußische Soldateska und die „Freie Vereinigung“ mit ihren Tausenden von Agenten und Spitzeln leidlich eingespielt waren, wagt sich der Oppelner Regierungspräsident auf das Gebiet der eigenmächtigen Willkür und schafft gesetzwidrig einen Hochverratsparagrafen, wie ihn gerade die polenfeindlichen Mächte als Vorwand zur Vergewaltigung des polnischen Volkes brauchten. In ganz Oberschlesien konnte man am Neujahrstage 1919 in großen Lettern lesen: „Alle Bestrebungen, die auf eine Loslösung Oberschlesiens vom Deutschen Reiche hinzielen, stellen sich als ein Verbrechen des Hochverrats dar. Hierunter fallen insbesondere auch etwaige in Preußen vorgenommene Wahlen zur Polnischen Konstituierenden Nationalversammlung, sowie jede Vorbereitungs-handlung dazu, ferner die Erhebung einer polnischen Nationalsteuer und die Errichtung polnischer „Volkswachen“ in Preußen. Die Polizeibehörden werden auf das Energischste mit allen zulässigen Mitteln gegen solche Bestrebungen einschreiten, die beteiligten Personen unverzüglich festnehmen und zur gerichtlichen Verurteilung bringen.“

Der „Freibrief“ zur Vergewaltigung des polnischen Volkes.

Diese Kundgebung sollte eine rechtliche Weihe von unrechter Hand für die vorgefasste Gewaltpolitik der preußischen Regierung gegenüber dem polnischen Volke in Oberschlesien abgeben. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß alle die Handlungen, welche der pflichtvergessene Regierungspräsident als Hochverratsverbrechen anzusehen befiehlt nach dem bestehenden Strafrecht keine Tatbestandsmerkmale eines Hochverrats darstellen, denn einen Hochverrat hätte die polnische Bevölkerung nur dann begangen, wenn sie „im Wege der Gewalt“ Oberschlesien vom Deutschen Reiche losrennen wollte. An eine gewaltsame Loslösung Oberschlesiens vom Deutschen Reiche dachte aber das polnische Volk überhaupt nicht, ebenso, nicht an eine Vor-nahme von Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung in Warschau, was übrigens auch keinen Tatbestand für einen Hochverrat darstellen würde. Und wenn die polnische Bevölkerung eine polnische Nationalsteuer erhob, so tat sie dasselbe, was die deutsche Bevölkerung im reichsten Maße zu gleichen Zeiten tat. Es handelte sich doch bloß um freiwillige Beiträge für eine zum

Schutze der polnischen Bevölkerung bestimmte Organisation. Auch eine Errichtung von polnischen Volkswachen würde sich, wenn diese tatsächlich gebildet worden wären, nicht als Hochverrat darstellen. Eine Ueberschreitung der Amtsgewalt durch den Oppelner Regierungspräsidenten war auch dessen Anweisung an die Polizeibehörden zur Festnahme der beteiligten Personen; es war ein unerhörter Eingriff in die bürgerlichen Rechte desselben, denn wann eine Festnahme erfolgen dürfe, bestimmten nur die Paragraphen 112 und 172 der Strasprozeßordnung und nicht der eigenmächtige Präsident von Oppeln. Aber was kümmerte diesen das geltende Recht. Galt es doch die polnische Bevölkerung zu vergewaltigen und den polenfeindlichen Mächten in Oberschlesien: der Soldateska, der Polizei, den Spitzeln und Denunzianten der „Freien Vereinigung“ einen Freibrief zur Terrorisierung und Vergewaltigung des polnischen Volkes zu geben.

Aberfälle und Plünderungen in Lublinitz.

Deutscher Terror in Oppeln.

Verhaftungen im Industriebezirk.

Grenzschutzfreiwillige, Arbeitgeber und Arbeiter.

Und nun beginnt auf allen Fronten die systematische Heße gegen die polnische, legale Bewegung in Oberschlesien. In der Nacht vom 2. zum 3. Januar 1919 überfällt ein bayerischer Trupp von 50 Soldaten die Läden und Wohnungen der polnischen Bürger in Lublinitz, schlägt die Fenster mit Steinen und scharfen Schüssen ein, bringt in die Wohnungen ein, droht und schließt, durchsucht die Wohnungen, raubt in solcher Weise drei Tage lang, wobei die deutsche Bürgerschaft die künstlich in Wut versetzte Soldatenbande in ihrer blinden Vernichtungswut zum Teile duldet und zum Teile noch schützt. Nur durch Flucht konnten einige Polen ihr Leben retten und mußten dann monatelang ihr Heim meiden, weil man ihnen mit Mord drohte. Die örtlichen Behörden, ja sogar der Soldatentommandeur taten nichts gegen die Angriffe der Soldateska auf die Polen. Am 12. Januar 1919 beginnt der deutsche Terror in Oppeln. Soldaten und Zivilisten schleppen zwei angesehene polnische Bürger mit Gewalt zu einer sozialistischen Versammlung. Dort werden sie als Verbrecher auf die Tische zur Schau gestellt, angespöien, verhöhnt. Es ertönen Rufe der aufgereizten Menge: „Schlagt sie tot, hängt sie!“ Die Beiden wurden schließlich eingesperrt, „in Schutzhaft genommen“ und in den nächsten Tagen wird ihnen das Versprechen abgezwungen, Oppeln zu verlassen, und sie werden zum Bahnhof eskortiert. Die Aufregung der deutschen Bevölkerung gegen die stille polnische Bürgerschaft dauert weiter an, umsomehr als das katholische Zentrum-

blatt in Oppeln ein unglaubliches Gerücht verbreitet hat, die Polen in Oppeln hätten 6 Millionen Mark Agitationsgelder von den Bolschewisten (11) erhalten. Soldaten und Arbeitslose gehen von einer polnischen Wohnung zur andern, von der einen polnischen Bank zur andern und suchen in ihrer wütenden Raubgier nach den Bolschewisten-Millionen. Eine unerträgliche deutsche Gasatmosphäre lagert über Oppeln gegen die Polen. Eine Kleinigkeit mag sie charakterisieren: Ein polnisches Fräulein ruft ein Hündlein mit polnischen Worten herbei: das Fräulein wird beschimpft und schließlich mit harten Gegenständen körperlich mißhandelt. Es raßt der Haß und will seine Opfer haben. Die Soldaten ragen in Automobilen durch den Kreis zwecks Hausdurchsuchungen. Polnische Theatervorstellungen werden verboten. Am 13. Januar findet in Oppeln eine Sitzung des polnischen Volkstages statt. Soldaten brechen wutschnaubend herein und lösen die Versammlung auf. Der Vorsitzende wird verhaftet. Alles geschieht unter Hinweis auf den gesetzwidrigen Hochverratsparagrafen, des eigenmächtigen, antipolnischen „Gesetzgebers“ von der Oppelner Regierung. In der „Bank Rolników“ in Oppeln ordnet der Staatsanwalt eine Revision wegen der Sammlung der Nationalsteuer an, erhebt deshalb auch Anklage. Im Industriebezirk wird ein Arbeiter festgenommen, weil er in einer Versammlung den 13. Punkt des Wilson'schen Programms vorgelesen hat, ein anderer wird verhaftet, weil er die polnische Nationalsteuer gesammelt haben soll, der polnische Arbeiterführer Sosinski wird ebenfalls von Soldaten hinter Schloß und Riegel gebracht. Erst der Druck der Arbeiterschaft erzwingt ihre Freilassung. Da die Freilassung des Regieren nicht sofort bekannt geworden ist, treten am 11. Januar 8 Gruben in den Ausstand. Und jetzt erst beginnt die Verflechtung der politischen und wirtschaftlichen Ursachen zu den Ausständen in Oberschlesien. Ein Teil der abgesetzten, sowie ein Teil der während des Krieges reklamiert gewesenen Beamten und in Arbeitgebergnade stehende Arbeiter, meistens solche, die von Arbeit nicht viel halten, melden sich freiwillig zum Grenz- und Heimatschutz. Diese Freiwilligen erhalten neben ihren Militärgeldbeschlüssen auch noch ihr volles Gehalt und werden von den Arbeitgebern in jeder Beziehung unterstützt. Die Mehrzahl der Arbeiter hat aus dem Gebahren der Soldateska den Eindruck gewinnen müssen, daß der von den Arbeitgebern protegierte Grenzschutz nicht nur ein Werkzeug gegen die polnisch gesinnten Bürger, sondern auch gegen die Arbeiterschaft ist. In dieser Ansicht sind die Arbeiter bestärkt worden durch die immerwährenden Versammlungsaufösungen, unbegründeten Verhaftungen und Hausdurchsuchungen. Die Arbeiter sagen sich: Wenn die Gruben den arbeitsscheuen Arbeitern im Grenzschutz den Lohn ohne Arbeitsleistung zahlen können, so können sie den wirklichen Arbeitern auch den Lohn erhöhen, die

sich infolge der großen Leuerung in großer Nothlage befinden. Sie stellen demnach auch Forderungen auf Lohnerhöhung.

Indessen schießt der Grenzschutz in Königschütte auf demonstrierende Arbeiter. Es gibt Tote und Verwundete.

Belagerungszustand im Industriebezirk.

Diesen Vorfall nützt nun das Militär und der Zentralarbeiterrat aus, um am 9. 1. 19 über den Industriebezirk, der besonders polnisch-national orientiert ist, den Belagerungszustand zu verhängen. Jedem Einsichtigen ist es klar, daß diese Maßnahmen gegen das polnische Volk gerichtet sind. Was man in den ländlichen Bezirken Oberschlesiens durch Terror erreicht hat, das will man in dem Industriebezirk durch schärfere Gewaltmittel erreichen: Jede polnische Agitation lahmlegen. Denn es naht der Wahltag zur deutschen Nationalversammlung und zur preussischen Konstituante.

Proklamation zur Wahlenthaltung.

Die Polen haben damals beschlossen, an diesen Wahlen nicht teilzunehmen, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie im Staatsrahmen Deutschlands nicht mehr bleiben wollen. Den Deutschen liegt wieder viel daran, daß die polnische Bevölkerung in Oberschlesien mit abstimmt, um dann der Entente sagen zu können: Seht das obereschlesische Volk hat in der Mehrzahl abgestimmt, also will es bei Deutschland verbleiben.

Die katholische Geistlichkeit treibt das polnische Volk zu den Wahlen.

Nun läßt man alle Mächte auf das obereschlesische Volk los, um es zur Abstimmung zu bekommen. Hier wollen wir jedoch nur der Geistlichen Erwähnung tun, die durch Mißbrauch ihrer Autorität das gläubige polnische Volk zum Wahlgange gezwungen hat. Schon der Fürstbischof hat vorher ein Rundschreiben erlassen, wonach es Pflicht eines jeden Katholiken sei, an den Wahlen teilzunehmen, weil angeblich der Glaube gefährdet sei. Und nun müssen die genug gequälten Gemüther der polnischen Gläubigen von der Kanzel und vom Altar hören: Geht ihr nicht zur Wahl, so lasse ich euch straks in die Hölle wandern! Geht ihr nicht wählen, so kommt mir auch nicht innütz zur Beichte, denn ich gebe euch keine Absolution! In Zohnau läßt der Geistliche vor dem Allerheiligsten die polnischen Parochianen sogar schwören, daß sie dem Zentrumskandidaten ihre Stimme abgeben werden. Solche und ähnliche Maßnahmen in der Kirche müssen bei einem so gläubigen Volke wie das obereschlesische ihre Wirkung haben, zumal die Zentrumsgeistlichen auch beim Kollendenumgang die polnischen Familien zur Wahl

persönlich verpflichtet haben. „Ihr werdet sowieso zu Polen kommen, helft aber den Katholiken in Deutschland, geht zur Wahl mit eurer Stimme für das Zentrum! Ihr werdet euch um den katholischen Glauben verdient machen und euer Polen wird dadurch keinen Schaden nehmen!“ Ja, sogar zu Lügen wird gegriffen. So haben die Geistlichen dem Volke vorgeredet, der Erzbischof von Posen befahle sogar zur Wahl zu gehen. Und so kommt es, daß unter Gewissenszwang besonders die Frauen und Mädchen scharenweise an die Wahlurne gehen, um Gewissensunruhen zu vermeiden. Andererseits stimmen auch viele polnische Arbeiter für die deutsche sozialistische Partei, weil sie dadurch eine sofortige Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erhoffen.

Resultat der Wahlen.

Das Resultat der Wahlen in Oberschlesien ergibt: Von 1 141 000 Wahlberechtigten wählen 663 000, 468 000 enthalten sich der Abstimmung, 10 000 Stimmen sind ungültig. Schätzt man die Wahlberechtigten in den deutschen Kreisen und im mährischen Gebiet des Ratiborer Kreises auf 190 000, so erhalten wir im polnischen Oberschlesien ein Resultat von 473 000 Wählern gegen 468 000 Nichtwähler. Die Zahl der Wähler darf aber nicht als die Zahl der deutschgesinnten Oberschlesier angesehen werden, da vor allem ein großer Teil der Zentrumswähler von der polnischen Bevölkerung herrührt, die aufgrund der Ueberredung der Geistlichkeit nur dem katholischen Glauben helfen wollten, ohne sich für ein Verbleiben bei Deutschland festlegen zu wollen. Im Gegenteil. Als das polnische Volk den Triumph der Deutschen gesehen hat, daß sich die Mehrheit für Deutschland entschieden habe, gährt es dermaßen unter den polnischen Wählern infolge der Irreführung durch die Geistlichen, daß sich einige Dekanate verpflichtet sehen zu erklären, daß ihre polnischen Parochianen bei den Wahlen wohl ein Glaubens- aber kein Bekenntnis der Staatszugehörigkeit ablegen wollten. Die meisten ober-schlesischen Dekanate haben aber dieser Ehrenpflicht nachträglich nicht genügt. Und so kann man ihnen den Vorwurf nicht ersparen, daß sie mit ihren Gläubigen ein unverantwortlich frivol-politisches Spiel getrieben haben.

Einschüchterung vor der Wahlenthaltung.

Der Zentrumsruf nach weiteren Gewaltmaßregeln.

Bei der Verbreitung des Terrors seitens des überall in Oberschlesien allgegenwärtigen Grenzschutzes, bei der Auffrischung des famosen Hochverratsparagraphen 3 Tage vor den Wahlen, bei dem ungeheuren kirchlichen Druck auf die Gewissen der gläubigen ober-schlesischen Landbevölkerung konnte

ein klares Bild der national-politischen Machtverhältnisse bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung nicht entstehen. Insbesondere wurde durch die Agenten der „Freien Vereinigung“ durch Lehrer und Beamte mit dem Hinweis auf die überall in Oberschlesien wieder neu angeklebte Hochverratskundgebung unmittelbar vor den Wahlen eingeredet, daß die Wahlenthaltung auch als Hochverrat angesehen werde, weil die Bevölkerung damit kundgebe, daß sie bei Deutschland nicht verbleiben wolle. Wohlberechnet 2 Tage vor der Wahl hat auch die deutsche Presse — an der Spitze die katholische „Schlesische Volkszeitung“ — neue Gewaltmaßregeln gegen die polnische Bevölkerung herbeigewünscht, und als beschlossene Tatsache unter dem Titel: „Gegen die Landesverräter“ zur Abschreckung vor der Wahlenthaltung verbreitet:

„Gegen die Loslösungsbestrebungen von preussischen Grenzgebieten, vor allem Oberschlesiens, soll in Kürze, wie wir erfahren, die Militärbehörde Schritte unternehmen. Sobald die Truppenzusammenziehung beendet ist, wird man mit der Verhaftung der Agitatoren beginnen.“

Verhaftungen von polnischen Führern am Vorabend der Wahlen.

Und in der Tat: Am 18. Januar abends, also am Vorabend der Wahl, kamen die preussischen durch das Zentrumsblatt herbeigerufenen Gewaltgeister und verhafteten alle polnischen Führer, deren sie habhaft werden konnten, in den Kreisen Mesenbergs, Lublinitz und anderen. Dies geschah alles zur Einschüchterung der polnischen Bevölkerung, um sie zur Teilnahme an den Wahlen zu veranlassen.

Die Wahlen zur preussischen Konstituante.

Vaterländischer und kirchlich treuer Sinn.

Wähler und Nichtwähler.

Die Wahlen zur preussischen Konstituante am 26. Januar 1919 fanden unter derselben Beeinflussung seitens der weltlichen und geistlichen Machthaber in Oberschlesien statt. In einer oberhirtlichen Kundgebung belobigt der Fürstbischof von Breslau vor allem die obererschlesische Bevölkerung, wegen ihrer Teilnahme an den ersten Wahlen und fährt fort: „Auch für die Wahl am 26. Januar gilt meine oberhirtliche Mahnung: es ist heilige Pflicht aller Katholiken, vom Wahlrecht in vaterländisch und kirchlich treuem Sinne Gebrauch zu machen: das Wahlrecht wird zur Wahlpflicht, von deren Erfüllung jeder dereinst Rechenschaft geben muß.“ Möge die Rechenschaft für die Gewissensunruhen und Seelenqualen,

welche in Oberschlesien vor allem unter den Frauen durch diese Kundgebung hervorgerufen wurde, auf die Urheber derselben zurückfallen! — Diesmal war aber das Resultat der Wahlen — trotz der gleichen Beeinflussung wie bei den ersten — in Polnisch-Schlesien ein anderes: 449 000 gegen 494 000 Nichtwähler. Auch dieses Zahlenverhältnis, das bei weitem nicht ein vollkommener Ausdruck der wirklichen nationalen Bestände in Oberschlesien ergibt, braucht nicht Wunder zu nehmen, wenn man an die obwaltenden Verhältnisse in Oberschlesien denkt, wo die Zentrumsgeistlichkeit in „vaterländisch und kirchlich treuem Sinne“ die polnischen Frauen und Mädchen sogar in geschlossenen Reihen aus der Kirche direkt an die Wahlurne geführt hat.

Beschluß des Zentralrates in Kattowitz zur Verhaftung aller polnischen Führer.

Verhaftung des polnischen Unterkommissars.

Die polnische Deputation in Paris und ihre Verbrechen.

Es lag eben im Plane der „revolutionären“ Regierung sich aller polnischen Führer in Oberschlesien zu entledigen. So hat auch der Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat in Kattowitz am 23. 1. 1919 beschlossen, die Führer der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien allmählich in Haft zu nehmen, dann werde man, heißt es in diesem Gewaltbeschlusse, Ruhe haben. Die letzte polnische Regung sollte verstummen. Am 24. Januar wird gleich der Vorsitzende des Verbandes der polnischen Volksräte in Oberschlesien, Justizrat Czapla in Beuthen auf Befehl des militärischen Kommandos verhaftet. Es wird ihm zur Last gelegt, jüngst in Paris gewesen zu sein, um dort mit der Entente zu verhandeln. Die Unhaltbarkeit dieser Behauptung lag auf der Hand, da der Unterkommissar Czapla sich in den letzten Monaten von Beuthen überhaupt nicht entfernt hatte. Zugleich wird auch von deutscher Seite verbreitet, daß eine Deputation der polnischen Bevölkerung aus Oberschlesien in Paris gewesen sei: das sei offenbar Landesverrat. Und schon sind die Behörden aller Art, namentlich diejenigen, welche die militärische Macht in der Hand haben: das Generalkommando, die Kommandos von Grenz- und Heimatschutz, ferner diejenigen, welche den Belagerungszustand verhängt haben, weiter aber auch die außerordentlichen Kriegsgerichte, Staatsanwaltschaften, und nicht zuletzt Verwaltungs- und Polizeibehörden dahinter, um alle diejenigen, welche sich an der Deputation irgendwie beteiligt haben, wegen Hochverrat in der üblichen Weise zu verfolgen: Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen von Schriftstücken sind nun an der Tagesordnung und die deutsche Tagespresse tut in ihrem Polenhaß das ihrige, um sie noch weiter auf dieser Schjagad zu ermutigen.

Keine strafwürdige Handlung.

Selbstverständlich lag in der Reise einiger polnischer Bürger zum persönlichen Vortrag über die politischen Verhältnisse in Oberschlesien eine strafbare Handlung nicht vor, viel weniger ein Hochverrat. Denn die polnischen Bürger, welche nach Paris gefahren sind, wollten von einer gewalttätigen Lösung Oberschlesiens von Deutschland ebensowenig wissen, wie die polnische Bevölkerung, vielmehr wollten sie nichts anderes, als nur auf die nationale Sachlage in Oberschlesien hinweisen und für die polnische Bevölkerung dasjenige verlangen, was ihr die deutsche Regierung durch Annahme des 13. Punktes des Wilson'schen Programms in feierlicher Form verkündet hat: Oberschlesiens Anschluß an Polen, weil es überwiegend polnisch ist. Gleichwohl lieferte die polnische Deputation nach Paris den obereschlesischen Machthabern einen Vorwand, um gegen die polnische Bevölkerung Gewaltakte zu verüben, denn diese lagen ja im vorgefaßten Plane Deutschlands. Es galt Beunruhigung und Schrecken unter die polnische Bevölkerung zu tragen.

Verbot der Kommunalwahlen in Oberschlesien.

Höring, der Demokrat als Verteidiger des Ausnahmegesetzes.

Am 24. Januar 1919 ergeht die Verordnung in Preußen, die das gleiche Wahlrecht allen preußischen Gemeindeangehörigen gibt und für ganz Preußen Kommunalwahlen ansetzt. Die Wahlen sollten im Februar bis spätestens 2. März durchgeführt werden. Aber diese Verordnung wird gleich nach ihrem Erlaß durch eine Nachtragsverordnung vom 31. Januar 1919 für das polnische Oberschlesien außer Kraft gesetzt. Warum? „Wahlen in national gemischten Gegenden könnten Anlaß zu Konflikten geben“. Und der Vorsitzende des Zentralrats in Kattowitz, der deutsche Sozialdemokrat Höring, erbietet sich zur Verteidigung dieses Ausnahmegesetzes für die polnischen Landesteile und erklärt, Oberschlesien sei Operationsgebiet, obwohl zwischen Deutschland und Polen von einem Kriegszustande nicht die Rede ist. „Die Kommunalwahlen“ sagt weiter der Demokrat von ecktem Schrot und Korn, „hätten, da das Volk in der kurzen Zeit nicht aufgeklärt werden könnte ein völlig falsches Machtbild (der nationalen Verhältnisse in Oberschlesien) gegeben. Wer eine solche Unwahrheit nicht will, wer nicht will, daß in einem Bruderkriege Blut und besonders viel Arbeiterblut fließt, der lerne die jetzige Zeit verstehen und billige den Aufschub der Gemeindewahlen“.

Warum wurden die Kommunalwahlen verboten?

In Wahrheit hat man also die Wahlen in Oberschlesien deshalb verboten, weil man in Preußen fürchtete, daß die Wahlen zugunsten der pol-

nischen Bevölkerung ausgefallen wären. Damit hat man preußischerseits selbst zugegeben, daß Oberschlesien unzweifelhaft polnisch ist. Die Deutschen haben sich der zillen Hoffnung hingegeben, daß eine emsige demoralisierende Agitationsarbeit unter der polnischen Bevölkerung auf der Basis der bestehenden Gewaltpolitik die Wahlen zum Vorteil der Deutschen ändern würde. Durch die Vertagung der Wahlen sollten also die Deutschen an Zeit gewinnen, um die Bevölkerung für diesen Akt der freien Betätigung der bürgerlichen Rechte mit preußischer Gründlichkeit, mit allen moralisch verwerflichen Mitteln zu bearbeiten. Aber das obereschlesische Volk war moralisch mehr, als die sozialistischen Gewaltpolitiker von ihm gehalten. Es ließ sich politisch nicht korrumpieren, was später die Kommunalwahlen im November so herrlich zeigen sollten.

**Das Unterkommissariat muß das bedrückte polnische Volk zur Geduld mahnen.
Was ist Widerstand gegen die Staatsgewalt?**

Unterdes vergeht kein Tag ohne Gewaltakte seitens der auf Oberschlesien losgelassenen Soldateska oder der Behörden. Das Unterkommissariat des Obersten Polnischen Volksrates in Beuthen fühlt sich infolge der erklärlichen Beunruhigung und Erbitterung des polnischen Volkes veranlaßt, Aufrufe an die erbitterte polnische Bevölkerung zu erlassen mit der Aufforderung, ja kaltes Blut zu bewahren und sich zu keinen Gewaltakten oder zum Widerstande hinreißen zu lassen. Man durfte ja nicht einmal die Gewaltakte der Soldateska mißbilligen, denn das galt in den Augen der preußischen Staatsanwälte und der obereschlesischen Machthaber als ein Verbrechen. So wurde in Lubliniz ein Mann, der in Worten seiner Entrüstung über die dreitägigen Plünderungen der polnischen Geschäfte durch die Soldaten Ausdruck gab, von der Staatsanwaltschaft wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ unter Anklage versetzt. Ja, das stimmt: denn in Oberschlesien sind systematische Gewalt und Staatsgewalt identische Begriffe geworden.

Allen polnischen Wünschen wird Genüge getan!

Die englische Note an Deutschland, welche Deutschland verbietet, die Polen innerhalb der preußischen Grenzen zu reizen, hat bloß das erreicht, daß Deutschland ebenfalls eine Note an England schickte, worin England beruhigt wird, daß die Provokationen von Seiten der Polen kämen und daß sonst allen polnischen Wünschen Genüge getan würde. „Der Gebrauch der polnischen Sprache wurde in weitestem Umfange zugelassen.“ Weder Schule noch irgendeine Behörde wußte etwas davon. Wie stand es nun in Wirklichkeit mit der Zulassung der polnischen Sprache?

Der polnische Sprachunterricht in den oberschlesischen Schulen. Schikanierung der polnischen Kinder.

Die Lehrer verleiden den Kindern den polnischen Unterricht.

Nach einer Verordnung vom 31. 12. 1918 sollte der Religionsunterricht für polnische Kinder in polnischer Sprache erteilt und daneben polnischer Schreib- und Leseunterricht für diejenigen Kinder eingeführt werden, deren Eltern dies ausdrücklich wünschten. Wie sollten aber die Eltern ihren Wunsch äußern, wenn sie davon gar nichts erfahren haben! Die ministerielle Verordnung wurde bloß im „Amtlichen Schulblatt“ veröffentlicht. Man hat die Ausführung der Verordnung der öffentlichen Kontrolle entziehen wollen oder wenigstens auf die lange Bank schieben. Die deutsche Presse, welche sonst jedes Ausnahmengesetz gegen die Polen laut und mit Behagen verkündet, schwieg sich über diese Verordnung aus, denn sie hätte ihrer deutschen Würde etwas vergeben, wenn sie ein so winziges Zugeständnis an die polnische Bevölkerung veröffentlicht hätte. Die Art der Veröffentlichung der Verordnung sollte die Lehrer wissen lassen, daß damit nicht Ernst genommen wird. Erst im Februar ist die Verordnung bekannt geworden. Und wie zu erwarten war, haben die Lehrer von vornherein die Kinder merken lassen, daß sie den polnischen Unterricht höchst widerwillig erteilen. Sie schikanierten die Kinder auf jede mögliche Weise: „Was, Du bist auch so ein Esel, dem eine (die deutsche) Sprache nicht genügt?!“ Das war noch der mildeste Empfang, falls sich ein polnisches Kind zum polnischen Unterricht meldete. Ja noch mehr! Den Widerwillen gegen das Polnische bekundeten die Lehrer auch dadurch, daß sie die polnischen Kinder selbst in der Schule Erklärungen schreiben ließen, welche die Kinder den Eltern zur Unterschrift vorlegen sollten und in denen es stand: „Ich wünsche es nicht, daß meinen Kindern polnischer Unterricht erteilt wird.“ Anstatt den Kindern Liebe für die Sache abzugewinnen, stellten sich die Lehrer auf den pädagogisch-verwerflichen Standpunkt, den Kindern alles Polnische verächtlich zu machen. Und man muß sagen, daß es von den polnischen Kindern sogar heroisch war, falls sie unter solchen Umständen überhaupt noch am polnischen Unterricht teilnahmen. Denn die Kinder, welche am polnischen Unterricht nicht teilnahmen, wurden von den Lehrern sichtlich vorgezogen, und um sich des Vorzugs weiter zu erfreuen und den Lehrern zu gefallen, fränkten diese Vorzugsschüler die andern. Auch wurde der polnische Unterricht in der Regel auf die Nachmittagsstunden verlegt, um mehr Abneigung für die Sache einzulösen. In den meisten Fällen haben auch die Lehrer den Kindern und deren Eltern vorerzählt, daß letztere für den polnischen Unterricht besonders zahlen müssen, was jedoch

nicht zutraß. Kurz und gut: alles wurde getan, um die Erteilung des polnischen Unterrichts zu hintertreiben. — Angesichts solcher Chikanen jagten sich viele polnische Eltern, die ja auch die Kinder an den Nachmittagsstunden zur Arbeit brauchten: In Kürze kommt Oberschlesien an Polen, da werden die Kinder ohne Chikanen am polnischen Unterrichte teilnehmen können.

Diese scheue, kleine Nachgiebigkeit in der polnischen Schulsprachfrage, die mit soviel Widerwillen, mit soviel Bitternissen den polnischen Kindern gereicht wurde, mußte die polnische Bevölkerung ebenfalls erbittern.

„Wohltat oder Plage.“

In dieser Hinsicht werden in Oberschlesien für die polnische Bevölkerung die Worte eines deutschen Dichters reinste Wahrheit: Wohltat wird zur Plage, wenn man überhaupt den Brocken des polnischen Sprachunterrichts von einigen Stunden Wohltat nennen dürfte in Anbetracht des Anrechts des polnischen Volkes auf eine vollkommene polnische Schule für die polnische Bevölkerung in Oberschlesien.

Bewußt oder unbewußt hat sich die Mehrzahl der katholischen Geistlichkeit in das System der deutsch-sozialistischen Vergewaltigungspolitik in Oberschlesien einspannen lassen und hat durch Verfälschung von „kirchlichen und vaterländischen“ Gesichtspunkten viele polnische Wähler zur Wahl getrieben und deshalb Wahlresultate herbeigeführt, welche die Deutschen zum Nachtheile der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens auszusprechen mußten.

Man hat das polnische Volk eine Handlung vornehmen lassen, die sich im Endresultat gegen dasselbe zurückwenden mußte. Die Moral versteht sich von selber. Das polnische Volk Oberschlesiens wurde aber in seiner Ueberzeugung gestärkt, daß der Bischof von Breslau lediglich ein deutscher Bischof ist, wofür er ja auch gelten wollte. („Ich bin ein deutscher Bischof!“). Deshalb muß seine Aufforderung der polnischen Bevölkerung zur Wahlpflicht auch als eine preußische Maßnahme gegen die polnischen Bestrebungen in Oberschlesien, auch als eine „Maßnahme“ gegen die polnische Bevölkerung gedeutet werden.

Pfarrer Banas im Zuchthaus.

Während die deutsche Bevölkerung, aufgebracht durch die deutsche Presse, die feindseligste Haltung gegen die polnischen Mitbewohner einnimmt, während die Oberschlesien heimsuchende Eskadaska durch Gewaltakte unter der polnischen Bevölkerung Schrecken verbreitet (Mord des Pfarradministrators Nuda, Raubüberfälle in Loslau, Plünderungen in Lublinik, Terror in Oppeln), werden zahlreiche Polen, welche für die von polnischer Seite

proklamierte Wahlenthaltung aufgetreten sind, verhaftet und unter Anklage wegen Hochverrat gestellt. Ja, der polnische Pfarrer Banas aus Lubowice bei Ratibor wird sogar als gemeiner Verbrecher ins Zuchthaus geworfen.

Die antipolnische Propaganda der „Freien Vereinigung“.

Widerwillig gehen die Lehrer an die Einführung des polnischen Unterrichts in den Volksschulen; meistens wird der Unterricht unter den wichtigsten Vorwänden überhaupt nicht aufgenommen. Umso eifriger treiben aber die Lehrer selbst in der Kinderschule polenfeindliche Propaganda, weil ja die meisten Lehrer zugleich Agenten der „Freien Vereinigung“ sind. Die meterhoch in den Schulen aufgestapelten Flugschriften, welche Polen verunglimpfen, müssen die Kinder ins Elternhaus mitnehmen, selbst zu Versammlungen der „Freien Vereinigung“ lassen die Lehrer die Eltern durch die Kinder auffordern.

Lügenpropaganda in Versammlungen.

Die Leibgarde der antipolnischen Wanderredner.

Warum geht das polnische Volk in die Versammlungen.

Ausbeutung der Armen gegen Polen.

Denn die „Freie Vereinigung“ hält Versammlungen über Versammlungen ab, in welchen die Agenten, auch Lehrer, in lügenhaften Reden laut des schon angeführten Mottos der „Seele“ des demoralisierenden Instituts der „Freien Vereinigung“, des Landrichters Ernst, Polen verächtlich gemacht wird. Alle Welt weiß, was die deutsche Lügenpropaganda während des Krieges von Abscheulichkeit selbst im Auslande geleistet hat. Daraus wird man ermessen können, was diese Lügenpropaganda erst in Oberschlesien geleistet haben muß, wo sie die deutsche Presse, die Gehässigkeit des deutschen Volkes, der Regierung und vor allem die Unterstützung durch die Soldateska hinter sich hat. Hat sich doch Oberschlesien in ein wahres Soldatenlager verwandelt. Diese Soldaten liefern die Leibgarde für die Wanderredner der „Freien Vereinigung“, mit welcher jedes polnische Dorf wiederholt beglückt wird. Mit geladenen Karabinern und Handgranaten will die Soldateska für die gedungene Verunglimpfung Polens Gehör und Ruhe verschaffen, denn die polnische Bevölkerung muß sich über das, was ihr in den Versammlungen geboten wird im höchsten Grade entrüsten. In Preußen wird in einer solchen Versammlung, welche trotz des Belagerungszustandes den Deutschen erlaubt wird, am 25. 2. 1919 ein polnischer Arbeiter von einem Soldaten erschossen: Nun könnte man einwenden: Warum ging das polnische Volk zu den Versammlungen hin? Teils wurde es mit Hinterlist heran-

gelockt („Herren von der Regierung werden heute sprechen“), teils wurde nur angegeben, daß eine „polnische Versammlung stattfinden werde, ohne anzugeben, daß es eine Versammlung zur Verunglimpfung Polens ist. In der Hauptsache gehen die polnischen Leute aus einem anderen Grunde hin. Die Agenten ließen nämlich am Ende der Versammlung durch die preußischen Ortsbehörden Resolutionen unterstempeln, daß die Gemeinde aus „freiem Willen“ bei Deutschland verbleiben wolle. Diese „Entschließungen“ wurden dann in die Welt geschickt, um den Anschein zu erwecken, daß die polnischen Gemeinden von einer Angliederung an Polen nichts wissen wollen. Um diese Fälschungen zu verhindern, ging meistens die polnische Bevölkerung hin. Auch mußten sie hingehen, um den über Polen dort verzapften Unwahrheiten entgegenzutreten. Aber wehe dem, der sich unterstand einen Protest gegen die Verleumdungen der Redner zu erheben, falls eine militärische Leibgarde da war! Polnische Redner, die gegen die Ziele der „Freien Vereinigung“ sprechen, werden auch behördlicherseits verfolgt. So wurde im Ratiborer Kreise ein Arbeiter wegen der Äußerung, daß Oberschlesien bestimmt an Polen komme, 2 Monate in Haft gehalten. Die Agenten hinwieder arbeiteten in der ruchlosesten Weise. In Ermangelung sittlicher Gesichtspunkte, die ja die Preußen nicht hatten und nicht haben konnten, scheuten sich die deutschen Agitatoren nicht, die Armen der Armen, die Witwen, die Invaliden in die größte Beunruhigung zu versetzen, indem sie weinerlich die Unwahrheit den Ärmsten angeben, daß sie in Polen aller Witwen-, Waisen-, Invalidenrenten und aller Vorteile der Versicherungen verlustig gehen würden! Dies kolportieren in den Eisenbahnzügen auch die Agenten, welche tagtäglich alle Strecken befehlsmäßig bereisen.

Flugblätter und Plakate gegen Polen.

Was erzählt man dem Bauer und was dem Arbeiter.

Alles wird getan, um die polnische Bevölkerung von ihrem Streben nach einer Vereinigung mit Polen abzubringen. Millionen von Flugblättern werden ausgeteilt, in welchem Polen als das ärmste, moralisch verkommenste Land der Welt hingestellt wird. Agenten der „Freien Vereinigung“ tragen sie ins Land: von Dorf zu Dorf, von Haus zu Haus. Sie tragen sie außerdem in jede Schule, jedes Pfarramt, jede Försterei, zu jedem staatlichen oder privaten Arbeitgeber, ja selbst die Post gibt sich dazu her, um in den Zeitungsstellen den polnischen Zeitungen Flugblätter der „Freien Vereinigung“ als Beilagen beizufügen. Jeder polnischen Familie wird die polenfeindliche, in polnischer Sprache geschriebene Zeitung „Dziwon“ kostenlos

geliefert. Flieger umkreisen tagtäglich Oberschlesien und lassen Millionen Schmähschriften auf Polen über Dorf und Flur regnen. Plakate in den schreiendsten Farben werden an jeder Ecke, an jedem Pfeiler, in Schaufenstern, Lokalen und Bahnhöfen ausgehängt: „Hütet euch vor dem polnischen Volk!“ „Sieh Dir die polnischen Auswanderer an!“ „So wird es auch Dir, Oberschlesier ergehen, falls Oberschlesien an Polen kommt!“ Und solche unverantwortliche Reden wurden in Schrift und Bild geführt in derselben Zeit, wo die deutschen Volkswirtschaftler sich den Kopf zerbrechen, wohin das besiegte und landbeschnittene Deutschland seine Millionen arbeitsloser Menschen ausführen soll: ob nach Brasilien oder nach dem Osten! Dem Bauer wird wieder eine sophistische Statistik vor die Augen geführt, daß der Boden in Polen billiger sei als hierorts. Er würde, falls er viel Hypotheken auf dem Grundstück habe, gänzlich ruiniert, denn im Falle der Angliederung Oberschlesiens an Polen werde der Preis der Grundstücke sinken und die Hypotheken würden mehr betragen als der Wert des Eigentums! — Hier wird den Arbeitern eine Tabelle in drastischen Farben vorgelegt, daß die Lebensmittelpreise in Polen höher seien als in Deutschland, dort wird aber wiederum den polnischen Bauern klargelegt, daß sie ihre Ackerfrüchte in Deutschland besser bezahlt bekommen als in Polen. Eines steht im Widerspruch zum Anderen, aber was kümmert das die wüste deutsche Agitationsleitung! Selbst die Logik muß der deutschen Raserei zum Opfer fallen.

Unterschriften für ein Verbleiben bei Deutschland.

Nach dem Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel, schreckt die „Freie Vereinigung“ mit ihren unzähligen Agenten selbst vor Betrug nicht zurück: Unter allen möglichen harmlosen Vorwänden entlockt sie der polnischen Bevölkerung Unterschriften, die sie später als Beweis dafür verwendet, daß die Oberschlesier bei Deutschland verbleiben wollen. Lehrer, Förster, Gendarmen und vor allem Staats- und Privatbeamte sowie Arbeitgeber haufieren mit Listen und sammeln solche Unterschriften. Der abhängige Arbeiter in den ländlichen Gegenden fürchtet, daß er die Arbeit verliert, und — unterschreibt. — Daß um seine letzte Ruh besorgte Bäuerlein fürchtet angedrohte Requisition und — unterschreibt. Muß er doch tagtäglich sehen, wie in den polnischen Dörfern Oberschlesiens das Vieh mit Hilfe der Soldaten gewaltjam dem Bauern entriffen wird.

Ausnahmegesetz gegen die polnische Presse.

Diesem Treiben der „Freien Vereinigung“ vermag die polnische Aufklärungsarbeit nicht wirksam entgegenzutreten; denn einerseits besteht

für den Industriebezirk der nur gegen die polnische Bevölkerung gerichtete Belagerungszustand, andererseits hat auch in den ländlichen Bezirken der Terror der Behörden und des Heimatschutzes jede Gegenagitation lahmgelegt. Die polnischen Zeitungen leiden an Papiermangel und werden durch ein neues Ausnahmegesetz an der freien Meinungsäußerung gehindert. Am 8. Februar erläßt nämlich der Volksrat in Breslau, der sich ohne Beteiligung des polnischen Volkes gebildet hat, eine Verfügung, wonach nicht nur alle vom Auslande kommenden polnischen Schriften und Artikel „hegerischen“ Inhalts konfisziert werden sollen, sondern auch Schriften „ähnlichen“ Inhalts, welche im Inlande erscheinen. Die Durchführung dieser Konfiszierung wird gesetzwidrig dem Militär übertragen. Damit wird in ganz Oberschlesien die Pressefreiheit der Polen in Oberschlesien aufgehoben. Indessen darf das Pressebüro der „Freien Vereinigung“ seine Lügennachrichten über Polen in ganz Oberschlesien verbreiten, während die polnische Presse in der Abwehr dieser Unwahrheiten geknebelt wird, weil jede Abwehr als „hegerisch“ vom Militärkommando aufgefaßt wird.

Hörsing, Staatskommissar für Oberschlesien.

Verhängung des Belagerungszustandes über die polnischen Kreise Oberschlesiens.

Als das polnische Volk durch die politischen und wirtschaftlichen Gewaltmaßnahmen (in Oberschlesien werden von 100 Stück Vieh 37, im deutschen Niederschlesien nur 8 Stück requiriert!) bereits im höchsten Grade beunruhigt und zum Äußersten getrieben wird, übernimmt die Gewalt über Oberschlesien der neuernannte Staatskommissar Hörsing, ein evangelischer Ostpreuße, ein deutscher Sozialdemokrat, ohne sozialdemokratischen Gewissen, dafür aber ein Mann mit ureigenst preußischen Gewaltinstinkten. Denn Freiheit und Gleichheit sind für ihn unbekannte Begriffe. Glauben an fittliche Mächte besitzt er nicht. Machtpolitik ist sein Element. Schon als Vorsitzender des Zentral- und Arbeiterrates in Ratowitz hat er genug Beweise von seiner preußischen Mentalität geliefert: er hat den Belagerungszustand im Industriebezirk, er hat das Verbot der Kommunalwahlen in Oberschlesien gutgeheißen. Schon vor der Ernennung zum Staatskommissar vertritt er den Standpunkt der Vergewaltigungspolitik und antwortet, als ihn der Vorsitzende der polnischen Kreisvolksräte in Anbetracht der Unterdrückung des polnischen Volkes in Oberschlesien auf die früher von der Sozialdemokratie gepriesenen und jetzt verleugneten Freiheits- und Gleichheitsideen hinweist, despotisch: „Wir regieren und damit basta!“ Als Verehrer der bloßen mechanischen Gewalt will er auch durch Fortsetzung und

sogar Verschärfung der bisher angewandten nackten Gewalt unter Verhöhnung von Freiheit und Gleichheit das polnische Volk Oberschlesiens mit eisernen Klammern und Zwangsmitteln preußisch halten, obwohl er bei der Uebernahme des Staatskommissariats parteiheilig, wohl in Reminiszenz an früher angelesene und innerlich nicht erfasste Parolen, versichert, daß den Bewegungen in Oberschlesien nur im geistigen Kampf entgegenzutreten sei, und daß er bemüht sein werde, keinem Volkssteile „ohne Grund wehe zu tun“. Aber der Grund, um wehe zu tun, ist für ihn leider da: Die Mehrheit des obereschlesischen Volkes ist polnisch und fühlt polnisch, es verlangt sein Recht nach Selbstbestimmung, es will sich elementar für den Anschluß an Polen äußern. Das ist für den „Demokraten“ Görzing Grundes genug, um gleich einige Tage nach seiner Gewaltübernahme (am 8. 3. 1919) über Oberschlesien — wohlgemerkt nur über die polnischen Kreise des Landes — den Belagerungszustand zu verhängen. Sein Hauptziel ist: die polnische Mehrheit mit allen Gewaltsmitteln des Belagerungszustandes — an Preußen zu ketten. Plangemäß ergänzt er die bisherigen preußischen Gewaltmaßnahmen gegen das polnische Volk, stabilisiert sie zum durchgedachten preußischen Gewaltsystem, welches in Oberschlesien Ausnahmezustände billigt, erhält und neu schafft, wie sie ein Protest des Vorstehenden der polnischen Kreisvolksräte und der polnisch-sozialistischen Partei einen Monat nach Görzings Amtsantritt — im April — kurz und eindrucksvoll folgendermaßen schildert:

„Die Männer der Revolutionsregierung, die doch früher am lautesten nach Gleichberechtigung und Freiheit riefen, haben heute, ungeachtet ihrer Vergangenheit, das obereschlesische polnische Volk in die Fessel ärgster Unterdrückung geschlagen. Was sie früher versucht haben, beten sie heute an! Unter Verhöhnung elementarster Begriffe von Recht und Freiheit, haben sie über Oberschlesien den Belagerungszustand verfügt, haben Kriegsgerichte und Militärdiktatur eingeführt, verweigern uns Polen das Recht der freien Meinung, in dem sie uns das Abhalten von Versammlungen verbieten, haben die Freiheit des Wortes und des Gedankens beseitigt, indem sie unsere Presse knebeln, — um Kritik und Kontrolle ihrer Handlungen unmöglich zu machen. Polnische Zeitungen werden verboten oder deren Erscheinen durch Schikanen in der Papierbelieferung unmöglich gemacht. Die Deutschen dürfen dagegen ohne jeglichen Unterschied der Partei provozierende Versammlungen abhalten, nicht selten sogar unter dem Schutze des Militärs, ihre Presse aber verbreitet unzählige Lügen und Verleumdungen über uns Polen und lehrt die Aufnahme von Richtigstellungen ab. Die Deutschen dürfen unser Land mit Hetschreien gegen Polen und kostenlos verandten halatistischen

Zeitungen überschwemmen. Gemeindevorstände, Lehrer, Gendarmen und Polizeibeamte hehen auf das Gemeinste gegen Polen und zwingen das Volk zum Unterschreiben von gemeinsamen Protesten gegen eine Loslösung Oberschlesiens und Treuebeteuerungen für Deutschland, während unsere Forderungen der Vereinigung Oberschlesiens mit unseren Brüdern in Galizien, im ehemaligen Kongreßpolen und Posener Land als Hochverrat von Kriegsgerichten verfolgt wird, zieht man unter dem Mantel des Belagerungszustandes in den polnischen Teilen Schlesiens gewaltige Truppenmassen aus dem ganzen Reich zusammen die unser Land aushungern. Die Truppen, oft trunken von Schnaps, den ihnen die Regierung zuweist, üben durch recht- und grundlose Requisitionen, die sie einzeln oder in kleineren Gruppen veranstalten, durch Raub und Diebstahl eine reine Willkürherrschaft aus. Sie verschmähen kein Mittel der Gewalt! Deutsche Soldaten haben heimlich den Kuratus in Ruda ermordet, dessen unschuldig vergossenes Blut noch heute um Sühne zum Himmel schreit. Deutsche Soldaten haben 3 Tage lang in Lublinik polnische Läden geplündert.

Die deutsche Bevölkerung erhält von der Regierung Waffen und bildet unter dem Kommando von Offizieren militärisch organisierte Freikorps. Das Bilden von polnischen Volkswehren dagegen erklärt die Oppelner Regierung und der deutsche Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat in Rattowitz in öffentlichen Bekanntmachungen als Landesverrat.

Schwerste Strafen werden für ein freieres, zur Verteidigung unserer Nationalität gesprochenes Wort verhängt. Ganz Oberschlesien verwandelt sich unter der Revolutionsregierung in ein einziges großes Gefängnis. Denn wenn es auch den ordentlichen Gerichten noch nicht gelungen ist, die Gefängnisse zu füllen, so besorgt den Rest das Militär und die Polizei durch ihre auch zur Nachtzeit ausgeführte Verhaftungen. Während der letzten Monate wurden über 160 (hundertsechzig!) Führer des polnischen Volkes verhaftet. Darunter befanden sich Geistliche und Landwirte, Arbeiter und Redakteure, Gewerbetreibende und Vertreter der Intelligenz. Hervorragende Polen sind stets von Spionen umgeben und die Führer stehen auf Proskriptionslisten, ihre, durch die Post beförderten Briefe werden geöffnet oder unterschlagen! Sie werden sogar von gewissenhaften Deutschen gewarnt und gebeten ins Ausland zu gehen, um dem Los von Diebflecht und des Kuratus Ruda zu entgehen!

Hier und da hat man vereinzelt in den Schulen den Unterricht der polnischen Sprache eingeführt. Aber die Lehrer selbst, die ihn erteilen sollen, beherrschen die polnische Sprache nicht genügend, sodaß die Kinder ihren Vorträgen nicht folgen können. Und diese Volkserzieher strafen die

polnischen Kinder genau so wie zu den Zeiten des kaiserlichen Satanismus, versuchen ihnen durch Prügel die Muttersprache zu verfehlen und drohen den Eltern, daß für den polnischen Unterricht besonders gezahlt werden müsse.

Aber der Golgathaweg des polnischen Volkes unter der heutigen deutschen Regierung ist noch nicht zu Ende. Die an sich doch schon so geringen Lebensmittelvorräte des Landes werden aus Oberschlesien herausgezogen, man demontiert Maschinen und schleppt sie zugleich mit dem Eisenbahn- und anderem wertvollen Material nach dem Innern Deutschlands. Leitende deutsche Stellen versuchen in Oberschlesien bezahlte Streiks hervorzurufen um dadurch die Bergwerke und Hütten zu zerstören! Dazu kommt noch, wie man allorts hören kann, daß deutscherseits für den Fall, daß die Friedenskonferenz Oberschlesien dem Polnischen Reiche zuspricht, Absicht besteht, Oberschlesien ähnlich wie Nordfrankreich zu zerstören, der polnischen Bevölkerung aber das Los des niedergemetzelten Armeniervolkes zu bereiten, wogegen wir ja machtlos wären, da wir machtlos sind, während die Deutschen von der Regierung bewaffnet werden und der Grenzschutz zügellos schalten und walten kann.

Gefesselt ist die polnische Bevölkerung und darf ihre Gedanken und Wünsche nicht aussprechen. Stadtverordneten-Versammlungen, Gemeindevertretungen und andere deutsche Körperschaften verschieben Proteste gegen die Wiedervereinigung Oberschlesiens mit Polen, das polnische Volk aber, das die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, kann infolge der gewissenlosen Uebergriffe der Regierungsstellen jene Fälschungen nicht richtig stellen, kann nicht einmal seine persönliche Freiheit verteidigen. Die Beamten, Gemeindevertretungen und deutschen Organisationen erpressen, sei es durch Geldgeschenke bis zu 300 Mark oder durch Drohung, von der polnischen Bevölkerung Unterschriften unter Erklärungen die die Belassung Oberschlesiens bei Preußen fordern. Polnische Vereine und Organisationen dagegen sind der ärgsten Willkür ausgesetzt. Nicht selten werden ganze Vorstände von polnischen Volksräten aus ihren durchaus gesetzlichen Sitzungen herausgeholt, von Soldaten des Heimat-schutzes in Arrest geschleppt und ihre Mitglieder auf dem Wege dahin mit Kolben traktiert. Und dies alles geschieht unter der heutigen deutschen Regierung, die doch ausdrücklich das freiheitliche Programm der Entente angenommen hat!

Weil unser Leib und Gut hier zu Lande dauernden Gefahren ausgesetzt bleibt, wenden wir uns an alle unsere Brüder in den anderen Teilen des großen polnischen Vaterlandes und an die ganze zivilisierte Welt mit feierlichen Protest gegen die deutsche barbarische Willkürherrschaft und

erklären, daß wir zum Schutze unserer gerechten Sache, zur Verteidigung unser aller von deutscher Gewalt und Brutalität all unsere Kräfte vereinigen werden und zu jedem Opfer bereit sind, denn es handelt sich heute um unser und unser Kinder Los.

Im Namen der fast 2 Millionen zählenden polnischen Bevölkerung Oberschlesiens richten wir an die ganze Welt unseren Ruf:

Wir wollen nicht länger unter deutscher Herrschaft schmachten, wir wollen vereint sein mit unseren Brüdern in gleicher Sprache, gleichem Blut und gleichem Geist! Wir wollen heraus aus der deutschen Knechtschaft und Herren im eigenen Hause sein! Wir wollen zum freien unabhängigen geeinten polnischen Vaterland gehören!

Im Namen sämtlicher polnischen Volksräte in den Gemeinden, Städten und Kreisen Oberschlesiens

Der Oberste Volksrat
Unterkommissariat für Schlesien
Czapia.

Die polnische sozialistische Partei
Błniszkiewicz.

Polnische Kundgebungen am 1. Mai.

Der im angeführten Protest auf dem polnischen Volke lastende Druck des Belagerungszustandes wird für den 1. Mai 1919 für einen Tag aufgehoben. Die polnische Bevölkerung veranstaltet in Kattowitz, Beuthen, Zabrze, Rybnik und Ratibor imposante nationale Kundgebungen, trotzdem der Aufruf zu denselben nur einmal in den polnischen Blättern veröffentlicht war. Ungeheure Menschenmengen sammeln sich an, organisieren Umzüge und fassen folgende Resolution:

„Wir verlangen die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, auch aller die Freiheit des Volkes knebelnde Mittel;

wir verlangen die Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen und Organisationen;

wir verlangen die Entfernung des Grenz- und Heimatschutzes und Ersetzung derselben durch die neu zu gründende Bürgerwehr;

wir stellen die nationale Forderung der Abtrennung von Preußen und Angliederung an unsere Stammesbrüder.“

Jede Rede in den Versammlungen wurde mit dem Ausruf beendet: „Es lebe unser Vaterland Polen!“ „Es lebe das polnische Oberschlesien!“ Alles ging in größter Ordnung und mit größter Würde vor sich, wenn man von den Störungen des Grenzschutzes absieht.

Deutsche Protestkundgebungen gegen die Abtrennung von Oberschlesien.

„1165 000 haben geschworen.“

Eine andere Unwahrheit.

Die Veröffentlichung der Friedensbedingungen vom 7. Mai 1919, welche das polnische Oberschlesien Polen zuerkennen, löst unter dem polnischen Volke eine würdige Freude aus. Die deutsche Regierung arrangiert „Stürme der Entrüstung und einmütige flammende Protestkundgebungen“ gegen die Zerstückelung Schlesiens, wie sich der Oberpräsident von Schlesien in einem Schreiben an alle Behörden Oberschlesiens ausdrückt. Der riesige Apparat aller Beamtschaft Oberschlesiens muß heraustreten. Schulen werden zu diesen Umzügen geführt. Soldaten mit Automobilen und Frauen werden mobil gemacht. Die Anteilnahme der Arbeiter ist sehr gering. Bei den deutschen Umzügen wird — im Gegensatz zu den polnischen — eine ungeheuerliche nationale Verheerung zur Schau getragen. Drohende Rufe gegen die polnische Bevölkerung werden ausgestoßen, unkulturelle gehässige Aufschriften werden von den Umzüglern hochgetragen, ja sogar Mißhandlungen von Polen finden statt. In Larnowitz hat man z. B. zwei polnische Männer derart mißhandelt, daß sie den Verletzungen erliegen sind. Als Resultat dieser künstlich von der Regierung inszenierten deutschen Kundgebungen telegraphiert der Vergewaltiger aller unbequemen Wahrheit, der Staatskommissar Göring, an den Ministerpräsidenten Scheidemann, daß von 2 200 000 Einwohnern Oberschlesiens 1 165 000 bei den Kundgebungen geschworen haben, „lieber sterben zu wollen, als polnische Knechtschaft und Unkultur zu ertragen.“ Nach dieser frivolen Rechenkunst mußten ja auch, wie ein Deutscher richtig bemerkt, selbst die Säuglinge den drohenden Schwur geleistet haben. Auch für jeden Außenstehenden tragen diese Phantastiezahlen den Stempel der Unwahrheit auf der Stirn. Der deutsche Wunsch hat sich diese Zahlen zurechtgemacht. Es muß doch trotz aller amtlichen Statistik nachgewiesen werden, daß Oberschlesiens polnische Mehrheit sich in eine kleine Minderheit verwandelt hat, daß Oberschlesien „urdeutsch“ sei. Selten ist ein unwahreß Spiel getrieben worden. Es war bewußt unwahr. Denn jeder Mensch wußte, daß die Zahl der Demonstrierenden, die Göring angab, falsch war. Göring hat aber mit der Unwahrheit überhaupt fleißig gearbeitet, um die wirklichen Verhältnisse in Oberschlesien zu fälschen. Von den vielen Täuschungen wollen wir eine ganz besonders ruchlose erwähnen. Görings Pressestelle hat wiederholt behauptet, daß fast die ganze Arbeiterschaft Oberschlesiens gegen den Anschluß an Polen sei, sogar die Polnische Berufsvereinigung!! Dabei ist es jedermann bekannt, daß die ungeheure Majorität der Arbeiterschaft nicht bei Preußen bleiben will. Die polnische Gewerkschaft,

die stärkste in Oberschlesien, ist bis auf den letzten Mann für Polen, ebenso die polnischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und die polnische Zentral-Verufsvereinigung.

Ein Zentrumsprotest.

Die Folgen der vielen Täuschungen: „Das Plebisit“.

So ist von Hörsing systematisch die Welt und insbesondere die Entente getäuscht worden, um das polnische Volk um seine Hoffnungen und seine Rechte zu bringen. Und das Zentrum hat ihn bei der Fälschung des polnischen Volkswillens unterstützt. Haben doch die Vertrauensmänner der Zentrumsparlei am 5. 6. 1919 in einer Versammlung zu Oppeln im Namen ihrer 220 000 Wähler, von denen wenigstens die Hälfte polnisch war, und deren Stimmen das Zentrum unter religiösem Vorwand erschlichen hat, gegen die Angliederung Oberschlesiens an Polen ebenfalls Protest erhoben. Auf Grund dieser Täuschungen hat dann die deutsche Regierung der Entente gegenüber behauptet, daß die Trennung Oberschlesiens von Deutschland „weder dem Wunsch noch den Interessen Oberschlesiens entspricht“. Die Entente entscheidet demnach Mitte Juni, daß Oberschlesien nicht unmittelbar an Polen abgetreten, sondern daß eine Volksabstimmung über die künftige Staatszugehörigkeit Oberschlesiens stattfinden soll.

Verbot der Verbreitung von Plakaten und Extrablättern.

Auflösung des Unterkommissariats in Neuthen.

Zeitungsverbote.

In der Zeit, wo die Verfälschung des Volkswillens mit allen erdenklichen Mitteln betrieben wurde, ruhte der Vergewaltigungsgeist Hörsings nicht. Durch spezielle Anordnung ergänzte er die allgemeinen Ausnahmegesetze des Belagerungszustandes, um den polnischen Willensäußerungen jedes Ventil zu schließen. Durch eine Bekanntmachung vom 30. April 1919 verbietet er die Verbreitung von Plakaten, Extrablättern — aber wiederum bloß den Polen. Denn die „Freie Vereinigung“ wird von den Einschränkungen garnicht betroffen. Hörsing hat sie von der Befolgung dieses Verbots in einem vertraulichen Schreiben vom 7. Mai entbunden. Am 14. Mai löst er das Unterkommissariat des Obersten Polnischen Volksrates in Neuthen auf, das die polnische Bewegung in Oberschlesien geleitet und in normalen Bahnen erhalten hat. Im Zusammenhange mit diesem Gewaltakt steht auch der gleichzeitige Beschluß der Militärbehörden, laut angefertigter Listen mit der Verhaftung der Führer des polnischen Volkes zu beginnen. Am 1. Juni

verbietet Görzing im Verein mit dem Kommandierenden General des VI. A.-K., alle Rundgebungen polnischer Volksvertretungen zu veröffentlichen, sei es durch Flugblätter oder in irgend einer anderen Form. Ohne Angabe eines Grundes werden die polnischen Zeitungen der Reihe nach am Erscheinen gehindert, bald bis auf Weiteres, d. h. für immer, bald für Monate oder wenigstens für 10 Tage. Die einfache Denkmalsart Görzings glaubt durch solche Gewaltmaßregeln die polnische Bewegung zu ersticken, obwohl er aus der preussischen Unterdrückungsgeschichte der eigenen Partei hätte lernen können, daß eine im Volksbewußtsein eingewurzelte Idee durch Gewalt nicht ertödtet werden kann.

Wegen polnischer Gesinnung werden Beamte gemäßregelt (Bahnvorsteher Wunschitz Gleiwitz), Arbeiter entlassen. Die deutsche Verhehung kennt keine Grenzen. Jeder polnische Laut, jedes polnische Symbol erregt die Wut des aufgepeitschten Polenhasses. Die zügellose Soldateska ist besonders damit geladen. Einige Beispiele mögen diese Verhehung beleuchten: Polnische Gesangsstunden werden vom Grenzschutz gestört oder verhindert. In Rosdzien fragt er mit Bajonetten ein polnisches Bild von der Wand herunter. Durch das Dorf Poppelau bei Rohnitz fährt eine Batterie. Ein 18-jähriger Bursche, der eine Nadel mit einem weißen Adler an seinem Rocktragen trägt, geht an ihr vorbei. Als dies die fahrende Batterie bemerkt, setzen die Kanoniere wie auf einen Befehl ab und machen eine tolle Jagd hinter dem Burschen durch die friedlichen Kornfelder. Dem Burschen gelingt es schließlich, ein Haus zu erreichen, wo er sich in einen Keller versteckt. Die wuterüllten Landknechte drohen im Dorfe mit Schießen, falls der Bursche nicht zur Stelle gebracht wird. Erst der herbeigeholte Beauftragte des Volksrates muß die verfolgende Batterie zur Besinnung bringen mit dem Hinweis, daß der Grenzschutz zur Revision ohne Anmeldung nicht berechtigt ist. Der Sergeant schrie den Beauftragten mit einem unsätligen Wort an und gab den Befehl zum Aufsitzen. Dieses Bild charakterisiert abscheulich das Maß des allgemeinen Polenhasses auf Seiten der Truppe. Noch ein Bildchen: Im Tostler Revier weiden an einem Sonntage zwei Mädchen Rühre und singen dabei ein polnisches Volkslied; des Weges kommen Soldaten. Wie sie das hören, zerstören sie das polnische Idyll, indem sie in ihrem Haß gegen alles Polnische eine Prügelracht auf die Nichtsahnenden niederlassen lassen. Solche und ähnliche Fälle würden sich in großer Anzahl anführen lassen, ja man könnte Beispiele anführen, wo die Soldaten lediglich wegen polnischen Sprechens zur Verhaftung geschritten sind. Die beiden vorher sind ein Ausdruck des brutalen Vergewaltigungsgeistes, welcher in Oberschlesien gegenüber dem polnischen Leben herrscht.

Massenverhaftungen.

Eine deutsche Warnung an die Regierung.

Mittlerweile beginnen im Mai und Juni gemäß Beschlusses der Militärbehörden die Massenverhaftungen der Polen und Hausdurchsuchungen nach Waffen. Hunderte von Polen werden ins Gefängnis geworfen. Tausende müssen sich in den Wäldern versteckt halten. Wieder Tausende müssen wegen politischer Verfolgung nach Polen flüchten, Familie, Hab und Gut im Stiche lassen. Dies tun die Flüchtlinge nicht aus Furcht vor Verhaftung, sondern vor Mißhandlungen, weil der arrelierende Heimatschutz sich den Verhafteten gegenüber alles erlauben durfte. Die Verhaftungen nehmen so überhand, daß selbst der abseits vom polnischen Leben stehende Führer der katholischen Gewerkschaften Musiol an die preußische Regierung eine ernste Warnung in folgendem Telegramm richtet:

„Die Maßnahmen gegen die Polen haben große Erregung unter der oberschlesischen Bevölkerung, besonders der Arbeiterschaft hervorgerufen. Sollen Streiks und Unruhen vermieden werden, dann sofortige Aufhebung der Ausnahmebestimmungen gegen die Polen, Unterlassung der geplanten Verhaftungen, Freilassung der inhaftierten Polen und verständliche Politik durchaus erforderlich. Polnische Berufsvereinigung hat in Oberschlesien 135 000 Mitglieder, daher große wirtschaftliche Schäden zu befürchten.“

Auf der Suche nach Waffen.

Diese Vorstellung verhallt. Der Grenzschutz wühlt weiter in den Behausungen der Polen nach Waffen und dies tut er umso eifriger, als er dabei plündern und stehlen kann. Er findet auch mehr an Lebensmitteln, Geld und Wertsachen als an Waffen vor. Der Wert der vom Grenzschutz gestohlenen Sachen beläuft sich auf Millionen. Das polnische Volk ballt sich in Erbitterung und Auflehnung gegen all' diese Gewaltakte innerlich auf, aber äußerlich beherrscht es sich noch.

Der Regierungspräsident treibt.

Die Zivilbehörden ahnen, daß das Treiben der Soldateska Unheil bringen wird und halten in der Unterstützung dieser Gewaltakte etwas an. Da kommt ein Geheimerlaß des Regierungspräsidenten von Oppeln, des dreisprachigen Herrn Witta, welcher sich — nach seiner Angabe — als Aufgabe gestellt hat, das oberschlesische Volk zu beruhigen. Jetzt hat er endlich dem

Hörſing abgequackt, wie er ſich räuspert und wie er ſpußt. Er treibt die Zivilbehörden an, die ſcheinbar mit dem Militär nicht mitmachen wollen.

Der Regierungspräſident.

J. Nr. B. 790.

Oppeln, den 14. Juni 1919.

Es ſind mir in letzter Zeit verſchiedentlich Klagen darüber zugegangen, daß die Polizeibehörden nicht energiſch genug gegen die polniſchen Umrtriebe vorgingen und die militäriſchen Stellen nicht in genügendem Maße unterſtützten.

Es bedarf wohl nicht beſonderer Erwähnung, daß in der jetzigen kritiſchen Zeit jede Zivilſtelle mit äußerſter Energie für die deutſche Sache einzutreten und die großpolniſchen Treibereien auf jede Weiſe möglichſt zu unterbinden und den militäriſchen Stellen, inſbeſondere auch den Militärpolizeiſtellen, jede mögliche Hilfe und Unterſtützung zu gewähren hat.

Ich erwarte die genaueſte Befolgung dieſer Verfügung und erſuche auch die unterſteſten Organe enſprechend mit Anweiſung zu verſehen.

J. A.: Engelhardt."

So fand ſich der Regierungspräſident würdig an der Seite des anderen oberſchleſiſchen Gewaltpolitikers.

Eine brutale Hausſuchung.

Wie die gewünschte Energie ausſehen ſoll, beweifen die typiſchen Fälle der Hausſuchungen. Nachts oder am frühen Morgen erſcheinen Soldaten in den polniſchen Wohnungen und fordern Herausgabe der Waffen. Zum Schreck werden von Offizieren und Soldaten die Gewehre geladen, Beſchimpfungen ausgeſtoßen. Andere wühlen in der Wohnung umher. Finden ſie etwas, ſo gibt es Ohrfeigen, Kolbenſchläge, Mißhandlungen aller Art, woran ſich auch die Offiziere beteiligen, und Verhaftungen, von Diebſtählen ganz zu ſchweigen. Die Soldaten gehen aber auch auf eigene Hand vor. Ein Beiſpiel von beſonderer Brutalität: Am 18. Juli 1919 kommt auf der Suche nach Waffen um vier Uhr morgens ein Trupp Reichswehrgoldaten in die Wohnung des Landwirtes Gluch in Klein-Paniow bei Zabrze und beginnt zu plündern. Als die Frau ihnen das verbieten will, kommen zwei Soldaten und geben ihr Fußtritte und Stöße. Der Ehemann, der ſeine Frau ſchützen will, wird von den Soldaten ergriffen und in einiger Entfernung vom Hauſe an den Wagen geſtellt mit der Warnung, daß er ſofort erſchoſſen wird, wenn er ſich rührt. Die Frau wird unterdeſſen ſchrecklich mißhandelt, mit Kolben und Knüppeln geſchlagen, bis ſie ohnmächtig auf der Erde liegen bleibt. Nachher wird ſie von einigen Soldaten

mit dem Kopfe auf der Erde, bis zu dem Wagen geschleift, bei dem der Ehemann steht. Als sie längere Zeit hindurch ohne Besinnung bleibt, wird sie mit einer Kanne Wasser begossen und dann auf den Wagen geworfen. Nach einer Stunde wird die Frau, welche wieder die Besinnung erlangt hat vom Wagen gezogen und aufgefodert, nach Hause zu gehen, was sie jedoch nicht vermag. Sie muß erst von zwei Soldaten ins Haus gebracht werden. Der Ehemann und drei Töchter haben alle diese Mißhandlungen ansehen müssen, ohne etwas helfen zu können. Zu guter Letzt demolieren die Soldaten das Haus, zerschlagen Scheiben, zerreißen verschiedene Kleidungsstücke und ziehen ab. Mag dieser Fall auch kraß sein, vereinzelt steht er nicht da.

Durch Druck will das Militär einen Aufstand herausfordern.

Das Volk soll bis zum Äußersten gebracht werden. Das ist die Absicht der Regierung, des Militärs. Dafür zeugt die unerträgliche Unterdrückung. Es gibt aber auch schriftliche Beweise dafür, daß man das Volk durch systematischen Druck zur Auflehnung treiben wollte, um die Gewaltpolitik vor der Welt rechtfertigen zu können. Das Dokument lautet:

„Stab der 117. Inf.-Div., Gleiwitz.

Geheim!

J. Nr. 1489/19.

Gleiwitz, den 24. April 1919.

An das Generalkommando des VI. A.-K.

Breslau.

Die Polen verhalten sich ruhig, jedoch sind Anzeichen vorhanden, daß dieselben in Kürze wohl auch etwas unternehmen werden. Sie betreiben jedoch ihr Werk vorsichtig und geheim, daß ein offenes Einschreiten unsererseits nicht gut möglich ist. Es gilt also, die Polen soweit zu bringen, daß ihrerseits eine vorzeitige Erhebung stattfindet, und werden unsere Maßnahmen vollauf genügen, um der Bewegung Herr zu werden. Unsererseits wird nichts unversucht gelassen, um es soweit zu bringen.

A. B. Gall,

Hauptmann und 1. Stabsoffizier.“

Ähnlich lautet ein Schreiben des Generalkommandos des VI. A.-K. vom 12. 4. 1919. an das Kriegsministerium in Berlin.

**Erregung über die übermäßigen Viehrequisitionen.
Entrüstung über die Ablehnung des Lebensmittelangebots
von polnischer Seite.**

Nur deswegen geht die aufgehetzte Soldateska von Dorf zu Dorf, wühlt in den Wohnungen, wobei Beschimpfungen, Peitschenhiebe und Kolbenschläge an der Tagesordnung sind. Hierzu gesellen sich in den ländlichen Bezirken mit Hilfe dieser rücksichtslosen Soldateska die übermäßigen Viehrequisitionen, welche, wie bereits erwähnt, in Oberschlesien viermal größer sind, als z. B. im deutschen Niederschlesien. Die polnischen Bauern wissen dies und verweigern die weitere Viehabgabe, welche lediglich als politische Repressalie betrieben wird unter Schonung der deutschen schlesischen Landesteile. Die Behörden greifen zu Gewaltmaßnahmen, woraus zahlreiche Prozesse wegen Aufruhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt entstehen. So wird die polnische Bevölkerung dauernd in Erregung gehalten und diese geht in einen Entrüstungsturm über, als die deutschen Behörden aus politischen Gründen ein polnisches Lebensmittelangebot, welches die große Lebensmittelnot in Oberschlesien gelindert hätte, schlangenswerge ablehnten.

**Die Arbeiter weigern sich, mit Grenzschutzfreiwilligen zu arbeiten.
Entlassung von Arbeitern.**

Inzwischen werden am 1. August die freiwilligen Truppenverbände aufgelöst oder in die Reichswehr umgewandelt. Die Arbeiter weigern sich, mit den zurückkehrenden Freiwilligen zusammen zu arbeiten, die sich als Unterdrückungswerkzeug gegen die polnische Bevölkerung hergegeben haben. Staatskommissar Hörning ordnet an, daß alle diejenigen, welche sich gegen die Wiedereinstellung der Grenzschutzfreiwilligen auflehnen oder sie verächtlich machen, schwer bestraft oder aus der Arbeit entlassen werden, was auch geschieht. Hierzu kommt noch die Einstellung der verschiedenen Gruben- und Hüttenbetriebe, — angeblich wegen Unrentabilität. Die Zahl der Arbeitslosen wird immer größer. Die an und für sich schon gespannte Lage wird noch weiter verschärft.

Streikausbruch.

Der allgewaltige Staatskommissar Hörning hätte hier eingreifen und die Arbeitgeber zwingen müssen, die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, wie er ja auch schon vorher die Arbeiter gezwungen hat, mit den Grenzschutzfreiwilligen zu arbeiten. Das tut er aber nicht. Am 11. August bricht auf der Mehrzahl der Gruben der Streik aus. In ihren Forderungen legen die

Arbeiter gegen die Einstellung der ehemaligen Grenzsoldaten Protest ein und verlangen sofortige Annahme zur Arbeit aller entlassenen Arbeiter, Inbetriebsetzung aller geschlossenen Werke und Binderung des Belagerungszustandes, damit in wirtschaftlichen Angelegenheiten ungehindert Versammlungen stattfinden können.

Das Maß der Erbitterung wird voll.

Die Arbeitgeber wollen sich überhaupt nicht entschließen, diese Forderungen einer Prüfung zu unterziehen. Das erregt noch weiter die bereits erbitterten Arbeiter. Am 15. August stehen alle Betriebe still. Die Spannung staut sich in Oberschlesien zur Katastrophe auf.

Und nun kommen gar noch Provokationen seitens des Militärs.

Militärische Provokation.

Am 15. August findet auf der Mysłowitzgrube eine Lohnauszahlung statt. Die Grube ist militärisch besetzt. Zur Löhnung sollen die Bergleute zu je 30 Mann den Grubenhof betreten. Die andere Menge der Arbeiter wartet ruhig vor dem Tor. Ein Teil der Arbeiter aber, denen offensichtlich von der Gruppeneinteilung nichts bekannt war, geht durch eine Seitentür auf den Grubenhof. In diesem Augenblick fällt ein Schuß. Ohne Warnung, ohne die geringste Notwendigkeit gibt nun die Reichswehr auf die eintretenden Bergleute Feuer: sechs Bergleute werden niedergestreckt, etliche verwundet.

Zugleich ereignet sich in Halemba ein besonderer Fall von Provokation seitens der Reichswehr. Ein Soldat derselben in Zivil bietet zwei polnischen Arbeitern Waffen zum Kauf an. Diese nehmen das Angebot an. Nachts sollen sie vor einem vereinbarten Hause die Waffen empfangen. Der Verkäufer fährt tatsächlich in der Nacht im Automobil vor. Als die Käufer an dasselbe herantreten, springen aus einem Versteck Soldaten hervor und strecken beide mit Schüssen nieder. — Die Aufregung über die Provokation ist ungeheuer. Die Kunde davon verbreitet sich auch mit Blitzesschnelle über den südöstlichen Teil von Schlesien.

Ausbruch des polnischen Aufstandes.

Das war die Losung zum Aufstand. Er bricht in der Nacht vom 16. zum 17. August in Teilen der Kreise Pleß und Rybnik aus. Die Nachricht davon bringt weiter und in den nächsten Tagen stehen auch Teile der Kreise Ratowiz, Beuthen und Tarnowitz im Aufruhr gegen die verhasste Tyrannepolitik in Oberschlesien.

V. Teil.

Die Unterdrückung des Aufstandes.

Untaten der Reichswehr.

Die Aufständischen gehen über die polnische Grenze.

Die preußischen Militärbehörden waren für den erwarteten und provozierten Aufstand glänzend vorbereitet und entbanden in die vom Aufstande ergriffenen Ortschaften starke, mit allen Mitteln der modernen Kriegstechnik ausgerüsteten Streitkräfte. Gegen Panzerzüge, Panzerautos, Minenwerfer und Kanonen konnten sich die Aufständischen trotz besten Geistes nicht behaupten. Fehlte es ihnen doch an den einfachsten Feuerwaffen und noch mehr an Munition, von Führern ganz zu schweigen. Im ungleichen Kampfe überwältigt, gingen die Insurgenten, soweit sie am Aufstand teigegenommen hatten, über die nahe Grenze nach Polen. Und so konnte schon nach Ablauf von fünf Tagen der deutsche Heeresbericht melden, daß „in Oberschlesien die Ruhe wieder hergestellt ist“.

Höring führt geschlos die Todesstrafe ein.

Nach dem bisherigen willkürlichen Gebahren der Machthaber und der Soldateska war eine korrekte Wiederherstellung der Ruhe in Oberschlesien nicht zu erwarten. Gleich nach Ausbruch der Erhebung führte der Staatskommissar Höring im Verein mit dem Kommandierenden General v. Friedeburg den verschärften Belagerungszustand über die polnischen Kreise Oberschlesiens ein und ordnete an, daß jeder, der unbefugt Waffen trage, ohne Gerichtsverfahren zu erschossen sei. Diese Anordnung stellte einen Mißbrauch der Machtbefugnisse dar, denn die Anordnung der Todesstrafe für unberechtigtes Waffentragen war weder nach dem Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 noch nach der Verfassung vom 11. August 1919 zulässig. Was kümmerte aber die Verehrer der nackten Gewalt das kodifizierte Recht!

Der gewöhnliche Soldat als Herr über Leben und Tod.

Die Folge dieser Anordnung war, daß jeder gewöhnliche Soldat, auch wenn er unmündig war und über eine Hypothek von 50 Mark nicht ohne seinen Vormund verfügen durfte, gemäß obengenannter Verordnung über Tod und Leben der Insurgenten verfügen durfte. Reichlich war die Zahl der sogenannten standrechtlichen Erschießungen von Insurgenten, die alle widerrechtlich erfolgten. Ja man ging in der Unmenschlichkeit soweit, daß man selbst verwundete Aufständische, die ganz wehrlos waren, in bestialischer Weise ermordete.

Selbst Moske findet die gesetzwidrige Anordnung Görzings zu weitgehend.

Zu der widerrechtlichen Anordnung Görzings und v. Friedeburgs erschienen am 20. August 1919 folgende Ausführungsbestimmungen. „Wer im Kampfe mit der Waffe in der Hand betroffen wird, wird an . . . und Stelle erschossen. Das Militär befindet sich im Kampf, wenn es b. der Ausführung seiner Aufgaben auf Widerstand stößt. Es ist weder ein Gericht noch eine Kommission nötig, um über die Erschießung zu beraten. Sobald man Gefangene gemacht und einem höheren Kommando zugeführt hat, sollen sie nicht erschossen, sondern mit dem Belastungsmaterial dem zuständigen außerordentlichen Kriegsgericht übergeben werden.“ Trotz dieser Ausführungsbestimmung verfuhr die rasende Soldateska noch weiter nach den von Görzing verkündeten Anordnungen und schoß die gefangenen Insurgenten ohne jedes Gerichtsurteil nieder oder marterte sie auf andere Weise zu Tode.

Bei der Soldateska werden die grausamsten Instinkte geweckt.

Verbrecherische deutsche Journalistik.

Wie die Reichswehr in Oberschlesien haust.

Die Gesetzlosigkeit der Machthaber in Oberschlesien entfiel bei der jowieso schon zügellosen Soldateska die grausamsten Instinkte, denen freier Lauf gelassen wurde. Und diese Grausamkeit wurde noch durch die deutsche „verbrecherische Journalistik“, wie sie selbst der deutsche „Oberschlesische Kurier“ nennen mußte, durch erfundene Schauer geschichten von angeblichen polnischen Greueltaten genährt und geschürt. Deutscherseits schrieb man, daß die polnische Bevölkerung den preußischen Soldaten die Bäuche aufschnitt, die Kehlen durchschneide, Ohren und Nasen abschneide, ja daß sie sogar Soldaten lebendig kreuzige und die lebendig Gekreuzigten noch verstümmelte und dazu noch verhöhne. Derlei unglaubliche Schrecklichkeiten wurden von der

deutschen Presse in die Welt gesetzt nach dem Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel. Diese ruchlosen Nachrichten waren lediglich darum in die Welt gesetzt, um die Wut der Soldateska noch mehr zu steigern und die Untaten derselben zu decken. Denn fürchterlich und grausam hauste in Oberschlesien die Reichswehr. Dies könnte man mit unzähligen Beispielen von Untaten beweisen. Von vielen Fällen möge einer das allgemein Gesagte näher beleuchten:

**Der grausame Mord in Ruda.
Beschimpfung, Mißhandlung.
„Bist Du noch polnisch!“
Menschen oder Schafale.**

Am 21. 8. 1919 früh um 5 Uhr, bereits nach Aufhebung des „Standrechts“ kommen Reichswehrsoldaten in die Wohnung des polnischen Lehrers Wenzel Janas in Ruda, wo sein Ausstand war, und fordern ihn auf mitzukommen. Sie führen ihn etwa 30 Meter abseits vom Hause und übergeben ihn dort den wartenden 16 Reichswehrsoldaten. Diese schlagen sofort mit Knuten und Kolben auf ihn ein unter den gemeinsten Schimpfsworten. Janas blutet stark. Plötzlich fällt ein Schuß, den ein Soldat abfeuert, die Kugel geht dem Lehrer Janas durch den rechten Unterarm, ein tierisches Gebrüll erhebt nun die Soldateska und behauptet perfide, Janas habe geschossen: „So, Du polnischer Schweinhund, jetzt hast Du sogar geschossen. Wir werden Dir zeigen, was es heißt die Deutschen anzugreifen.“ „Kameraden,“ entgegnete in ruhigem Tone Janas, „wenn ich was getan habe, so verhaftet mich doch, aber ich weiß genau, daß ich kein Gesetz übertreten habe. Womit sollte ich schließen, wenn ich keine Waffe habe?“ Aber darauf hören die Soldaten nicht. Sie führen ihn unter dauernden Mißhandlungen durch Peitschenhiebe in die Wohnung zurück zwecks Vornahme einer Revision. Sie finden keine Waffen, aber einen anderen corpus delicti: drei kleine papierne polnische Fahnen. Die Mißhandlung geht weiter. Die Schwester des Mißhandelten fleht die Soldaten an, ihren Bruder nicht zu schlagen. Sie wird dafür in der gemeinsten, unflätigsten Weise beschimpft. Janas wird nun aus der Wohnung nach dem Hofraum buchstäblich herausgehakt. Blutüberströmt liegt er zu Füßen seiner brutalen Genossen. Rufe wie: „Polnisches Schwein, Hund“ und dergl. hören überhaupt nicht auf. Man macht den Daliegenden direkt zum Fußball und hakt ihn vom Hügel ungefähr 60 Meter herunter. Schließlich rafft Janas seine ganzen Kräfte zusammen und flieht ungefähr 300 Meter. Ein regelrechtes Feuer wird hinter ihm eröffnet. Er sucht Schutz in der Wohnung eines edlen deutschen Mitbürgers, wird aber

durch eine Weibsperson verraten. Unter wildem Gebrüll zerren die Soldaten den Halbtoten aus der Stube heraus; ein Soldat sticht ihm das rechte Auge aus, ein anderer schlägt ihm mit dem Absatz die Zähne im Unterkiefer aus. Ein Soldat fragt ihn höhnisch: „Nun Du polnisches Schwein, bist Du noch polnisch?“ Antwort: „Polnisch bis zum Tode!“ Alsdann wird er an einen Baum gestellt, bricht aber zusammen. Und auf den zusammengebrochenen Mann sausen 15 Kugeln herunter. Den toten Leichnam schleppen die unmenschlichen Soldaten auf einen Aschehaufen und lassen ihn dort liegen. Man saß sich an den Kopf und ruft: Sind das noch Menschen, diese Reichswehrsoldaten oder Schakale? Sein Körper war eine einzige Wunde, sämtliche Knochen waren zer schlagen. Diesen harmlosen, unschuldigen wackeren Mann haben 16 Soldaten 2¼ — genau zweiundeineviertel Stunde mißhandelt, geschlagen und schließlich feige ohne Gerichtsurteil ermordet. So hat die wilde Soldateska die Anordnung Görzings verstanden und grausam ausgeführt. Vergessen wir nicht, daß in Ruda kein Aufstand gewesen ist. Dort ist überhaupt gar kein Schuß gefallen. Janas hatte keine Waffen.

Ähnliche Greuelthaten könnte man beliebig aus dem 14 Bände umfassenden Beweismaterial, das an Eidesstatt gegeben wurde, anführen.

Verbot der unmenschlichen Behandlung der Opfer.

Die Grausamkeiten der Soldateska gingen soweit, daß sich der Oberst Gené veranlaßt gesehen hat am 21. 8. 1919 einen Befehl zu erlassen, worin die unmenschliche Behandlung der Opfer des Aufstandes verboten werden. Aber die losgelassene Soldateska war nicht zu zügeln.

Wahllose Rache an der polnischen Bevölkerung.

Unter den wichtigsten Vorwänden wurden Leute mißhandelt und flüßtert. Es wurde grausame Rache geübt am Volke selbst, ohne Wahl, ohne Rücksicht auf Schuld oder Unschuld, auf Alter und Geschlecht, auf Gesunde oder Kranke.

Beispiele bestialischer Ermordung.

Der Bergmann Maronn aus Gieschewald wird am 21. 8. 1919 um 4 Uhr früh aus dem Bette herausgerissen, mit den Worten: „Du Schwein wirst nicht mehr lange leben!“ Man bringt ihn ins Arrestlokal, wo er mit Dolchziemern, Kolben und Säbeln bearbeitet wird. Er wird so geschlagen, daß ein Kolben bricht. Der Mißhandelte wird aufgefordert, auf einen Wagen zu steigen; es fehlen ihm die Kräfte dazu; er wird wiederum geschlagen.

Darauf wird er auf einen Wagen geworfen, ein Wagensitz wird auf ihn gelegt. Der Wagen fährt in Begleitung von 11 Soldaten in der Richtung nach Tichau. Unterwegs wird er weiter mißhandelt. Am nächsten Tage finden Leute aus Emanuelslegen im Walde eine unkenntlich zugerichtete Leiche. Die Leichensart ergibt, daß es der genannte Maronn ist. Der Hals der Leiche war durchgeschossen. Warum?

Wofür erschossen?

Ein weiteres Beispiel: Am 19. 8. 1919 führen 4 Soldaten durch Emanuelslegen 3 Personen durchs Dorf. Der Schmied Jan Kolodziej, Vater von 10 Kindern, welcher an einer Wasserleitungsreparatur arbeitet, tritt an die Soldaten heran und erklärt, daß die Verhafteten unschuldig seien. Sofort greifen ihn die Soldaten an, mißhandeln ihn mit Gewehrkolben und Bajonetten, wobei ihm ein Arm gebrochen wird. Nicht genug an dem. Sie nehmen ihn mit und schießen ihn unterwegs in einem Walde mit 4 Kugeln nieder, sodaß ihm die Eingeweide hervorquellen.

Der Sohn muß für den Vater büßen.

Am 22. 8. 1919 nachmittags um 7 Uhr kommen auf das Gehöft des Bauern Parjch in Loskau 4 Soldaten und setzen der Frau Parjch, die seit drei Wochen Wöchnerin ist und tags zuvor ihr Kind begraben hat, den Revolver an die Brust (und ebenso einer 12jährigen Tochter) und wollen eine Angabe über den Aufenthalt ihres Ehemannes erpressen. Der 17jährige Sohn kommt mit Pferden vom Felde, sofort haut ihm ein Soldat zwei Ohrfeigen herunter. Der Junge sinkt hin, erhebt sich knieend und bittet in dieser Stellung flehend und mit gefalteten Händen um sein Leben. Aber im selben Moment kracht ein Schuß und der Junge fiel tot in den Graben. Das Geschoß drang unterhalb des rechten Auges ein und trat links im Hintertopf heraus. Wofür?

Tod für eine falsche Denunziation.

Am 20. 8. 1919 wird der 17jährige Johann Rischka nachmittags um 1 Uhr aus der Wohnung von Militär geholt. Er wird nach Tichau geführt, wo er fürchterlich mißhandelt wird, was der Pfarrer von Tichau bezeugen kann. Um 5 Uhr wird er erschossen. Warum? Er soll zwei gefallene deutsche Soldaten verstümmelt haben. Eine deutsche Kommission stellt später jedoch fest, daß die im Kampfe gefallenen deutschen Soldaten keine Spuren von Mißhandlungen aufweisen. Der Knabe ist auf eine falsche Denunziation hin gräßlich mißhandelt und erschossen worden.

Und so könnte man die Wilber bestialischer Morde vermehren. Aber nur zwei sollen noch angeführt werden.

Eine ganze Familie wird vernichtet.

Eine alte Witwe, die Frau Statowoy aus Zawobzie bei Rattowitz, hat 2 Söhne, 17 und 23 Jahre alt. Sie verbringen am 21. 8. 1919 den ganzen Abend bei einem Bekannten in demselben Hause und kommen um 1/2 10 Uhr nach Hause. Der ältere will noch Abendbrot essen und zündet eine Karbidlampe an. Schon kommt die Reichswehr und legt den Brüdern zur Last, daß sie nach Polen Lichtzeichen geben wollten. Beide werden festgenommen, blutig geschlagen. Die Mutter geht jammern nach. Als die Soldaten der schnaubenden Wut genug getan haben, schießen sie beide nieder. Die unglückliche Mutter kommt nach Hause und erzählt dem Wirt das Geschehene. Sie wird deshalb verhaftet und so mißhandelt, daß sie an den Mißhandlungen im Gefängnis stirbt. Bei Besichtigung der toten Brüder hat man festgestellt, daß dem älteren das Auge ausgeschlagen und die Ohren abgeschnitten waren. Er hatte ein großes Loch im Kopfe und dreizehn Schußwunden. Der jüngere war zerschlagen, die Eingeweide waren bloßgelegt.

Wahllose Ermordung von Unschuldigen.

In Klein-Chelm, Kreis Pleß, kam am 22. 8. 1919 der Grenzschuß an. Die Aufständischen hatten sich schnellstens zurückgezogen. Am Rande des Dorfes steht ein Familienhaus; in welchem 8 Familien wohnen. Der Grenzschutz eröffnet Feuer auf das Haus, die Leute verstecken sich, wo ein jeder kann. Beim Durchsuchen des Hauses wird der Berginvalid Jan Lurek, dessen rechter Arm gelähmt ist, mit zwei Kindern in seiner Wohnung unterm Bett versteckt angetroffen und hervorgezogen. Es wird ihm einge-redet, daß er geschossen hat, was nicht zutreffen konnte, weil im ganzen Hause keine Waffe vorgefunden worden ist. Trotzdem wird der Invalide die 13stufige Treppe hinuntergeworfen: im Hofe wird er wie ein Hund erschossen. Die anderen Bewohner mit ihren Kindern, im ganzen 32 Personen, werden im Hof aufgestellt und sollen erschossen werden. Da tritt der deutsche Grenzaufseher Engler mit seiner Frau aus einem Versteck und ruft: „Kameraden was macht ihr da! Die Leute hier sind vollständig unschuldig, und auch die drei habt ihr unschuldig erschossen“. — Man hat also wahllos unschuldige Leute ermordet.

Ueber die vielen verübten Greuelstaten der Reichswehr müßte ein ganz besonderes Buch geschrieben werden.

Verfolgung von bekannten Polen.

Marterstationen.

Marterwerkzeuge.

Arten der Mißhandlungen.

Torturen.

Ein höhnischer Ausspruch über das polnische Volk Oberschlesiens.

Es werden alle bekannten Polen, die von ihrer Nationalität keinen Gehl gemacht haben und nur irgendwie, sei es aufgrund von Angaben der Polizei oder auf eine falsche Denunziation hin, in Verbindung mit dem Aufstande gebracht werden konnten, verhaftet, unter Schlägen und Beschimpfungen nach Militärquartieren und Polizeigebäuden eskortiert und hier unter den unsäglichsten Torturen zum Geständnis ihrer Schuld oder auch zur Abgabe anderer begehrenswerter Erklärungen gezwungen. Bekannt als Marterstationen sind die Polizeigebäude in Rattowitz, Gleiwitz, die Kaserne in Beuthen und die Brauerei in Tichau. Die Polizisten und Reichswehresoldaten hatten ihre besonderen Systeme: Sie bildeten Spalier, ließen die Verhafteten vorbeigehen, wobei sie ihre Opfer mit allerlei Henkerinstrumenten: Kolben, Gummischläuchen, Handgranaten Baunlatten, Eisenröhren, lederbeschlagenen Eisenketten, Geißeln mit Eisenkugeln, Seitengewehren bearbeiteten. Ein beliebtes Marterwerkzeug war auch das elektrische Kabel. Damit erhielt, um nur ein Beispiel zu nennen, der Apotheker Oniatczynski 225 Schläge auf den Rücken. Die Radzionkaugrube lieferte dem Militär diese 1 Meter langen Kabel zur Rüchtigung der Verhafteten. Viele von den Mißhandelten starben an den Folgen dieser Martern, viele blieben lange Zeit arbeitsunfähig und krank. Die mißhandelten Opfer mußten ihr eigenes Blut von der Erde lecken. Vielfach mußten sie sich mit dem Gesicht zur Erde legen, die Hände wurden auf dem Rücken gebunden und dann wurden sie malträtirt. So wälzten sie sich unter den unbarmherzigen Schlägen der Schergen. Sie wurden auch in Reihen aufgestellt und von beiden Seiten geschlagen. Kolbenbrüche waren nichts Seltenes. Auf Tischen und Bänken wurden sie ausgestreckt und bis zur Ohnmacht geprügelt: Ziel jemand in Krämpfe so hieß es: „Der Mordskerl marliert ja bloß Krämpfe“ und der vom Krampf Befallene wurde erst recht geprügelt. Man band die Leute an Pfähle und bedachte sie mit Prügelstrachten. Dabei höhnten noch die Henkersknechte, wenn jemand blutete mit den Worten: „Ihr schwitzt ja so!“ Mit lachender roher Henkersfreude empfingen die Soldaten und Polizisten jeden neu ankommenden Transport von Gefangenen, die zu Hunderten aus den Dörfern herangeführt wurden. Bähne wurden herausgeschlagen, Arme

gebrochen. Ohnmächtige wurden mit kaltem Wasser zum Bewußtsein gebracht und dann weiter gemartert, damit sie ja die Martern im Bewußtsein behielten. Auch verteilte man die Prügel in Portionen, alle zwei Stunden, und so ging es die ganze Nacht hindurch. Sehr blutig geschlagene Gefangene mußten sich vor dem Verhör erst waschen. Beim Anblick eines blutenden Gefangenen-Transportes, stellte ein Major die eskortierenden Soldaten zur Rede: „Wer wird für dies alles die Verantwortung übernehmen?“ Er bekam auch gleich eine perfide Antwort: „Die haben sich halt gegenseitig so verprügelt!“ In Lichau höhnten die Schergen bei einer Mißhandlungsprozedur in zynischer Weise: „Den unrasierten Christus kennt ihr schon, wir werden Euch aber den rasierten zeigen!“ Dieser blasphemische Ausspruch charakterisiert zur Genüge die rohe Geistesverfassung der Weinigern, welche das gemartorte, blutrierende polnische Volk den „rasierten Christus“ nannten. Manchmal mußten sich die Opfer entkleiden und wurden nackt mit Riemen, Peitschen und Gewehrkolben geschlagen und mit Füßen getreten. Frauen wurden „polnische Säue“ genannt, geohrfeigt, Kinder mit Fäusten ins Gesicht, Greise mit Kolben auf den Kopf geschlagen. Mehr oder weniger veranschaulicht dies ein einziges Bild des Gefangenen-Transportes aus Janow nach Kattowitz.

Der Kreuzweg von Janow nach Kattowitz.

Am 20. Juni 1919 nahm die Reichswehr das Dorf Janow ein. Sämtliche Einwohner der Gemeinde mußten sich auf der Hauptstraße versammeln. Die Leute wurden mit: „Hände hoch, totschießen die Hunde, totschlagen die Schweine, nieder mit den polnischen Schweinen“ und dergl. mehr empfangen. Die Leute wurden von der Soldateska mit allem, was derselben in die Hände kam: Kolben, Handgranaten, Raunlaten usw. geprügelt. Dann begann dieser Kreuzweg dieser Leute nach Kattowitz mit hochgehobenen Händen. Es befanden sich darunter Kriegskrüppel mit einem Bein, steifen Händen, Kinder von 15 Jahren und Greise von über 70 Jahren. Auf dem Wege bis nach Batwodzie wurden die Leute beschimpft und auf Ansporn des Divisionsgenerals in schwerster Weise mißhandelt. Der Weitertransport bis zum Polizeipräsidium nach Kattowitz vollzog sich unter stetem Schießen über den Köpfen der Leute. Hier angekommen wurden die Leute von Soldaten und Polizeibeamten in den Hof hineingeprügelt. — Vielfach beteiligte sich auch die deutsche Zivilbevölkerung an den Mißhandlungen der Wehrlosen.

Die Gefangenen werden moralisch gequält.

Durch bitteren Hohn verdoppelte man die Leiden der polnischen Gefangenen. Als in Rattowitz die Gepeinigten vor Schmerz und Pein jammervoll schrieten, da höhnten die Deutschen: „Seht, Gasser kommt!“ Bei den Hausdurchsuchungen wurden polnische Bilder und Fahnen zerrissen und zertreten. Man weidete sich an den Seelenqualen und sagte den Opfern: Die polnischen Bilder werdet Ihr mit ins Grab nehmen müssen. Leute wurden an die Pferde gebunden und mußten unter Kolben- und Peitschenschlägen ununterbrochen rufen: „Hoch die Reichswehr, nieder mit Polen“. Andere Abteilungen polnischer Gefangener mußten wieder das deutsche Nationallied „Deutschland, Deutschland über Alles“ singen. Am 20. 8. 1919 wurde in Beuthen die Schießhausstraße ein Trupp Gefangener hergetrieben, an deren Spitze drei Mann mit entfalteten polnischen Fahnen hergehen mußten. Ein voranreitender Soldat drehte sich wiederholt um und schlug mit der Reitpeitsche auf die Fahnenträger los. Die übrigen Soldaten, die zu Fuß gingen, stießen die drei Männer von hinten und schlugen mit Kolben auf sie ein. Die Mißhandlungen und die Verhöhnung war so herzerreißend, daß aus der Menschenmenge viele laut zu weinen begannen. — So wurde in Oberschlesien „die Ruhe wiederhergestellt“.

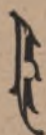
Mit neuer Schmach für den deutschen Namen, für die polnische Bevölkerung mit ungeheurem Weh, wohl des letzten, welches von preußischer Seite das vielgeprüfte polnische Volk Oberschlesiens zu erdulden hatte.

Der Freiheit entgegen!

Das polnische Volk Oberschlesiens hat an Leib und Seele die Schmach der preußischen Gewaltpolitik im vollen Ausmaß so bitter erfahren müssen, daß selbst ein Deutscher die Geschichte des obereschlesischen Volkes eine Geschichte der Knechtschaft hat nennen müssen. Diese menschenunwürdige Bedrückung, dieses preußische Unrecht, welches das polnische Volk hat leidend durchgehen müssen, hat die obereschlesische Volksseele mit einer wundervollen Kraft erfüllt: mit der Sehnsucht nach Freiheit, nach einem eigenen Vaterlande, wo es sich nach allen Richtungen in naturgemäßer Lebensatmosphäre frei entfalten könnte. Der Tag der Sehnsuchterfüllung naht. Im Plebiszit wird sich das polnische Volk Oberschlesiens in demokratischer Weise für ein eigenes Vaterland entscheiden können: für Polen. Und Polen soll ihm nicht

nur ein Land der Freiheit, Gleichheit, der heimischen Kultur, sondern vor allem ein Land der Tugend, ein Land des Rechtes sein, woran in gleichem Maße auch die nichtpolnischen oberschlesischen Mitbürger theilhaben sollen. Denn das freie Polen, welches solange die bitteren Früchte jeglichen Unrechts hat auskosten müssen, wird in Verabscheuung jeglicher Gewaltpolitik in ehrlichster Weise danach trachten, sich die nichtpolnischen Staatsbürger in der Gewährung voller Freiheit zu verbinden.

Das gebe Gott!







Inhalt.

Teil I.

Die Leiden der Oberschlesischen Polen unter der preussischen Herrschaft.

Oberschlesien.

Band und Beute	Seite 8
--------------------------	------------

Kurzer Ueberblick über Oberschlesiens Geschichte.

Oberschlesien als integrierender Bestandteil von Polen . . .	4
--	---

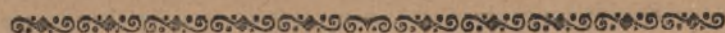
Die Preußenherrschaft in Oberschlesien.

Verschlechterung der Lage in den ersten hundert Jahren.

Germanisationsversuche	8
----------------------------------	---

Wirtschaftliche Verschlechterung der Lage des polnischen Landvolkes.

Oberschlesien als Bauernland nach dem siebenjährigen Kriege .	10
Die Klassen der Landbewohner und ihre Lasten	10
Die Erbuntertänigkeit	11
„Harte Herren waren die oberischlesischen Junker“ . . .	11
Der Landhunger der oberischlesischen Herren	12
Bauernlegen	12
Mitnahme von Landstücken	12
Verlust und Schwäherung von mannigfachen Rechten . .	13
Gesindebedienstpflicht	13
Die versprochene Beseitigung des unerbittlichen Besitzrechts .	14
Keine Erleichterungen	14
Entweichen der Untertanen nach Polen	14



	Seite
Polnischer Aufstand zu Friedrichs Zeiten	15
Wiederholte Unruhen	16
Urbanen oder Ausmessung der Untertanendienste	16
Nichts getan	16
Wärung in Oberschlesien	17
Spießrutenlaufen	18

Das Bild von Oberschlesien zu Beginn des XIX. Jahrhunderts.

Bandhunger der „Herren“	19
Die Last der ungemessenen Grunddienste	19
Unsicherheit des Besitzes	20
Die Allgewalt des Grundherrn	20
Andauernde Kampfspannung	20
Die Lage des Landvolkes	21
Elend	21

Ausschub der Reformen in Oberschlesien.

Auf dem Wege zu Reformen	22
Erneuter Bauernaufstand	22
Regulierungsedikt	23
Beschränkungen der Regulierungen in Oberschlesien	23
Verarmung der Gärtner. — Vandeinbuße	24
Parzellierung der Bauerngüter	25
Allgemeine Unzufriedenheit	25

Der Hungertyphus in Oberschlesien.

Szenen aus der Zeit des Oberschlesischen Hungertyphus	27
16 000 gestorben	29

Teil II.

Der Ausgang der „Reformen“ in Oberschlesien.

Der Kampf um die Sprache.

Kultureller Rückschritt	33
Der Oberschlesier ist einer höheren Kultur nicht fähig	33
Verteidigung der Oberschlesier	33
Ohne Muttersprache keine wahre Bildung des Volkes	33
Auf zur Vernichtung des polnischen Elements	33
Schöne Theorie über die Bedeutung der Muttersprache für die Bildung	33
Theorie und Praxis	34
Aufforderung zur Einführung der deutschen Sprache	35
Die deutsche Amtssprache	35



	Seite
Verteilter der polnischen Sprache	35
Pfarrer Szafrannek	35
Die preußische Regierung willigt ein	36
Die Muttersprache in der oberschlesischen Schule	36
Ein Tag der Sühne	36
Preußen führt die deutsche Schule ein	37

Teil III.

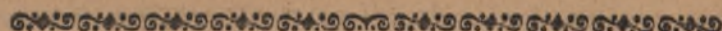
Systematische Unterdrückung des polnischen Volkes nach dem französischen Kriege bis zum Ausgang des Weltkrieges.

Germanisation von allen Seiten.

Die preußische Verfassung	38
Das polnische Volk in Oberschlesien muß eingedeutscht werden	38
Ausräumen mit der polnischen Muttersprache in den Schulen	39
Proteste und Petitionen	39
Die Germanisationsarbeit in den Volksschulen	39
Die katholische Kirche als Bundesgenosse Preußens	40
Die Kirche germanisiert	41
Ein antipolnischer Hirtenbrief und seine Folgen	42
Von allen Seiten Seelenpein, nur Seelenpein	42
Germanisation außerhalb der Schule	43
Germanisatoren von Amtswegen	43
Die „ehrenvolle Aufgabe“ der Industrie	43
Das stärkste Bollwerk des Deutschtums	43

Unterdrückung auf allen Lebensgebieten.

Oberschlesien als „preussische Kolonie“	44
Nur von Fremden beherrscht	45
„Herren“ und „Knechte“	46
Züchtung von Volksverrättern	46
Nur Bauern und Arbeiter	46
Für wen hebt das polnische Volk die Schätze in Oberschlesien	46
Schlechteste Entlohnung der polnischen Arbeiter	47
Schlechteste Behandlung	47
Behinderung der polnischen Arbeiterorganisationen	47
Maßregelung. — Schwarze Listen	47
Ohne Polizei keine polnische Arbeiterversammlung	47
Hat Preußen Kultur den Oberschlesiern gegeben	48
Was ist Kultur?	48



	Seite
Preußen hat die Kulturentwicklung in Oberschlesien niedergedrückt	48
Was wollte Preußen vernichten?	48
Schlechter behandelt als eine Kolonie	49
Die Kraft der Selbstbehauptung	49
Weg von Preußen	49

Ausnahmegeetze und Kriegszeit.

Der national-politische Gedanke in Oberschlesien	50
Oberschlesien gibt national-polnische Stimmen ab	50
Verfolgung der Polenfürher und polnischer Agitatoren	50
Ostmarkenverein und seine Tätigkeit	50
Ausnahmegeetze in Oberschlesien. — Ostmarkenzulage	51
Was die Ostmarkenzulage Gutes brachte	51
Anstiedungsnovelle	51
Die Tragödie des Invaliden Chruszcz	51
Der unseltsame Sprachenparagraph	52
Neues Ausnahmegeetz im Anzuge	52
Oberschlesien während des Krieges	52
Verhaftungen	53
Die polnische Presse und ihre Not	53
Die Not der polnischen Arbeiter	53

Teil IV.

Oberschlesien

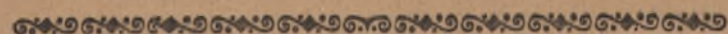
unter der preussisch-sozialistischen Revolutionsherrschaft.

Weitere Unterdrückung.

Die Botschaft der Erlösung	54
Oberschlesien soll an Polen kommen	54
Beglückwünschung des deutschen Volkes	55
Forderung einer zwischenzeitlichen Gleichberechtigung	55
Bekennnis zur politischen Vereinigung mit Polen	55
Die Deutschen zeigen kein Verständnis für Freiheit und Gleichberechtigung	56

Oberschlesien in der ersten Zeit der „Revolution“.

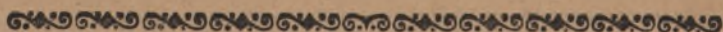
Die neuen Herrscher in Preußen und die Soldaten- und Arbeiterräte	56
Der erste Gewaltakt	57
Entlassung von Arbeitern aus politischen Gründen	57



	Seite
„Polengefahr“	57
Was Minister Haase feststellen muß	57
Belehrung für den obereschlesischen Regierungspräsidenten	57
Wahnung an die deutschen Nachthaber	57
Dem polnischen Volke Gleichberechtigung, nicht Gnade	57
Bedingung für friedliches Nebeneinanderleben	58
Die Deutschen wollen die obereschlesische Frage nicht aufkommen lassen	59
Um welchen Preis die Arbeitgeber in eine 8 stündige Arbeitszeit einwilligen wollen	59
Das nationale Ethos der polnischen Arbeiter	59
Verleumdungsfeldzug gegen die polnischen Arbeiter	60
Vorwand zu „Maßnahmen gegen die Polen“	60

Die preußischen „Maßnahmen“ gegen das polnische Volk in Oberschlesien.

Der 13. Punkt des Wilson'schen Programms und das polnische Volk Oberschlesiens	61
Preußen will die polnische Gesinnung in Oberschlesien sabotieren	61
Die preußische Soldateska in Oberschlesien	62
Die „Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“ will das obereschlesische Volk demoralisieren	62
Die „Seele“ der „Freien Vereinigung“	62
Die Arbeit der Deutschen	63
Die gesetzwidrige Rundgebung des Oppelner Regierungspräsidenten über sogenannten „Hochverrat“	64
Der „Freibrief“ zur Vergewaltigung des polnischen Volkes	64
Uebervälle und Pländerungen in Lublitz	65
Deutscher Terror in Oppeln	65
Vergastungen im Industriebezirk	65
Grenzschutzfreiwillige, Arbeitgeber und Arbeiter	65
Belagerungszustand im Industriebezirk	67
Proklamation zur Wahlenthaltung	67
Die katholische Geistlichkeit treibt das polnische Volk zu den Wahlen	67
Resultat der Wahlen	68
Einschüchterung vor der Wahlenthaltung	68
Der Zentrumsruf nach weiteren Gewaltmaßregeln	68
Verhaftungen von polnischen Führern am Vorabend der Wahlen	69
Die Wahlen zur preußischen Konstituante	69
Vaterländischer und kirchlich treuer Sinn	69
Wähler und Nichtwähler	69



	Seite
Beschluß des Zentralrates in Kattowitz zur Verhaftung aller polnischen Führer	70
Verhaftung des polnischen Unterkommissars	70
Die polnische Deputation in Paris und ihr Verbrechen	70
Keine strafwürdige Handlung	71
Verbot der Kommunalwahlen in Oberschlesien	71
Höring, der Demokrat als Verteidiger des Ausnahme- gesetzes	71
Warum wurden die Kommunalwahlen verboten?	71
Das Unterkommissariat muß das bedrückte polnische Volk zur Geduld mahnen	72
Was ist Widerstand gegen die Staatsgewalt?	72
Allen polnischen Wünschen wird Weniges getan!	72
Der polnische Sprachunterricht in den ober-schlesischen Schulen	73
Schikanierung der polnischen Kinder	73
Die Lehrer verleiden den Kindern den polnischen Unterricht	73
Bohntat oder Plage	74
Pfarrer Banas im Zuchthaus	74
Die antipolnische Propaganda der „Freien Vereinigung“	75
Lügenpropaganda in Versammlungen	75
Die Leibgarde der antipolnischen Wanderredner	75
Warum geht das polnische Volk in die Versammlungen?	75
Aufregung der Ärmsten gegen Polen	75
Flugblätter und Plakate gegen Polen	76
Was erzählt man dem Bauer und was dem Arbeiter	76
Unterschriften für ein Verbleiben bei Deutschland	77
Ausnahmegesetz gegen die polnische Presse	77
Höring, Staatskommissar für Oberschlesien	78
Verhängung des Belagerungszustandes über die polnischen Kreise Oberschlesiens	78
Polnische Kundgebungen am 1. Mai	82
Deutsche Protestkundgebungen gegen die Abtrennung von Ober- schlesien	83
„1165000 haben geschworen“	83
Eine andere Unwahrheit	83
Ein Zentrumsprotest	84
Die Folgen der vielen Täuschungen: „Das Plebiszit“	84
Verbot der Verbreitung von Plakaten und Extrablättern	84
Auflösung des Unterkommissariats in Beuthen	84
Zeitungsverbote	84
Massenverhaftungen	86
Eine deutsche Warnung an die Regierung	86
Auf der Suche nach Waffen	86
Der Regierungspräsident treibt	86
Eine brutale Hausdurchsuchung	87
Durch Druck will das Militär einen Aufstand herausfordern	88
Erregung über die übermäßigen Viehrequisitionen	89

	Seite
Erklärung über die Ablehnung des Lebensmittelangebots von polnischer Seite	89
Arbeiter weigern sich, mit Grenzschutz-Freiwilligen zu arbeiten	89
Entlassung von Arbeitern	89
Waffenraub	89
Maß der Erbitterung wird voll	90
Militärische Provokation	90
Ausbruch des polnischen Aufstandes	90

Teil V.

Die Unterdrückung des Aufstandes.

Untaten der Reichswehr.

	Seite
Die Aufständischen gehen über die polnische Grenze	91
Höring führt gefesselt die Todesstrafe ein	91
Der gewöhnliche Soldat als Herr über Leben und Tod	92
Selbst Mord findet die gesetzwidrige Anordnung Hörings zu weitgehend	92
Bei der Soldateska werden die grausamsten Instinkte geweckt	92
Verbrecherische deutsche Journalistik	92
Wie die Reichswehr in Oberschlesien haust	92
Der grausame Mord in Ruda	93
Beschimpfung, Mißhandlung	93
„Bist Du noch polnisch!“	93
Menschen oder Schafale	93
Verbot der unmenschlichen Behandlung der Opfer	94
Wahllose Rache an der polnischen Bevölkerung	94
Beispiele bestialischer Ermordung	94
Wofür erschossen?	95
Der Sohn muß für den Vater büßen	95
Tod für eine falsche Denunziation	95
Eine ganze Familie wird vernichtet	96
Wahllose Ermordung von Unschuldigen	96
Verfolgung von bekannten Polen	97
Marterstationen	97
Marterwerkzeuge	97
Arten der Mißhandlungen	97
Torturen	97

	Seite
Ein höhniſcher Ausſpruch über das polniſche Volk Ober-	
ſchleſens	97
Der Kreuzweg von Janow nach Kattowitz	98
Die Gefangenen werden moraliſch gequält	99

Der Freiheit entgegen!	99
----------------------------------	----



WOJEWÓDZKA BIBLIOTEKA
Wojewódzka Biblioteka
Publiczna w Opolu

731 73/5



001-000731-00-0